Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: Halbgasse 12, 1070 Wien. -Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Verlagspostamt 1040, -Inland: Jahresabonnement 150.-, Halbjahresabonnement 75.-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./ Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien, Tel.: 0222/573723. Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040, Tel. 0222/573723, Journaldienst: Mo-Fr: 18-19.30

P.b.b. Erscheint vierzehntägig am Donnerstag **Preis 5,-**

29. September 1977 **Nr. 20/2. Jahrgang**

Maßnahmenpaket der Regierung

Sanierung der Profite und der Staatsfinanzen
Ausbeutung und Ausplünderung des Volkes

Das bei der Regierungsklausur am 19.9.1977 besprochene und beschlossene „Maßnahmenpaket" zur Sanierung der Profite der Kapitalisten und zur Sanierung der Staatsfinanzen stellt sich zunächst als ein neuer gewaltiger Generalangriff der Regierung auf die werktätigen Massen dar. Tatsächlich sollen Ausbeutung und Ausplünderung in einem noch nicht dagewesenen Ausmaß vorangetrieben werden. Tatsächlich wird von der Regierung erstmals in dieser „Offenheit" anerkannt, daß die Lage der kapitalistischen Wirtschaft und die des Staatshaushaltes „ernst" ist. Es scheint, als ob die Sanierung des Staatshaushaltes jetzt rigoroser betrieben werden soll.

Man darf sich aber nicht überwältigen lassen. Kreisky hat seinerzeit noch nicht alles bekanntgegeben und läßt vorgeblich noch zwei Wochen lang eine Kommission „arbeiten", um so das „Maßnahmenpaket" Schritt für Schritt gegenüber den Massen, in den Gewerkschaften, gegenüber dem Parteifußvolk durchzusetzen und um mit den Widersprüchen innerhalb der herrschenden Klasse, zwischen ihren verschiedenen Abteilungen, Verbänden, Parteien usw. fertigzuwerden. Auch die Wahlen im Burgenland, in Salzburg, Innsbruck und Krems sollen noch abgewartet werden, bis das ganze „Paket" ans Licht gebracht wird. Andererseits hat Kreisky bereits vieles bekanntgeben, genug, um „den Ernst der Lage klarzumachen", einzuschüchtern und Widerstand gegen die eine oder andere Maßnahme des „Pakets" angesichts der Dimension des Ganzen zu erdrücken.

Was das „Maßnahmenpaket" enthält

Die Steuerausplünderung soll nachhaltig verschärft werden. Eine Lohnsteuerreform soll es frühestens Mitte 1979, kurz vor den Nationalratswahlen, geben. Kreisky hat sogar die Möglichkeit angedeutet, sie zwar vor den Wahlen anzukündigen, aber erst 1980 durchzuführen. Aber selbst diese Reform soll nur ein Beschwichtigungsmanöver ohne wirkliche Bedeutung für die Lohnabhängigen werden. Sie soll noch schwächer ausfallen als die Reform von 1975. Vor allem soll der Steuertarif und damit die Lohnsteuerprogression, so wie sie ist, beibehalten und nur die Absetzbeträge erhöht werden. Kurz und gut: Die Lohnsteuerauspressung soll weiterhin Jahr für Jahr galoppierend zunehmen.

Dazu kommt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. „Güter des gehobenen Bedarfs" sollen ab 1.1.1978 mit 30 % Mehrwertsteuer belegt werden, was mit einer gewaltigen Verteuerung einhergeht. Was „Güter des gehobenen Bedarfs" sind, wurde auch schon klargestellt: Autos, Fernsehgeräte, Waschmaschinen. Die Benya-Phrasen über eine „Luxussteuer" können nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Wahrheit die Ausplünderung des Volkes nachhaltig verstärkt werden soll.

Um diesen Raubzug gegen das Volk ideologisch vorzubereiten, hat die SPÖ-Regierung in den vergangenen Wochen einige Scheingefechte mit den sogenannten „Selbständigen" geführt. Eine Kampagne gegen die Steuerhinterziehung konnte man erleben und dann die Verwicklungen um das Abschreiben von Privatautos vom Firmengewinn. Betroffen hat das vor allem das Kleinbürgertum und kleinere Kapitalisten. Bei den großen kapitalistischen Firmen spielt die eigentliche Steuerhinterziehung die geringste Rolle. Das Einkommen-

Fortsetzung auf Seite 4

450.000,- S für zwei Landrover für den Befreiungskampf!

Die Spendensammlung für Zimbabwe hat begonnen

In der letzten Nummer des „Klassenkampf" hat sich das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs an die Mitglieder und Sympathisanten des KB, an die Genossen der Massenorganisationen und an alle, die den bewaffneten, selbständigen und einheitlichen Volkskrieg in Zimbabwe unterstützen gewandt mit dem Aufruf, für den Kauf von zwei Landrovern zu spenden. Bis Mitte Dezember sollen dafür 450.000,- Schilling aufgebracht werden.



Stand einer Sektion des VKI/Wien in der Großfeldsiedlung. Arbeiter, kleine Angestellte, Lehrlinge und Pensionisten warfen in 1 ½ Stunden S 147,- in den selbstgebastelten Spenden-Rover.

Bereits die ersten 10 Tage der Spendenaktion zeigen, daß es durchaus realistisch ist, dieses Ziel zu erreichen. Bis Dienstag, den 27. September, sind am zentralen Spendenkonto bereits 25.000 Schilling eingelangt.

Man kann jetzt schon feststellen: Die Sympathie mit dem Kampf und den Zielen des Volkes von Zimbabwe ist groß unter den Arbeitern und kleinen Angestellten, den kleinen Bauern, unter den Hausfrauen und Studenten in Österreich. Das ist nicht weiter verwunderlich. Verwunderlich ist das nur für jemanden, der glaubt, die österreichische Arbeiterklasse und das Volk sind nicht in der Lage, zu erkennen, wer ihre Freunde und wer ihre Feinde sind.

Das Volk von Zimbabwe steht im bewaffneten Kampf. Es kämpft um die Befreiung seines Landes von Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus. Es kämpft für die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung in Zimbabwe.

Welcher Arbeiter, welcher Werktätige in Österreich hätte ein Interesse an der Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes von Zimbabwe, an der Ausplünderung seines Landes durch die Imperialisten und das kolonialistische Smith-Regime? Was bringt ihm das? Nichts bringt ihm das. Zwei Dutzend österreichischer Imperialisten haben Investitionen in Rhodesien, wie Zimbabwe von den Imperialisten genannt

Fortsetzung auf Seite 2

Keine Beteiligung Österreichs an der KSZE!
Weg mit den Wiener Truppenabbaugesprächen!

In den Herbst- und Wintermonaten steht eine neue Runde im Entspannungs- und Abrüstungsbetrug der beiden Supermächte bevor. Am 4. Oktober beginnt in Belgrad die Nachfolgekonferenz über das Helsinki-Abkommen zur „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) und Anfang Oktober soll in Wien eine neue Verhandlungsrunde über den „Truppenabbau in Europa" (MBFR) eröffnet werden. Beide Treffen dienen den Supermächten dazu, den Völkern Friedensbemühungen vorzugaukeln und ihre „Verhandlungsbereitschaft" zu demonstrieren. Hinter pathetischen Erklärungen über Zusammenarbeit, Sicherheit und Frieden versuchen sie ihre wahren Absichten und ihre Kriegsvorbereitungen zu verbergen und die Völker zu täuschen.

Ihr tatsächliches Interesse ist, sich zum Oberherren über ganz Europa und über die Welt aufzuschwingen. Ihre Politik ist Rivalität um die Kontrolle über die Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Völker, um die Aneignung der Reichtümer und Rohstoffe in allen Ecken der Welt, vor allem aber in Europa.

Dort, wo ihr Weltherrschaftsstreben auf den offenen revolutionären Kampf der Völker gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung trifft, unternehmen sie alles, um diesen zu unterdrücken. So reden die beiden Supermächte von „gemeinsamen" und „friedlichen Lösungen" für den Nahen Osten und für Südafrika, wobei ihre Manöver darauf abzielen, den Befreiungskampf der Völker nieder- und die gegnerische Supermacht aus dem Feld zu schlagen.

Auf Europa konzentriert sich das Ringen der beiden Supermächte. Ihre Rivalität und ihre Herrschaftspläne gerade über dieses Gebiet versuchen sie, mit den beiden kommenden Verhandlungsrunden zu vernebeln, mit der Absicht, die Entfaltung des Kampfes auch der europäischen Völker gegen ihre imperialistische Hegemoniepolitik abzuschwächen.

Gleichzeitig werden die beiden Supermächte die neuerlichen Gesprächsrunden im Herbst auch dazu nutzen, um sich gegenseitig abzutasten, dem Rivalen im Ringen um die Weltherrschaft auf den Zahn zu fühlen hinsichtlich des Stands seiner Kriegsvorbereitungen, und um sich Vorteile zu schaffen hinsichtlich der eigenen Vorkehrungen. Jeder der beiden wird sich vor den Völkern als der wahre Friedensengel präsentieren und den Gegner als „Entspannungsfeind" hinzustellen versuchen.

Schon bei der Vorbereitung der KSZE im Sommer ist der US-Imperialismus mit seiner unter dem Kriegspräsidenten Carter zurechtgezimmerten Menschenrechtskampagne in diesem Sinne den Sozialimperialisten zu Leibe gerückt. Umgekehrt hat die SU in der Zwischenzeit eine internationale Kampagne gegen die neueste Kriegswaffe der US-Imperialisten, die Neutronenbombe, gestartet. Auf dieses oder je-

Fortsetzung auf Seite 13

Aus dem Inhalt:

* Gemeinderatswahlen in Salzburg und Innsbruck – keine Stimme den bürgerlichen Parteien .... S. 3
* Über die gespaltenen Stromtarife stützt das Volk die Großkapitalisten S. 5
* 15. ÖGJ-Kongreß – Kurzbericht. S. 9
* VÖEST-Linz: Weniger Aufträge – mehr Arbeit .... S. 10
* Weg mit der Verbotsdrohung gegen die kommunistischen Organisationen Westdeutschlands! .... S. 13
* Hände weg vom Demokratischen Kampuchea! .... S. 16

Rundreise von Rex Chiwara

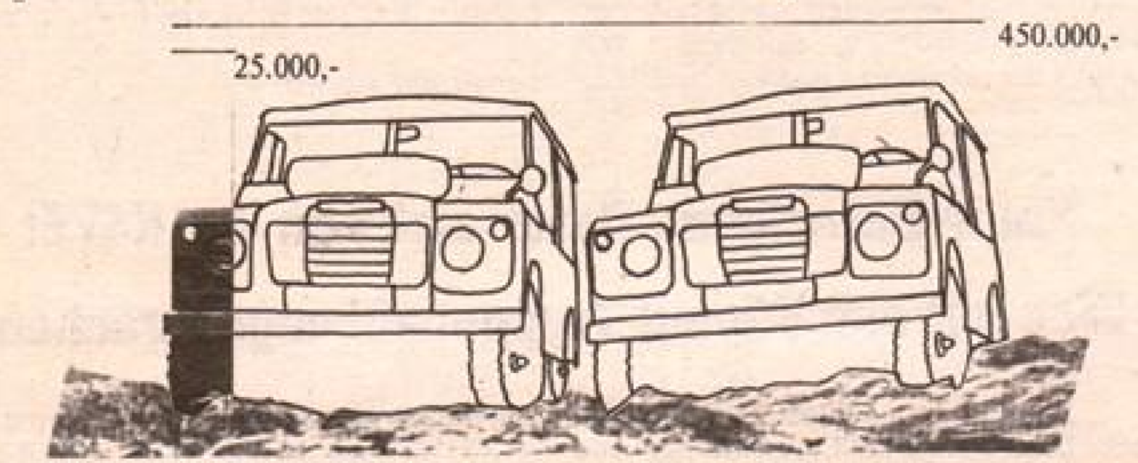
Genosse Rex Chiwara, Vertreter der Patriotischen Front in Europa, wird auf Einladung des ZK des Kommunistischen Bundes Österreichs in der Zeit vom 30. September bis 30. Oktober im Rahmen einer Rundreise im folgenden Orten an Veranstaltungen des KB teilnehmen:

WIEN: - 30.9. Kundgebung am Viktor-Adler Markt, Fußgängerzone, 16 Uhr. Veranstaltung Wienerwald, Favoritenstraße, 20 Uhr.
- 1.10. Liesing, Gatterederstraße 10, Jugendzentrum, Beginn: 16 Uhr.
- Großfeldsiedlung, Haus der Begegnung (EKAZENT), Beginn: 20 Uhr.
- 4.10. Albert-Schweizer-Haus, Beginn: 19.30 Uhr.
- 5.10. Universität, Neues Institutsgebäude, HS 1, Beginn: 20 Uhr.
TULLN: 6.10.
LINZ: - 7.10. Gasthof Lindbauer, Beginn: 19 Uhr
- 8.10. Linz/Mauthausen
- 9.10. Vorchdorf
- 10.10. Veranstaltung mit ÖGJ in Linz
- 11.10. Diskussion mit ausl. Genossen
LEIBNITZ: 12.10.
GRAZ: 13.10. Gasthof „Fünf Lärchen", Griesplatz, Beginn: 19.30
KNITTELFELD: 15.10.
KÖTTMANNSDORF/KOTMARA VAS 16.10.
ST. VEIT a.d. GLAN 17.10.
KLAGENFURT/CELOVEC 18.10.
HALLEIN: 19.10.
SALZBURG: 20.10. Hochschule
21.10. Haus der Natur
WATTENS: 24.10.
HALL: 27.10.
INNSBRUCK: 28.10.

Zu vielen Orten fehlen noch genauere Angaben über Beginn und Veranstaltungslokal. Wir werden im nächsten „Klassenkampf" die Liste vervollständigen. Unterdessen bitten wir alle Interessierten, sich an die jeweiligen Büros der Ortsleitungen, die „Klassenkampf"-Verkäufer oder an die Redaktion direkt zu wenden. Dort kann direkt Auskunft gegeben werden.

G.Sch.

Schon ca. 25.000,- S gespendet!
Spendenkonto: Patriotische Front, CA-57-56 804



„Jeder Schilling zählt" – Berichte über die Spendensammlung

In jeder Hinsicht erfolgreich ist die Spendensammlung angelaufen. Die Zelle ÖBB/Linz schreibt: „Am Donnerstag vor dem Hauptbahnhof Linz und am Samstag im Stadtteil Frankviertel gelang es unserer Zelle, 115,- Schilling für den Befreiungskampf in Zimbabwe zu sammeln, 5 Broschüren 'Chimurenga Zimbabwe' und 9 'Klassenkampf'-Exemplare zu verkaufen. Ca. 40 Menschen spendeten."

Ebenfalls aus Linz berichtet die Zelle Quelle, daß es ihr innerhalb kürzester Zeit gelungen ist, im Arbeiterviertel „Neue Heimat" 80,- Schilling zu sammeln, 21 „Klassenkampf"-Zeitungen und ein „Chimurenga Zimbabwe" (Broschüre) zu verkaufen.

Die Zelle Horny/Wien machte im Rahmen einer Zellenveranstaltung mit den Sympathisanten der Zelle den Vorschlag, ein Aktionskomitee für die Unterstützung der Spendensammlung zu bilden. „Inzwischen arbeitet das Komitee bereits", berichtet die Zelle. Unter anderem plant das Komitee eine Photoausstellung mit Kinderzeichnungen, ein Spendenfest, wo ein Theaterstück über den Kampf in Zimbabwe aufgeführt werden soll, und einen Flohmarkt mit Informationsstand. Das Komitee hat sich das Ziel gesetzt, 20.000,- Schilling zu sammeln.

„Die in Zimbabwe geben uns ein Beispiel, wie man es machen muß, die lassen sich nicht mehr untereinander spalten und gegeneinander ausspielen, so müßten wir es auch tun", erklärte ein älterer Arbeiter in Wien/Großfeldsiedlung, als er von Mitgliedern der Sektion Großfeldsiedlung des Verbandes Kommunistischer Intellektueller zum Spenden für den Befreiungskampf aufgefordert wurde. Die Sektion schreibt: „Das erste Sammelergebnis, nämlich in knapp eineinhalb Stunden 147,- S sowie der Verkauf von 2 Broschüren über Zimbabwe und 4 'Klassenkämpfen', ist für uns ein großer Ansporn".

In Graz hat der Arbeiter- und Angestellten-Lesekreis der Betriebszelle MFA beschlossen, 2.000,- S zur Erreichung des Spendenzieles beizutragen.

G.Sch.

Lesekreis zum Befreiungskampf trug erste Früchte

Vergangenen Dienstag veranstaltete die Zelle Steinbock (Innsbruck) ihren Lesekreis zum Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe, zu dem 6 Menschen erschienen sind. Nach einem einleitenden Referat eines Genossen kam es zu einer regen Diskussion.

Eine Schülerin beschloß, in ihrer Klasse über die Ziele des Befreiungskampfes zu informieren. Bereits zwei Tage später hatte sie 3 Broschüren „Zimbabwe Chimurenga" verkauft und dabei 20,- Schilling an Spenden gesammelt.

Zwei anwesende Lehrlinge legten fest, während der Spendensammlung ca. 500,- S für die zwei Landrover an ihrem Arbeitsplatz und in ihrem Bekanntenkreis aufzubringen. Als erstes wollen sie dazu in einem Innsbrucker Gasthaus nach Arbeitsschluß eine Diskussionsrunde von Arbeitskollegen und Freunden organisieren, zu der sie einen Genossen unserer Zelle eingeladen haben.

Ein Arbeiter und seine Frau trafen Überlegungen über die eigenständige Organisierung eines Spendenfestes. Bereits am nächsten Tag fertigten sie eine Spendenbüchse an, auf die sie ein Bild der zwei Landrover klebten und die sie mit der Aufschrift: 450.000.-S für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe!" versahen. Vier Tage später befanden sich bereits 130.-S in der Büchse.

W.U./OG Innsbruck

Fortsetzung von Seite 1

450,000.- für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe!

wird, getätigt. Dort werden schwarze Arbeiter bis aufs Blut ausgebeutet. Auch diese Werke werden im Zuge des Befreiungskampfes in die Hände des Volkes übergehen. Ist das schlecht für die österreichische Arbeiterklasse? Warum sollte es schlecht sein? Schlecht ist das nur für die österreichische Bourgeoisie, die sich dann geprellt sieht um die guten Profitaussichten.

Wieso konnten die österreichischen Kapitalisten in Zimbabwe investieren? Sie haben die österreichischen Arbeiter ausgebeutet und mit dem, was sie aus ihnen herausgepreßt haben, sind sie dorthin gegangen, wo noch bessere Ausbeutungsbedingungen herrschen. Ist es da nicht ganz richtig, wenn die Arbeiter nicht viel vom Geschwätz des „Zusammenhaltens" mit den eigenen Kapitalisten und der eigenen Bourgeoisie halten und mehr von der Solidarität mit den Arbeitern anderer Länder?

Die Österreichische Bundesregierung hat sich bereit erklärt, bei der Entsendung von UNO-Truppen ein österreichisches Kontingent zur Verfügung zu stellen. Was sollen die UNO-Truppen dort? Das Volk von Zimbabwe kämpft unter Führung der Patriotischen Front bis zum endgültigen Sieg. Die Imperialisten rennen aufgeschreckt herum und suchen nach Auswegen aus ihrer mißlichen Lage. Der letzte Schrei sind besagte UNO-Truppen. Ihnen fiele die Rolle des Wächters der imperialistischen Interessen zu. Das Volk von Zimbabwe ist gegen die UNO-Truppen.

Die österreichische Bourgeoisie ist ein Feind des Volkes von Zimbabwe. Natürlich hat das Volk von Zimbabwe größere Feinde. Die größten sind die beiden Supermächte. Die USA, in deren Auftrag das Siedlerregime handelt, und die gleichzeitig alles daransetzt, schwarze Marionetten aufzuzüchten. Die sozialimperialistische Sowjetunion, die nichts unversucht läßt, die kämpfenden Massen zu spalten, unter ihren Einfluß zu zwingen und das Land wie Angola in ihre Kolonie zu verwandeln.

Neben den beiden Supermächten versuchen auch alle anderen Imperialisten an der Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes und der Ausplünderung des Landes in Zimbabwe teilzunehmen. Alle Imperialisten sind Feinde des Volkes von Zimbabwe. Sie sind auch die Feinde der österreichischen Arbeiterklasse und des österreichischen Volkes. Der größte Feind der österreichischen Arbeiterklasse und des Volkes ist die österreichische Bourgeoisie. Sie muß gestürzt und der Sozialismus errichtet werden. Ohne Kampf gegen die Einmischung der ausländischen Imperialisten, vor allem der beiden Supermächte, wird das nicht möglich sein. Jede Niederlage des Imperialismus, egal in welchem Land und auf welchem Kontinent, nützt den unterdrückten Völkern, der internationalen Arbeiterklasse und damit auch der Arbeiterklasse und dem Volk in Österreich.

Die österreichische Bourgeoisie hat derzeit große Pläne. Die Supermächte bereiten sich fieberhaft auf den Krieg um die Vorherrschaft in der Welt vor. Die österreichische Bourgeoisie nimmt auf der Seite der USA und der NATO an den Kriegsvorbereitungen teil. Vor allem muß sie gegenwärtig im Konkurrenzkampf zwischen den Imperialisten bestehen. Dazu wird ein gnadenloser Feldzug zur Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und Ausplünderung des Volkes durchgeführt.

Wir werden der österreichischen Bourgeoisie einen Strich durch die Rechnung machen. Auch und besonders mit dieser Spendensammlung.

* Wir werden dem Imperialismus und Chauvinismus der österreichischen Bourgeoisie den proletarischen Internationalismus entgegenstellen unter der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!" Der Gemeinsamkeit der Interessen der österreichischen Arbeiterklasse mit der internationalen Arbeiterklasse und den unterdrückten Völkern entspricht die Unversöhnlichkeit ihrer Interessen mit denen der eigenen Bourgeoisie sowie dem Weltimperialismus.

* Wir werden Ziel und Weg, Geschichte und Charakter des bewaffneten Volkskriegs in Zimbabwe propagieren, die Machenschaften und Lügen der Imperialisten, vor allem der beiden Supermächte, enthüllen und die österreichische Arbeiterklasse und das Volk über die imperialistischen Interessen und die Verbrechen der österreichischen Bourgeoisie in Zimbabwe und im ganzen südlichen Afrika aufklären. Wir werden in diesem Zusammenhang die sofortige Anerkennung der Patriotischen Front als legitime Vertreterin des Volkes von Zimbabwe durch die Österreichische Bundesregierung fordern.

* Wir werden die Spendensammlung zu einem Feldzug gegen Reformismus und Revisionismus machen, die betrügerischen Tricks der KPÖ-Revisionisten aufdecken und dafür wirken, daß die Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe auf einer richtigen und revolutionären Grundlage erstarkt.

* Kurz gesagt: Wir werden die Spendensammlung für die Patriotische Front durchführen als Teil unserer Anstrengungen beim Aufbau der revolutionären Partei der österreichischen Arbeiterklasse. Das wird sich niederschlagen nicht nur im Erreichen des Spendenzieles und damit in einem praktischen Beitrag zum Sieg des Volkskriegs in Zimbabwe, sondern auch in einer Vertiefung und Ausbreitung unseres Einflusses unter den Massen und einer Stärkung sowie überhaupt in Fortschritten im Aufbau unserer Organisation.

Polen: Erfolgreicher Streik gegen versuchte Lohnkürzung

Mit zwei Streikkämpfen verteidigten sich die Arbeiter der polnischen Glühlampenfabrik Pabianice, nahe Warschau, erfolgreich gegen den Versuch einer Lohnkürzung. In Polen beherrscht eine neue Bourgeoisie über den revisionistischen Staats- und Parteiapparat das kapitalistische Staatseigentum, unterwirft die Arbeiterklasse dem Lohnsystem und führt selbst mit dem aus den Arbeitern herausgepreßten Mehrwert ein Lotterleben. Den Arbeitern zahlen sie einen Großteil des Lohns in Form von Prämien für „Planerfüllung", wollen damit den Eindruck einer direkten Gewinnbeteiligung am Produktergebnis des „sozialistischen" Eigentums erwecken und den Charakter der Lohnarbeit verschleiern. Mit dem Argument, daß die Fabrik die notwendigen Rohstoffe nicht rechtzeitig erhalten habe, und deshalb der Gewinn ausgeblieben sei, wollte die Direktion den Arbeitern für zwei Wochen 50 % des Lohns vorenthalten. Weil sich die neuen Bourgeois also an keinem von den Arbeitern herausgepreßten Mehrwert bereichern konnten, sollten diese ein Hungerdasein fristen. Mit zwei Streiks, die insgesamt 4 Tage dauerten, erzwangen die Arbeiter der Fabrik die Ausbezahlung der normalen Lohnsumme. Der Streik zeigt, daß sich die polnischen Arbeiter keine Illusionen über den Charakter der „sozialistischen Eigentumsproduktionsverhältnisse machen.

Salzburger Gemeinderatswahlen: Gegen die Parteien der Ausbeutung und Unterdrückung! Stimmt für die Ziele der Arbeiterklasse! Stimmt für den Kommunistischen Bund Österreichs!

„Wie führen wir den Wahlkampf und wie führen die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf?“

Unser Auftreten dient der Enthüllung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, dient der Enthüllung der Ausplünderung und Unterdrückung des ganzen Volkes und der Propagierung der Kämpfe, die dagegen heute geführt werden und in Zukunft geführt werden müssen. Wir treten im Wahlkampf den bürgerlichen Parteien, die Parteien der Ausbeutung und Unterdrückung sind, entgegen. Die Propaganda der bürgerlichen Parteien zielt darauf ab, die scharfen Klassengegensätze zu übertünchen. Ihr kennt alle die Parolen: „Mit uns für Salzburg“, „Damit es weiter aufwärts geht“, „Lebenswertes Salzburg“ usw. Damit meinen sie *ihr* Salzburg, in dem die Ausbeutung floriert und weiter florieren soll. Zu diesem Zweck sind sie bestrebt, mehr Betriebe in Salzburg anzusiedeln. Wenn sie sagen: Wir tun alles für die Vollbeschäftigung, dann heißt das doch, daß sie den Kapitalisten günstige Bedingungen für ihre Kapitalanlagen schaffen, dann heißt das, daß sie spitz sind auf die Steuern, die dadurch dem Gemeindeapparat zufließen. Wenn sie sagen „schönes Salzburg“, dann meinen sie das Salzburg, das für die internationale Bourgeoisie der Kulturwallfahrtsort ist, zu dem sie alljährlich zusammenströmt. Alles andere als „schön“ ist die Lage für die Werktätigen – die Verschärfung der Ausbeutung, die Wohnungsnot, unerträglicher Lärm in Arbeiterwohnvierteln, die zwei Überschwemmungen im August usw.

Wenn die bürgerlichen Parteien von „Zusammenarbeit“ sprechen, dann meinen sie Zusammenarbeit beim Geschäft des Volksbetrugs, gegenseitig nicht zuviel aufdecken und nicht zuviel gegenseitig Schmutzwäsche zu waschen. Wir haben deshalb im Wahlaufruf erklärt, daß die bürgerlichen Parteien gemeinsam den Wahlkampf gegen das Volk führen. Natürlich konkurrieren sie gegenseitig um Plätze und um Einfluß. Die Hauptsache ist jedoch, daß sie die Wahlen als Willenskundgebung des Volkes hinzustellen versuchen und daß sie sich mit den Wahlen die Legitimation für die Fortsetzung ihrer volksfeindlichen Tätigkeit holen wollen. (....)

'Eine Splittergruppe mehr kandidiert', sagen die bürgerlichen Parteien zu unserer Kandidatur. Aber weil diese Splittergruppe die Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt, weil sie sich den Aufbau einer neuen revolutionären Partei der Arbeiterklasse zum Ziel gesetzt hat, sind die Kapitalisten und ihre Parteien beunruhigt und hetzen uns heute schon ihre Spitzel, ihre Polizei und ihre Gerichte auf den Hals. Und wenn nur 150 Menschen ihre Stimme für diese 'Splittergruppe' abgeben, sind sie beunruhigt, da sie wissen, daß diese 150 Menschen ihre Stimme gegen das Ausbeutersystem und für den Sozialismus abgegeben haben. Sie wissen, daß sich jede Stimme, die für den KB abgegeben wird, gegen das System richtet, das *sie* verteidigen!“

Aus der Rede des Genossen Bertram Ortner, Sekretär der Ortsgruppe Salzburg.



60 Menschen nahmen an der zentralen Wahlveranstaltung der Ortsgruppe Salzburg zur Gemeinderatswahl teil. In den Reden des Sekretärs des Zentralkomitees und der Kandidaten des KB zum Gemeinderat wurde die Politik der bürgerlichen Parteien enthüllt, die Lage der Arbeiterklasse und des Volkes beleuchtet und der Zweck unserer Kandidatur erläutert. Eine Singgruppe trug revolutionäre Lieder vor. 1.044.-S wurden für den Wahlkampf des KB gespendet.

Innsbrucker Gemeinderatswahlen

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!

„Um ein liebenswertes, lebenswertes Innsbruck“ (ÖVP), „Das Wichtigste: mehr Lebensqualität“ (SPÖ), „Liebeserklärung an eine Stadt – das richtige Konzept für unsere Stadt, Obenfeldner der Mann der Tat“ (SPÖ) – sieht man die Wahlbroschüren, man könnte nicht unterscheiden. Was die ÖVP „Lebensfreude“ nennt, nennt die SP „Lebensqualität“, was für die VP „liebenswert“ ist, ist der SP eine „Liebeserklärung“ wert, was die einen „die Stadt für ihre Bürger entwickeln“ nennen, nennen die anderen „für eine bürgernahe Stadtpolitik“. Was die einen schon heute zu machen behaupten und entwickeln wollen, wollen die anderen erst anpacken und reformieren. Beide „möchten nirgends anders leben“, die SPÖ sagt dazu: „aber....mit einem ausgewogenen Kräfteverhältnis im Gemeinderat können wir die Zukunft noch besser meistern“.

Das mag für sie gelten und für ihre Herren Bankiers und Kapitalisten. Ganz abgesehen von den schlechten Arbeitsbedingungen, den niedrigen Löhnen, den hohen Lebensmittelpreisen sind die Wohn- und Lebensbedingungen in dieser Stadt für die Werktätigen nicht gut. Gerade die Parteien, die sich stolz in die Brust werfen und behaupten, für die Lebensqualität der Innsbrucker zu sein, sind es, die die Zerstörung der Stadt und Umwelt vorantreiben.

Der TAB gibt sich als Schützer vor der drohenden Stadtzerstörung aus und ist in Wahrheit selbst daran beteiligt. So der Herr Steidl des TAB, besser Steidl-Hörtnagel – eng verbandelt und Erbe des größten Lebensmittelkapitalisten Innsbrucks – der im letzten Wahlkampf angetreten war mit dem Programm der Verhinderung solcher Betontürme des Holiday Inns, während gleichzeitig seine Frau das halbe Erdgeschoß desselben aufkaufte.

Das versuchen alle im Verborgenen zu halten – aber es kommt ans Licht und schafft Empörung unter den Menschen.

„Wer soviel für Wahlwerbung, nichtssagende Plakate ausgeben muß, der hat was zu verbergen“, hört man überall. Inhaltlich wird zu kaum einer Frage etwas ausgesagt. Allein die Frage der Wirtschaftspolitik findet man. Im Parteivorstand wetterte Lugger: „Diese Regierungspolitik ist schlecht, ist zu teuer, der Sozialismus der SPÖ ist zu teuer, Sozialismus oder Freiheit“. „Die Steuerschraube ist überdreht“ – auf den Wahlplakaten steht dann: „Lehnt die Steuererhöhungen der SPÖ ab, wählt ÖVP“ oder „Macht es wie die Preise, laufst der SPÖ davon“. Gleichzeitig wird erklärt, für jede richtig begründete Steuererhöhung sei man verhandlungsbereit. Auf der Ebene der Gemeinde betreiben sie selbst den Raubzug über Gebühren und Tarife. Nichts als Demagogie ist ihr Wahlkampf.

Nicht anders die SPÖ: „Gesicherte Arbeitsplätze und eine gesunde Wirtschaft sind notwendig, dem steht die enorme Schwäche der städtischen Finanzen, eine verfehlte Grundstückpolitik, das Abwandern von Betrieben entgegen.“ Also mehr Einnahmen sind notwendig, ebenso Grundstücksschenkungen und andere Erleichterungen fürs Kapital. „Den Hauptanteil an den wirtschaftsfördernden Maßnahmen muß der Fremdenverkehr haben.“ Alles fürs Kapital ist die Devise der SPÖ.

Welche Frage man auch untersucht: die Volksfeindlichkeit der Politik sämtlicher kandidierender Parteien springt ins Auge. Kein Wunder, daß sich da an allen Fronten der Widerstand des Volkes entwickelt, daß die Suche nach einem Ausweg aus den herrschenden Verhältnissen wächst. Die Agitation des KB zu den Gemeinderatswahlen stößt so auch auf großes Interesse. Seit 18.9. wurden 2.000 Wahlaufrufe verteilt, 100 „Klassenkampf“ 19/77, 8 Programme und 15 „Kommunist“ 8/77 verkauft.

Da wir noch nicht selbst kandidieren können, um auch auf dieser Ebene der Bourgeoisie entgegenzutreten – der Stimmabgabe für eine der bürgerlichen Listen die Parteinahme für den Klassenkampf entgegenzustellen – schlagen wir den Menschen vor, den Wahlzettel mit der Aufschrift: „Vorwärts zur Sozialistischen Revolution“ zu versehen. Dies soll ebenfalls eine klare Absage an die bürgerliche Politik und eine Parteinahme für die Revolution zum Ausdruck bringen. Trotzdem dies nur eine Krücke ist und die Nichtaufstellung einer kommunistischen Liste die Arbeit erschwert, merkt man, wie die Ansichten, Vorschläge und Forderungen der Kommunisten auf großes Interesse stoßen. Das steigert die Nervosität der bürgerlichen Parteien. Wo sie sich nicht mehr raussehen mit Argumenten ihre Handlungen verteidigen zu können, greifen sie zur Brachialgewalt. Als letzten Samstag Kommunisten und Gegner des Atomenergieprogramms der Regierung den Spitzenkandidaten der SPÖ zur Rede stellen wollten, wurde ihnen vorerst der Eintritt in die Wahlveranstaltung verwehrt, als sie sich dann selbst Zutritt verschafften, wurden sie mit Brachialgewalt aus dem Saal entfernt.

„In der Konfrontation mit den Politikern der bürgerlichen Parteien den ideologischen Loslösungsprozeß der Massen zu beschleunigen, ist die erste Aufgabe, die sich uns Kommunisten in dieser Lage in Innsbruck stellt. Die Erringung des Sozialismus und die Durchführung der Revolution bis zur klassenlosen Gesellschaft ist das Ziel. Freunde und Genossen, packen wir auf diesem Weg weiter an!“, das waren die Schlußworte der zentralen Wahlveranstaltung.

Salzburg: Schikanen gegen Kandidatur des KB Österreichs

Neben den Barrieren, die das bürgerliche Wahlgesetz von vornherein der Kandidatur einer revolutionären Organisation in den Weg legt, versuchen die bürgerlichen Parteien weitere Mittel der Schikane:

- Nach Einreichung der Kandidatur mit 192 Unterstützungsunterschriften betrieb das „Salzburger Tagblatt“ der SPÖ unter dem Titel „Staatspolizei interessiert sich für Liste 6“ die Propaganda für die Bespitzelung der Menschen, die unsere Kandidatur mit ihrer Unterschrift unterstützen. Dieser Versuch der Einschüchterung ist nichts Neues und nichts Unerwartetes und beweist nur mit einem neuen Beispiel: Die SPÖ ist eine Partei der Unterdrückung, wie wir es in unserem Wahlaufruf anhand vieler anderer Beispiele erläutert haben.

Für die Führung des Wahlkampfes hat die Gemeinde offizielle Stelltafeln bereitgestellt. Je 60 stadteigene Plakattafeln haben SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ bereits im Frühjahr unter sich aufgeteilt. Der KB beantragte bei Einreichung der Kandidatur ebenfalls gleichviel Stelltafeln - nur 20 wurden ihm zur Verfügung gestellt, und diese an ungünstigen Orten aufgestellt. Das „Salzburger Tagblatt“ mußte kurz darauf feststellen: „In einer offensichtlich generalstabsmäßig geplanten und taktisch ausgeführten Nacht- und Nebel-Aktion hat sich der „Kommunistische Bund Österreichs“ praktisch aller von der Stadtgemeinde den wahlwerbenden Gruppen zur Verfügung gestellten Plakatflächen bemächtigt. In der Nacht zum Dienstag wie auch am Mittwoch nach Mitternacht hat der KB mit seinen Werbebögen die bereits vorhandenen Plakate der anderen Parteien überklebt.“

- Die KPÖ hat der Gemeinderatswahlbehörde fast die Türe eingerannt, um den Namen des KB Österreichs vom Wahlzettel wegzubekommen und dort nur den Listenführer aufscheinen zu lassen. Ihre Begründung war, viele ihrer Wähler könnten irrtümlich KB wählen. Aufgrund innerer Widersprüche unter den bürgerlichen Parteien entschied die Wahlbehörde für die Beibehaltung der Listenbezeichnung „Kommunistischer Bund Österreichs“. Die Entscheidung der Wahlbehörde hat als Präzedenzfall Bedeutung. Es dürfte der KPÖ in Zukunft wesentlich schwerer fallen, mit dem bürgerlichen Wahlgesetz, das Parteien, die nicht zum erstenmal kandidieren, die Mittel dazu bietet, gegen unsere Kandidatur zu Felde zu ziehen. In der „Österreich-Information“, einer kostenlosen Werbeschrift an allw Haushalte, schreibt nun die KPÖ: „Arbeiter, Angestellte, durchkreuzt dieses hinterhältige Wahlmanöver! Laßt Euch nicht verwirren!“ Es ist für die Fixierung der KPÖ auf die bürgerlichen Parlamente und die Wahlen dazu bezeichnend, die Kandidatur des KB Österreichs als „Wahlmanöver“ aufzufassen. Offenherzig bekennt die KPÖ in diesem Artikel weiter ihre Farbe: „Die etablierten Parteien beschimpfen uns Kommunisten als sture 'Neinsager', als 'Umstürzler', als 'verantwortungslose Revolutionäre'“. Aber NEIN, kann man da der KPÖ nur zurufen, die früher „etablierten“ Parteien beschimpfen euch später „etablierte“ Partei völlig zu Unrecht: Ihr habt schon längst JA zum Kapitalismus und Imperialismus gesagt; ihr habt das Ziel, die Arbeiterklasse zum Sturz der bestehenden Ausbeutergesellschaft zu führen, schon längst aufgegeben; ihr seid keine „verantwortungslosen Revolutionäre“, sondern höchstens verantwortungsvolle Reformpolitiker! Es ist verständlich, daß der entarteten KPÖ die Kandidatur unserer Organisation, die sich den Aufbau einer neuen revolutionären Partei der Arbeiterklasse zum Ziel gesetzt hat, ein Dorn im Auge ist.

„Allein schon die Tatsache der Kandidatur ist ein neuer und gefährlicher Faktor für die Herrschenden, denn er macht den bürgerlichen Kräften das Terrain der Wahlen streitig und signalisiert die Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk und das Erstarken der kommunistischen Bewegung.“

B.O.

Maßnahmenpaket der Regierung

Sanierung der Profite und der Staatsfinanzen Ausbeutung und Ausplünderung des Volkes

Fortsetzung von Seite 1

steuergesetz, das Körperschaftssteuergesetz, das Aktiengesetz usw. enthalten vielmehr die ganz legalen Möglichkeiten, 90% des Profits aus den Bilanzen verschwinden zu lassen oder sie in sogenannte Rücklagen zu verwandeln und damit steuerfrei zu machen. Wollte eine Regierung das Steueraufkommen der Kapitalisten erhöhen, müßte sie als erstes diese Gesetze im Parlament ändern lassen. Aber die SPÖ-Regierung hat natürlich überhaupt nichts in dieser Richtung vor. Es hat nur Theaterdonner gegeben. Die Regierung soll zumindest ein bißchen in einem antikapitalistischen Licht erscheinen. Den Arbeitern soll vorgegaukelt werden, daß die Regierung bei den Kapitalisten die Steuerschraube anzieht, damit sie es leichter schlucken, wenn sie in Wirklichkeit bei ihnen selbst angezogen wird. Die Arbeiter sollen sich wieder stärker hinter die Regierung stellen und ihre volksfeindliche Politik akzeptieren. Das sind die wichtigeren Zwecke dieser lügenhaften Demagogie der Regierung.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß – einmal abgesehen vom 2. Abgabenänderungsgesetz, das aber die großen Kapitalisten kaum betrifft – in dem ganzen Maßnahmenpaket die Kapitalisten nicht mehr vorkommen. Oder besser: Sie kommen erst wieder dort vor, wo davon die Rede ist, was mit den Steuergeldern gemacht werden soll. Dort heißt es, daß sie unter anderem zur Förderung von industriellen Investitionen verwendet, oder anders ausgedrückt: den Kapitalisten in den Rachen geworfen werden sollen. Das entspricht dem Zweck, die Profitmacherei anzukurbeln und wieder in Schwung zu bringen.

Um diesen Zweck insgesamt zu erreichen, können freilich staatliche Subventionen und Hilfsmaßnahmen nur flankierende Maßnahmen sein. Kernstück der Sache ist für die Kapitalistenklasse die Steigerung der Ausbeutung in der Produktion und in den Betrieben selbst. Auch hier spielt die Regierung eine Vorreiterrolle. Schon bisher hat sie bei den Gehaltsverhandlungen im Öffentlichen Dienst die Scharfmacherei und Härte der meisten Kapitalistenverbände in den Schatten gestellt und damit allen Kapitalisten für ihre Lohnraubpläne den Weg bereitet. Jetzt soll der Kurs des Lohn- und Gehaltsabbaus, der Rationalisierungen auf dem Rücken der Öffentlich Bediensteten usw. noch verschärft werden. Die Beamtengehälter wurden von Kreisky als ein Hauptangriffsziel des Maßnahmenpaketes angegeben. Konkret sollen den Öffentlich Bediensteten bei den nächsten Gehaltsverhandlungen um noch einmal 2% niedrigere Abschlüsse aufgezwungen werden. So hoch veranschlagt die Regierung nämlich, die Zweijahressprünge, die ab jetzt bei den Gehaltsverhandlungen „berücksichtigt" werden sollen.

Für die verstaatlichte Industrie, v.a. für den Vöest-Alpine-Konzern und die VEW, faßt die Regierung Kurzarbeit ins Auge, um die Antreiberei noch mehr zu steigern und dem Konzern Lohnkosten zu sparen.

Gekürzt sollen schließlich die staatlichen Zuschüsse zur Pensionsversicherung werden.

Und um über den unmittelbar eigenen Bereich, wo die Regierung bzw. der Staat selbst als Dienstgeber bzw. Kapitalist fungiert, hinaus ebenfalls einen Beitrag zur Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse zu leisten, hat Kreisky als Orientierung für kommende Lohnverhandlungen verkündet, daß es mit den Reallohnsteigerungen jetzt vorbei sei. Die Gewerkschaftsführung praktiziert diese Orientierung auch bereits bei den Handelsarbeitern, und will diesmal mit einer 7,5% Forderung in die Lohnverhandlungen eintreten. Kreisky hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer „tiefes Verständnis" für diese Orientierung geäußert hätten.

Wie das „Paket" begründet wird

Die Argumente, die die SPÖ-Regierung zur Verteidigung ihres „Paketes" vorbringt, sind die Versatzstücke ihrer bisherigen Propaganda in einer entsprechend der veränderten Situation abgewandelten Form: „Es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute." Es herrsche allgemeiner Wohlstand. Der Wohlstand bringe aber auch Probleme mit sich. Umgekehrt seien Zahlungsbilanz- und Budgetdefizit Probleme, die ihre Hauptursache im gesteigerten Wohlstand haben. Damit es weiter gut gehe sei Mäßigung notwendig, aber es werde auch in Zukunft niemandem schlechter gehen, er werde halt vielleicht etwas länger aufs neue Auto warten müssen. Im internationalen Vergleich schneide Österreich hervorragend ab, aber natürlich sind wir keine Insel und müssen größtes Augenmerk auf die internationale Konkurrenzfähigkeit richten. Der Grund für die günstige Lage sei die gute und weitsichtige Wirtschaftspolitik der SP-Regierung, die fortgesetzt würde, aber natürlich entsprechend den geänderten Verhältnissen. Die Hauptaufgabe sei die Sicherung der Vollbeschäftigung. Für diese Hauptaufgabe müßten Opfer gebracht werden. Die Vergangenheit der letzten Jahre zeige, daß das richtig sei. Alle müßten Opfer bringen, wobei am „Prinzip der sozialen Gerechtigkeit" festgehalten werden müßte. Die Krise und vor allem die Arbeitslosigkeit könnten weiterhin weitgehend von Österreich ab- und relativ schwach gehalten werden, wenn auch nicht mehr in dem Maß wie bisher. Das „Paket" sei aber der Weg, um das Möglichste zu tun.

Der „gestiegene Wohlstand" widerspiegelt die gestiegene Ausbeutung

Der Phrase vom gesteigerten allgemeinen „Wohlstand" schlagen eine Reihe von Tatsachen ins Gesicht. Seit Jahren entwerten die Preissteigerungen die Löhne. Der Lohnsteuerraub nimmt mit jeder nominellen Lohnerhöhung gewaltig zu. Die Lohnpolitik der Kapitalisten bzw. des Staates als öffentlicher Dienstgeber besiegelt den Reallohnabbau. Der Reallohnabbau ist aber nur eine Form der Steigerung der Ausbeutung. Der Arbeitstag wird weit über den gesetzlichen „Normalarbeitstag" hinaus ausgedehnt. Nacht- und Schichtarbeit werden ausgedehnt. Mittels Akkord und akkordähnlichen Systemen wird die Intensität der Arbeit ständig erhöht. Der Verschleiß der Arbeitskraft steigt daher alles das an und es erhöhen sich daher die Reproduktionskosten für die Arbeitskraft oder ihr Wert. Die Lohnentwicklung hält damit nicht nur nicht Schritt, sondern der Lohn entwickelt sich sogar in entgegengesetzter Richtung. Nicht nur Reallohnabbau findet also statt, sondern ein Hinunterdrücken des Lohns unter den Wert der Arbeitskraft.

Die Arbeiter müssen trotzdem dem Anstieg der Reproduktionserfordernisse wenigstens teilweise Rechnung tragen. Das geht angesichts des Reallohnabbaus nur durch die Konsumtion früherer Ersparnisse oder durch die Aufnahme von Krediten. Das mildert freilich die zunehmende Kluft zwischen Preis und Wert der Arbeitskraft auch wieder nur zeitweilig, um sie später noch schärfer hervortreten zu lassen.

Auf was bezieht sich also die Rede vom „gesteigerten Wohlstand"? Sie bezieht sich darauf, daß die Arbeiter gezwungen sind, trotz Reallohnabbau das durch die veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen gestiegene notwendige Lebensniveau zu halten oder zu halten zu versuchen, obwohl dies ihre zunehmende Verschuldung bedeutet. Sie bezieht sich darauf, daß die Arbeiter gezwungen sind, heute schon einen Teil des zukünftigen Lohns auszugeben, um den gestiegenen Reproduktionskosten, deren Bezahlung ihnen vorenthalten wird, wenigstens teilweise Rechnung zu tragen. Hinter der Phrase vom „wachsenden Wohlstand" wird so die Tatsache der wachsenden Ausbeutung sichtbar und der „wachsende Wohlstand" ist nur das, daß der zunehmende Verschleiß der Arbeitskraft auch ihre Reproduktionserfordernisse erhöht. „Es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute", weil – abgesehen davon, daß sich die Arbeiterklasse im Lauf der Zeit viele Errungenschaften gegen die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat erkämpft hat – die Ausbeutung noch nie so scharf war wie heute. So sieht es in Wirklichkeit aus.

Die Ursache der Wirtschaftsprobleme ist der Kapitalismus

Dementsprechend ist auch nicht der wachsende Wohlstand die „Hauptursache der gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme", wie dies Kreisky hinzustellen versucht. „Hauptursache" sind der Kapitalismus, die Ausbeutung und die gesetzmäßige Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in der Krise.

Seit nunmehr drei Jahren steckt die kapitalistische Wirtschaft in einer tiefen Krise. Das Märchen vom neuen, krisenfreien Nachkriegskapitalismus war schon 1966/67 angeschlagen worden, als es zur ersten größeren Krise seit den 50er Jahren kam. Jetzt hat es sich endgültig als Lügengeschwätz zur Beschönigung des Kapitalismus herausgestellt. Unser Programm weist demgegenüber auf „die durch den Kapitalismus unvermeidlich hervorgebrachten periodischen Krisen" hin und setzt hinzu, daß dadurch „die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft wird". Die nun schon jahrelang andauernde Stagnation der kapitalistischen Wirtschaft, in der sich kaum spürbar Erholungen und neuerliche Rückfälle in absolute Produktionsrückgänge die Hand geben, bestätigt diese Einschätzung vollständig. Unser Programm nennt auch den Grund für die Krisen: Es sind Überproduktionskrisen.

Die Regierung konnte Besonderheiten der Krise in Österreich ausnutzen

Die SP-Regierung will die Krise der kapitalistischen Wirtschaft vertuschen oder verharmlosen, um ihrer Wirtschaftspolitik den Mantel der erfolgreichen Krisenversorgung und Krisenbekämpfung umhängen zu können. Dabei kann sie sich einige Besonderheiten der Entwicklung der Krise in Österreich zu nutze machen.

Jahrelang leugneten die Bourgeoisideologen überhaupt die Möglichkeit von Krisen im modernen Kapitalismus. Das ging nach 1966/67 nicht mehr. Dann stellten sie die Krisen als zufällige Erscheinungen hin und als kurze Episode in der allgemeinen Prosperität. Auch das geht heute nicht mehr. Nimmt man einen längeren Zeitraum, nimmt man die Zeit, seit sich um die Jahrhundertwende der Imperialismus herausgebildet hat, dann findet man den Satz unseres Programms unbedingt bestätigt, daß sich der Imperialismus „seine gelegentlichen ökonomischen Aufschwünge" nur durch „ungeheure Kapitalvernichtung in Krisen und Kriegen" erkauft. Als „gelegentliche Erscheinungen" und zeitweilige Episoden erscheinen dann nicht mehr die Krisen, sondern die kurzen Phasen der ökonomischen Prosperität. Das gilt international und genauso für Österreich.

Im Jahr 1974 und Anfang 1975 konnte Österreich einige Monate die besondere Struktur seines Außenhandels ausnutzen und Exportverluste in die westlichen imperialistischen Länder durch Exportsteigerungen in die Länder der Dritten Welt und nach Osteuropa abfangen. Dann ging auch der Osthandel zurück. Mit einigen Monaten „Verzögerung" erreichte der österreichische Kapitalismus Mitte 1975 den ersten Tiefpunkt der Krise. Eine größere offizielle Arbeitslosigkeit gab es u.a. bloß deshalb nicht, weil 80.000 Ausländer abgebaut und „heimgeschickt" wurden. Die Regierung benutzte die relativ niedrige Arbeitslosenrate, um die Tiefe der Krise zu vertuschen. Tatsächlich sank aber die Industrieproduktion in Österreich genauso stark wie in den meisten anderen kapitalistischen Ländern, nämlich 1975 um 8% und fast auf das Niveau von 1972 und die Zahl der in der Industrie Beschäftigten sank um 50.000. Die Regierung benutzte den auf Grund objektiver Umstände besonderen Verlauf der Krise, um dies als Erfolge ihrer Wirtschaftspolitik zu reklamieren.

Eine genaue Betrachtung der objektiven Entwicklung der Krise in Österreich unter Berücksichtigung der Besonderheiten dieser Entwicklung zeigt aber eher das Gegenteil: Daß die Regierungspolitik den Kapitalismus und seine gesetzmäßige Entwicklung nicht „suspendieren" und daß sie die Vertiefung der Krise nicht aufhalten konnte.

Was die „Vollbeschäftigungspolitik" der Regierung brachte

Was die Regierungspolitik allerdings unter Ausnutzung dieser Besonderheiten verfolgte und in gewissem Maß auch vermochte, war es, durch massive Finanzspritzen in die Wirtschaft, das Hineinschlittern in die Krise zu verlangsamen bzw. ihre Auswirkungen zu mildern. Insbesondere ging es 1975, als die Krise ihren ersten Tiefpunkt erreichte, darum, bis zu den Nationalratswahlen eine größere Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu vermeiden, um die „Vollbeschäftigung" außer als Erpressungsmittel gegenüber den Arbeitern auch als Wahlschlager zu benutzen. Dafür wurden in der Verstaatlichten Industrie keine Entlassungen in größerem Maßstab vorgenommen, sondern lediglich ein rigoroser „Aufnahmestopp", „natürlicher Abbau" und eine gewisse „künstliche" Beschleunigung dieses Abbaus praktiziert. So rettete die Regierung die relativ geringe offizielle Arbeitslosigkeit in das Erholungsjahr 1976.

Bereits damals haben wir darauf hingewiesen, daß keine Wirtschaftspolitik etwas an der der Krise zugrundeliegenden Entwicklung der kapitalistischen Widersprüche ändern kann, daß die Krise daher allenfalls eine Zeitlang übertüncht, aber niemals aus der Welt zu schaffen ist, und daß die sogenannte „Vollbeschäftigungspolitik" nur eine relative und zeitweilige Wirkung haben kann und letztlich nur zum noch schärferen Hervortreten der Krise, wenn auch vielleicht zum Teil in anderen Formen, führen kann. Heute findet sich diese Einschätzung vollkommen bestätigt. Der Optimismus der Bourgeoisie ist verflogen und eine neuerliche Vertiefung der Krise steht unmittelbar bevor.

Die Finanzkrise des Staates vertieft sich sprunghaft

Vor allem die Finanzkrise des Staates hat

Fortsetzung auf Seite 6

Konferenz der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner am 1. Oktober

Am 26. 10. wird es keinen Bittgang, sondern eine Kampfdemonstration gegen die Regierung geben

Im Mittelpunkt der Konferenz der IÖAG am 1.Oktober steht die Vorbereitung und Durchführung der schon vor dem Sommer für 26.Oktober beschlossenen gesamtösterreichischen Demonstration zum Parlament bzw. - falls dieses Ruhetag haben sollte - zur Regierung. Mit fortschreitender Durchsetzung des Atomkraftwerksprogramms durch die Regierung gegen den Willen und Widerstand des Volkes verstärkt sich die Auseinandersetzung innerhalb der Bewegung gegen Atomkraftwerke, ob und wie der Kampf auf Grundlage gemeinsamer Forderungen, einheitlich und konsequent geführt werden soll. Unvermeidlich rückt unter den heutigen Umständen auch die Frage mehr in den Vordergrund, unter welcher Perspektive, mit welcher Orientierung die Bewegung den Kampf führt und welche Klasse die Führung der Bewegung innehat. All dies wird sich auch im Verlauf der IÖAG-Konferenz ausdrücken.

Der Gesamtösterreichische Koordinationsausschuß der IÖAG hat den Gruppen in Gestalt eines Rechenschaftsberichtes und aktueller Ergänzungen eine im wesentlichen richtige Linie vorgezeichnet. So heißt es u.a. im neuesten Informationsblatt des Koordinationsausschusses: „Wir müssen am 26.10. Regierung und Parlament die Entscheidung für die Inbetriebnahme streitig machen und werden den Menschen klarmachen, daß auch ein für das AKW Zwentendorf lautender Parlamentsbeschluß unsere Bewegung nicht aufhalten kann und daß wir alles daransetzen werden, die Fertigstellung und die Inbetriebnahme zu behindern und aufzuhalten“ (z.B. durch Blockade des schon länger geplanten, aber noch immer nicht begonnenen Antransports der Brennelemente oder gegen neugeplante Probebohrungen im Waldviertel).

Die Orientierung auf eine kämpferische Demonstration am 26.10., deren Aktionsziel es ist, die Regierung unmittelbar mit den Forderungen der Bewegung zu konfrontieren und sie zu einer Stellungnahme vor den versammelten und protestierenden Massen zu zwingen, ist keineswegs umstritten.

So bezeichnet die BIAG Linz-Enns in einem Brief die Demonstration als „eine der letzten Möglichkeiten, den Politikern in der Frage der Atomenergie den rechten Weg zu weisen“ und auf die Entscheidung im Parlament Einfluß zu nehmen. Das ist Unsinn. Die Würfel in der Regierung sind längst gefallen und wenn sie die Frage im Parlament auf die Tagesordnung setzt, dann wird es zumindest eine klare Mehrheit dafür geben. Oder muß sich das Volk dem Spruch des Parlamentes, der nach neuesten Meldungen für Frühjahr 1978 zu erwarten ist, beugen? Müssen sich nicht vielmehr Kreisky und die Regierung dem Kampf des Volkes, das kein Atomkraftwerk will, beugen? Wer glaubt, im Parlament würde wirklich etwas entschieden, der wird den 26.Oktober zu einem Bittgang zur Regierung zu machen versuchen. Dazu wird es nicht kommen. Dafür werden nicht tausende Menschen zum Teil hunderte Kilometer anreisen, dafür genügte es, wenn zwei Wiener Aktivisten in die nächste Sprechstunde des Bundeskanzlers gehen. Was dabei herauskommt, hat man bei der Vorsprache der Mütter gegen Atomkraftwerke“ bei Kreisky im Juli gesehen (siehe Klassenkampf Nr.16/77)

Die Konferenz der IÖAG soll in einem eigenen Aufruf im Sinne des Rechenschaftsberichts zu einer einheitlichen Massendemonstration am 26.10. zu Parlament bzw. Bundeskanzleramt mobilisieren. Diese Demonstration knüpft an die Demonstrationen am 12.Juni in Zwentendorf und am 25.Juni in Allentsteig an und soll die Breite und Entschlossenheit der Bewegung zum Ausdruck bringen. Es ist realistisch und gut, wenn am 26.10. etwa dieselbe Anzahl Menschen wie bei der größten bisherigen Demonstration in Zwentendorf zusammenkommt. Es ist unrealistisch und schlecht, wenn heute Spekulationen und falsche Erwartungen über zehntausende Teilnehmer geschürt werden und nützt nur dem Gegner, wenn diese dann nicht kommen.

Weil die BIAG Linz-Enns weiß, daß die IÖAG nicht auf ihre zurückweichlerische Linie hereinfällt, und die Erfahrungen der Massen alles andere als einen Bittgang zur Regierung nahelegen, hat die BIAG in ihrem Brief gleichzeitig zu einer Art Gegenkonferenz eine Woche nach der IÖAG-Konferenz aufgerufen und dafür einen ausgewählten Kreis von Atomkraftwerksgegnergruppen sowie darüberhinaus bestimmte politische Gruppen, darunter die Aktion Leben, die Sozialistischen Frauen, usw. eingeladen. Die BIAG Linz/Enns spekuliert offenbar darauf, eine „gemäßigte“ IÖAG aufbauen, vor allem die Waldviertler und Vorarlberger Gruppen für eine solche Spalter-IÖAG herausbrechen und die Demonstration am 26.10. praktisch spalten zu können. Demgegenüber gilt es die Folgen und Nutznießer einer Spaltung der Reihen der Atomkraftwerksgegner quer durch Österreich aufzuzeigen, auch auf der IÖAG-Konferenz aufzutreten, und insgesamt nicht davor zurückzuschrecken, gerade in der jetzigen Situation die politische Klarheit und Bewußtheit der Bewegung im Sinne der Interessen der Arbeiterklasse zu erhöhen. Hier soll im Vordergrund stehen die Debatte und Abstimmung über die Aufstellung der Forderung nach sofortigem Austritt Österreichs aus der Internationalen Energieagentur. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Verbundenheit mit dem Kampf der Völker der Dritten Welt und die Entschlossenheit des Kampfs gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte, zum Ausdruck zu bringen.

Auch über die Mitgliedschaft Österreichs in der Internationalen Energieagentur muß die Regierung am 26.Oktober Rechenschaft legen - das wird sie an einer besonders empfindlichen Stelle treffen.

J.R.

Gespaltener Strompreis:

Über die gespaltenen Strompreise stützt das Volk die Großkapitalisten

Seit es breiten Widerstand gegen Atomkraftwerke gibt, ist in der Propaganda von Regierung und Elektrizitätskonzernen zwar immer wieder die Rede von „Wir alle brauchen mehr Strom, Strom sichert Arbeitsplätze, Strom verbessert den Lebensstandard“ usw. gewesen, aber nichts wurde so sorgfältig aus der ganzen Propaganda ausgeklammert wie die Frage der Strompreise. Warum? Weil sich am österreichischen Stromtarifsystem, das sich nicht von dem in anderen imperialistischen Staaten unterscheidet, nur zu deutlich und für die breitesten Volksmassen sichtbar und spürbar zeigt, wie die heute betriebene staatliche Energiepolitik voll und ganz den Interessen des Monopolkapitals dient.

Einen halben bis ganzen Monatslohn pro Jahr in den Rachen der Elektrizitätskonzerne

Das herrschende Stromtarifsystem ist so aufgebaut, daß das Volk, die Millionen Lohnabhängigen, vom Tarifsystem nicht viel mehr durchschauen als gerade den Betrag, den sie alle ein, zwei Monate auf dem Postamt einzahlen müssen. Die Stromendabrechnung eines Jahres einbezogen, muß ein Arbeiter heute im Durchschnitt wohl einen halben bis ganzen Monatslohn jährlich dem Elektrizitätswerk in den Rachen schmeißen.

Für eine Kilowattstunde Strom zahlt ein Haushaltsabnehmer in Wien zur Zeit 90,3 Groschen sogenannten Arbeitspreis. Auch in den anderen Bundesländern ist es ungefähr so viel, in Tirol und Vorarlberg etwa um ein Viertel weniger. Dazu kommt noch die sogenannte Grundgebühr, das sind in Wien zur Zeit bei drei Tarifräumen (also Zimmer mit jeweils zwischen 8,8 und 25 qm) 171,60 S pro Jahr. Zu diesen Preisen muß noch 8 % Mehrwertsteuer gerechnet werden, die ein Lohnabhängiger auch nirgendwo abschreiben kann. Es ergibt sich ein Durchschnittsstrompreis von etwa 1,10 S pro kWh für den Haushalt. Was zahlen demgegenüber die Kapitalisten für den Strom?

Das Großkapital handelt den Strompreis in geheimen Sonderverträgen aus

Während beim Gewerbetarif der Grundpreis des Stroms nach dem Anschlußwert der vorhandenen Beleuchtungskörper, Maschinen und elektrischen Einrichtungen und beim Landwirtschaftstarif nach Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche berechnet wird, der Arbeitspreis jedoch gleich hoch wie beim Haushaltsstrom ist, gibt es zwischen den großen Industrie- und den elektrisch betriebenen öffentlichen Verkehrsbetrieben geheime Sonderverträge. Von diesen erfährt man eben deswegen nicht viel, weil sie gegenüber dem Strompreis, den die werktätigen Massen zahlen, gewaltige Begünstigungen enthalten. Begründet und gerechtfertigt werden diese Vergünstigungen mit der hohen Benützungsstundenzahl pro Jahr und mit der Abnahme einer begrenzten Leistung auch zu den täglichen Verbrauchsspitzen, vor allem in den Mittags- und Abendstunden. Rechtfertigt das keineswegs, daß die Großkapitalisten meist nicht einmal die Hälfte dessen für die kWh zahlen, was ein Lohnabhängiger zahlen muß, so wird diese Begründung spätestens dann vollends fadenscheinig, wenn man hört und weiß, daß bestimmte Konzerne den E-Werken einen sogar unter den Produktionskosten für eine kWh liegenden Strompreis zahlen.

Im Jahre 1974 wurden von insgesamt 30,9 Millionen kWh 16,4 Millionen kWh Strom von Industrie, öffentlichen Anlagen und Verkehr verbraucht, vom Gewerbe 3,3 Millionen kWh, und von den Haushalten 6,4 Millionen kWh. Darüber hinaus haben sich die Kapitalisten durch eigene Kraftwerke abgesichert, aus denen etwa 15 % der gesamten Stromerzeugung stammen, die ÖBB produzieren etwa ⅔ des benötigten Stroms in eigenen Kraftwerken (Zahlen aus „Strom für Österreich“, Broschüre des Verbandes der E-Werke). In der Zeitschrift „Gemeinwirtschaft“ (2/77) erklärt der Verbundgesellschaft-Funktionär Bandhauer, daß die Verbundgesellschaft 60 % ihres Stroms an Landesgesellschaften, 20 % an vier große österreichische Industriefirmen und 20 % in den Export liefere.

Obwohl es keine genauen Zahlen und Unterlagen gibt, kann man bei einiger Nachforschung zumindest ungefähr dem Ausmaß der Stützung der Großkapitalisten durch das Volk über das gespaltene Stromtarifsystem auf die Spur kommen.

Das Volk zahlt doppelt und dreimal so viel wie die Kapitalisten für eine kWh Strom

Nach eigenen Berechnungen, gestützt auf die zwischen 22 und 36 g/kWh liegenden Stromtarife (schwankend nach Sommer- und Winterzeit und nach täglichem Hoch- und Niedertarif) zwischen der Verbundgesellschaft und der Salzburger Landesgesellschaft SAFE aus dem Jahr 1976 ergibt sich ein grober Durchschnitt von 35 g Arbeitspreis und 10 g Leistungspreis je kWh für die Großindustrie. Konzerne wie die VÖEST zahlen sicher noch weit weniger als das, Arbeiter der Vereinigten Metallwerke Ranshofen berichten, daß dieser Konzern zur Zeit 24 g/kWh zahlt.

In einen Artikel des ehemaligen Ministers Frühbauer in der Zeitschrift „Arbeit & Wirtschaft“ (5/77) verpackt, findet man eine Tabelle, die für Österreich als Durchschnittstrompreis eines Haushaltes bei einem Jahresverbrauch von 1.700 kWh 98,5 g/kWh angibt, für die Industrie bei einer Leistung von 500 kWh und 4000 Stunden Nutzung 64,8 g/kWh, bei einer Leistung von 2.500 kW und einer Nutzung von 6.000 Stunden 46,9 g/kWh ergibt.

In der Zeitung „Die Wirtschaft“ (Nr. 8 vom 22.2.77) versuchte ein gewisser Dr. S. Rief durch gefinkelte Berechnungen nachzuweisen, daß eine 98,5 Groschen kostende kWh im Haushalt nach dem Sondertarif der Industrie berechnet 201,6 Groschen je kWh ergäbe und er schlußfolgert: „Berücksichtigt man die Vorteile hoher Benützungsstundenzahlen, so ist klar zu erkennen, daß die von Gewerbe und Industrie im Durchschnitt zu entrichtenden Strompreise im Vergleich zu jenen des Haushaltes und der Landwirtschaft zu hoch sind.“ Selbst dieser Kapitalistenknecht, dem man sicher alles andere vorwerfen kann, als daß er die Strompreise für die Kapitalisten beschönigt und zu niedrig angibt, kommt bei der Berechnung der durchschnittlichen Strompreise i.a. zum Resultat: Haushalt 100 bis 115 g/kWh, Industrie 75 bis 90 g/kWh.

Die Kapitalisten, insbesondere das große und Monopolkapital, lassen nichts unversucht, um durch möglichst niedere Strompreise die Kosten ihres fixen Kapitalbestandteils zu senken und in der weltweiten Konkurrenzschlacht besser abzuschneiden.

Das Volk soll auch über den Strompreis dem österreichischen Imperialismus auf die Sprünge verhelfen

Wenn man im „Regierungsbericht über die Nutzung der Kernenergie“ hochoffiziell liest, daß die Stromerzeugungskosten aus dem Atomkraftwerk Zwentendorf 31,5 bis 37,2 g/kWh betragen (was mittlerweile schon neuerlich kräftig nach oben revidiert worden sein soll) und die für das Voitsberger Kohlendampfkraftwerk 55,37 bis 68,68 g/kWh, während die Großkapitalisten den Strom oft sogar merklich unter diesem Preis erhalten, während die Elektrizitätskonzerne vielfach sehr profitable Bilanzen aufweisen, so hat dies – neben massiven staatlichen Stützungsmaßnahmen mit den Steuergeldern der Lohnabhängigen für die E-Wirtschaft und neben einträg-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Über die gespaltenen Stromtarife .....

lichen und schwungvollen Stromexportgeschäften einiger Elektrizitätskonzerne z.B. in Tirol und Vorarlberg – vor allem seine Ursache darin, daß das Volk auch über den Strompreis und das gespaltene Stromtarifsystem gezwungen wird, dem österreichischen Monopolkapital auf die Sprünge zu helfen, es gegen die anderen Hyänen zu stärken, seine ausbeuterischen Abenteuer zu erleichtern.

Die SP-Regierung ist der Garant für die Durchsetzung des Schlachtplans der Bourgeoisie und kommt dieser Aufgabe auch in der Energiepolitik in jeder Hinsicht nach. So zitierte die Kärntner Tageszeitung (12. 1. 1977) den Minister Staribacher und sein Versprechen, die Industriestromtarife, vor allem für die Bleiberger Bergwerksunion, die Treibacher Chemische Werke und die Donau-Chemie (Brückl), zu senken. Derselbe Minister erklärte am 27.2.77 auf eine Anfrage im Parlament: „Wenn der Konsument Appellen nicht freiwillig Folge leistet, wird er durch entsprechende Tarifkorrekturen zur Sparsamkeit angeregt werden."

Und der Finanzminister Androsch führt vor dem heurigen Sommer diese Gedanken weiter und „schlägt eine Verteuerung des Haushaltsstroms vor – die Industrie soll nicht durch Mehrkosten belastet werden" (Kurier, 25. Mai 1977).

Dieses laute Denken der Herren Minister ist durchaus ernst zu nehmen.

Eine Erhöhung des Haushaltsstrompreises darf nicht hingenommen werden!

In den letzten drei Jahren ist der Strompreis in Wien (und im großen und ganzen ähnlich in ganz Österreich) um über die Hälfte hinaufgesetzt worden. Am 1. Februar 1974 um 13,5 %, am 1. Jänner 1975 um 23 %, am 1. März 1976 um 10 %, und am 1. Jänner 1977 um weitere 10 %. Nach dem Beschluß der letzten Erhöhungen schrieben die Oberösterreichischen Nachrichten (18. 12. 76): „Die ursprünglichen Preisvorstellungen der E-Wirtschaft lagen zweieinhalb bis viermal so hoch." Es ist also durchaus schon in allernächster Zeit mit einer neuerlichen Hinaufsetzung des Strompreises vor allem oder ausschließlich für die Haushalte zu rechnen. Das darf nicht hingenommen werden. Die imperialistische Energiepolitik ist mit dem rücksichtslosen Durchziehen des Atomprogramms bereits auf harten Widerstand gestoßen. Im Kampf gegen das gespaltene Stromtarifsystem und weitere Strompreiserhöhungen zu Lasten des Volkes kann die Arbeiterklasse breiteste Massen gegen die imperialistische Energiepolitik der Regierung zusammenschließen und in den Kampf führen. Das steht heute von Anfang an in engem Zusammenhang mit der Bewegung gegen Atomkraftwerke, in der es auch für die Aufnahme der folgenden Forderungen einzutreten gilt:

Kampf jeder weiteren Erhöhung des Haushaltsstrompreises!

Schluß mit der Stützung des Strompreises der Großkapitalisten durch die Arbeiter- und Volksmassen – Weg mit dem gespaltenen Stromtarifsystem!

J.R.

Atomkraftwerke nein – kein Parlamentsentscheid darf anders sein

Dokumentation über die Geschichte des Widerstands des österreichischen Volkes gegen den Bau von Atomkraftwerken
Herausgegeben von der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner
Preis: S 15,-
zu beziehen über:
Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner, Postfach 138, 1071 Wien

Die Geschichte der Erkenntnis und Nutzung der Energiequellen durch den Menschen

Artikel aus der chinesischen wissenschaftlichen Zeitschrift „Scientia Sinica", erschienen in:
Kommunist – theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreich, Jahrgang 2/Nr. 4
Preis: S 25,-
Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien

Regierungsmaterialien, Gesetze und Abkommen über Atomkraftwerksbau und imperialistische Energiepolitik in Österreich

Diese Materialbroschüre soll helfen, die Rolle des Staates bei der Entwicklung und Durchsetzung des imperialistischen Atomprogramms an Hand offizieller Gesetze und Dokumente zu untersuchen.
Preis: S 20,-
zu beziehen über:
Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien

35.000 demonstrieren gegen Schnellen Brüter in Kalkar/BRD

Trotz einer massiven Einschüchterungskampagne vor der Demonstration, trotz Absperrungen an verschiedenen Punkten Westdeutschlands haben sich rund 35.000 Demonstranten in Kalkar (Nord-Rhein Westfalen) versammelt und gegen den Bau des „Schnellen Brüters" demonstriert. Die „Schnelle Brüter"technologie hat für die westeuropäischen Bourgeoisien besondere Bedeutung. Mit ihr versuchen sie, die Abhängigkeit von Uranlieferungen aus dem Ausland zu verringern. Dementsprechend sehen die Maßnahmen der westdeutschen Staatsmacht aus: Grenzsperren, künstliches Verkehrschaos, Züge, die auf offener Strecke aufgehalten und von mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten durchsucht wurden.

Die Demonstration hat trotz all dieser Einschüchterung und des Verbots zum vorgesehenen Kundgebungsplatz vor dem AKW stattgefunden.

Diskussion mit Sympathisanten über „Kommunist"-Artikel Die Bourgeoisie hemmt die Entwicklung der Energiequellen!

Den Artikel „Die Geschichte der Erkenntnis und Nutzung der Energiequellen durch den Menschen" diskutierte die Zelle MFA gemeinsam mit den Teilnehmern an den beiden Lesekreisen der Zelle und mit anderen Sympathisanten und Freunden, die z.T. in der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke mitarbeiten.

Vor allem entzündete sich die Diskussion an Hand einer Behauptung, die in der Bürgerinitiative aufgetreten war: „Produktivkräfte sind immer auch Destruktivkräfte". Wir konnten an Hand des Artikels klarmachen, daß immer die Produktionsverhältnisse entscheidend dafür sind, ob die Produktivkräfte entwickelt und eingesetzt werden zur Weiterentwicklung der Menschheit auf eine höhere Stufe, oder ob die Weiterentwicklung der Produktivkräfte gehemmt wird im Interesse einer Klasse, die längst überflüssig geworden ist für die Gesellschaft und von der Bühne abtreten muß.

Gerade die AKW-Politik der Bourgeoisie zeigt, daß diese Klasse, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, die Entwicklung der Energiequellen hemmt. Zum Beispiel werden 95 % der Gelder für die Erforschung neuer Energiequellen für die AKW-Forschung ausgegeben werden, weil diese Energieform für die Kapitalisten die billigste, profitabelste und am besten geeignete ist, sie gegen den Ansturm der Völker an der Macht zu halten.

Auf Grund der guten Erfahrungen mit dieser Diskussion werden wir auch in Zukunft öfter zu bestimmten Fragen große Diskussionen veranstalten.

-wow-/Zelle MFA, OG Graz

Fortsetzung von Seite 4

Sanierung der Profite und Staatsfinanzen

sich inzwischen gewaltig zugespitzt. Auf der Grundlage der Krise des Kapitales mußte sich zwangsläufig die Finanzkrise des Staatshaushaltes entwickeln. Der Versuch, die Krise von Staats wegen „aufzuhalten", führte aber zur explosionsartigen Vertiefung der Finanzkrise.

Der Rückgang der Wirtschaft drückte auf das Wachstum des Steueraufkommens. Auf der anderen Seite wuchsen die staatlichen Ausgaben rapid. Die „Vollbeschäftigungspolitik" bedeutete vor allem, daß die direkten Zuwendungen an die Kapitalisten zur Stützung ihrer Profite – von Subventionen über Exportstützungen, Garantien, Steuerbefreiungen jeder Art, usw., usf. – gewaltig zunahmen. Die Budgetdefizite explodierten. Damit wuchs die Staatsverschuldung. Wachsende Staatsverschuldung heizt die Inflation an und trägt wiederum bei zur Zerrüttung der Wirtschaft. Wachsende Staatsverschuldung bedeutet aber auch, daß der direkte Zugriff des Finanzkapitals auf den Staatshaushalt zunimmt. Die Zinsenlast wird riesig und vergrößert die Budgetdefizite noch mehr. Ein unentrinnbarer Kreislauf entsteht.

Die Unterordnung des Staates unter einige wenige Monopole und Finanzhyänen wird immer vollständiger. Die Plünderung der Staatskassen ebenfalls. Das ist die Kehrseite der „Vollbeschäftigungspolitik". Die Finanzkrise des Staates ist eine Form, wie sich die kapitalistische Krise Bahn bricht.

Die Sanierung des Staatshaushaltes ist zu einem dringenden Problem für die Bourgeoisie geworden

Das alles konnte sich natürlich die Regierung ebenfalls ausrechnen. Sie spekulierte aber mit einem baldigen neuerlichen Wirtschaftsaufschwung. Das Anhalten der Krise macht die einfache Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik unmöglich. Insbesondere die Perspektive der neuerlichen Vertiefung der Krise in den nächsten Monaten hat jetzt den Ausschlag gegeben, um eine gewisse Revision vorzunehmen.

Dahinter steht die Forderung der Kapitalistenklasse, an die Stelle von Hoffnungen auf einen baldigen Aufschwung endlich energischere Maßnahmen zur Sanierung des Staatshaushaltes zu setzen. Dabei versteht sich, daß diese Sanierung nicht durch die Kürzung von staatlichen Zuwendungen an die Kapitalisten oder deren erhöhte Besteuerung erfolgen darf. Sie muß „wirtschaftskonform" sein. Sie muß die verstärkte Ausbeutung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, die verstärkte Ausplünderung des Volkes und die verstärkte Förderung der Kapitalisten zum Gegenstand haben. Sie muß verbesserte Bedingungen schaffen für den Feldzug der Kapitalisten zur Steigerung der Ausbeutung und diesen flankieren. Der Übergang von einer im allgemeinen expansiven Wirtschaftspolitik zu einer scharf restriktiven Sanierungspolitik mußte eingeleitet werden und ist eingeleitet worden. Die letzte Regierungsklausur war dabei das erste, nicht das letzte Wort.

Sanierung der Profite und Sanierung der Staatsfinanzen – darum ging es bei der Klausur. Ohne Sanierung der Staatsfinanzen wird die kapitalistische Wirtschaft immer weiter zerrüttet und ist eine Sanierung der Profite nicht möglich. Ohne Sanierung der Profite hat umgekehrt die Sanierung der Staatsfinanzen keine Erfolgsaussichten. Die ökonomischen Perspektiven, die die Kapitalisten vor sich haben, sind schwarz.

Über den Weg der Sanierung gibt es naturgemäß Differenzen unter den Herrschenden, Differenzen zwischen den Parteien, Differenzen zwischen Regierung und den Kapitalistenverbänden, Differenzen zwischen den Sozialdemokraten in der Regierung oder an der Spitze der Österreichischen Nationalbank und denen in den Gewerkschaftsspitzen, die doch mehr dem Druck von unten ausgesetzt sind. Aber das alles sind Differenzen innerhalb der bürgerlichen Klasse und sie spielen sich ab auf Grundlage der großen grundlegenden Einheit, daß diese Sanierung auf den Knochen der Arbeiter und auf dem Rücken des Volkes erfolgen muß.

Die Arbeiterklasse muß sich dem Feldzug der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staates entgegenstellen. Sie muß den Kampf gegen die Steigerung der Ausbeutung führen und diesen Kampf mit dem Kampf gegen die staatliche Ausplünderung verbinden.

Wieder wie schon seit Jahren heißt es, sie müsse Opfer bringen für die Vollbeschäftigung. Diese „Opfer" sind ihr abgepreßt worden, aber die Arbeitsplätze sind nicht sicherer, sondern unsicherer geworden. Die Vöest-Arbeiter haben eine gewaltige Steigerung der Ausbeutung und den Abbau Tausender Kollegen erleben müsse, um jetzt mit der Perspektive der Kurzarbeit konfrontiert zu sein. Die Arbeiter müssen die Lehren aus den Krisenjahren seit 1975 ziehen.

Wenn es keinen Klassengegensatz, keine Ausbeutung und keinen Kapitalismus gäbe, wenn es keine kapitalistische Krise gäbe und wenn es nicht die Perspektive der Vertiefung dieser Krise gäbe – dann hätten die Phrasen über „Opfer" und „Mäßigung" eine Berechtigung. Da es das alles aber gibt, bedeuten diese Phrasen nichts anderes, als daß die Arbeiterklasse sich zu Nutz und Frommen der Kapitalistenklasse mit einem Dasein als willenloses Ausbeutungsobjekt und mit einem Sklavendasein abfinden und sich immer weiter hinunterdrücken lassen soll. Das ist zwar das Ideal der herrschenden Klasse und ihre Vorstellung vom „Ausweg aus der Krise". Der Ausweg der Arbeiterklasse aus den bestehenden Verhältnissen kann aber nur der Kampf gegen das kapitalistische System und für den Sozialismus sein.

W.L.

ÖBB-Personalvertretungswahlen: Unterschriftensammlung der LISTE AKTIONSPROGRAMM hat begonnen

Forderungen der LISTE AKTIONSPROGRAMM

1.

1. Gegen die Rationalisierungen und Einsparungen auf Kosten der Eisenbahner
   - Keine Kürzung der Dienstposten!
   - Rücknahme aller Posteneinsparungen, die auf Kosten der Kollegen erfolgt sind!
   - Weg mit dem Aufnahmestop!

2.

2. Gegen jede Verschlechterung der Arbeitszeitregelung und der Arbeitsbedingungen
   - Strikte Einhaltung der 40-Stunden-Woche!
   - Herabsetzung der täglichen Normalarbeitszeit auf 8 Stunden!
   - Keine Aufhebung der Verschubruhe!

   Für die Lokführer:
   - Verkürzung der durchschnittlichen Tagesarbeitszeit von 5,5 Stunden auf 5,0 Stunden und der Höchstarbeitszeit von 16 Stunden auf 12 Stunden, unter voller Einrechnung aller Wendezeiten, Dienstbereitschaften und Fahrgastfahrten.

3.

3. Weg mit der Dienststrafordnung!
   - Keine Dienststrafen!
   - Keine Ordnungsstrafen!
   - Keine Suspensionen!

4.

4. Gehaltsverhandlungen:
   - Ausreichender Mindestbetrag.
   - Keine längere Laufzeit als ein Jahr!
   - Kein Stillhalteabkommen!

5.

5. Die Personalvertreter müssen den Kollegen verantwortlich und rechenschaftspflichtig sein – und niemand anderem!
   - Weg mit jeder Schweigepflicht!
   - Weg mit jeder Verpflichtung der Personalvertreter auf den Dienstbetrieb!

Letzte Woche hat die Unterschriftensammlung der LISTE AKTIONSPROGRAMM begonnen. Das Forderungsprogramm dieser Liste, die auf eine Initiative von ÖBB-Bediensteten aufgestellt wurde, richtet sich gegen die rücksichtslose Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft der Masse der ÖBB-Bediensteten durch den Staat. Es richtet sich gegen den ständigen Abbau des Reallohns, gegen die staatliche Rationalisierungs- und Sparpolitik. Es richtet sich aber auch gegen die derzeitige Politik der Personalvertretung und der Fraktionen in der Eisenbahnergewerkschaft, die gegenüber diser staatlichen Politik nicht die Interessen der Bediensteten, sondern mehr oder weniger offen das Ziel der „Sanierung der ÖBB" auf Kosten der Bediensteten vertreten.

Die Kandidaten der LISTE AKTIONSPROGRAMM für den Zentralausschuß

Die LISTE AKTIONSPROGRAMM kandidiert auch in den Direktionsbereichen Wien, Linz und Villach für den Personalausschuß.



1. Robert KREMLICKA, geb. 1933
Verschubmeister
Bahnhof Liesing



2. Walter FEHLINGER, geb. 1953
Verschieber,
Verschubbahnhof Linz-Kleinmünchen



3. Günter UBLEIS, geb. 1948
Elektriker,
Hauptwerkstätte Linz



4. Max GRANGL, geb. 1953
Triebfahrzeugführer,
Zugförderungsleitung Knittelfeld

Kollegen!

Wenn Ihr mit uns in Verbindung treten oder über unsere Absichten debattieren wollt, wenn Ihr wegen einer Kandidatur auf unserer Liste mit uns Kontakt aufnehmen wollt, wendet Euch an:

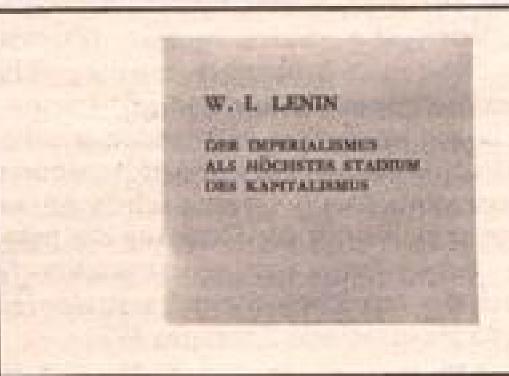
Robert Kremlicka, 1235 Wien, Oktaviangasse 2-4/9/2/9

Wir werden uns dann persönlich, schriftlich oder telefonisch mit Euch in Verbindung setzen.

„Lohn, Preis und Profit" und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" – zwei elementare Werke des Marxismus-Leninismus



88 Seiten, Preis: 3,30 S
zu beziehen über: Fa. Alois Wieser Ges.m.b.h., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien



127 Seiten, Preis: 5,10 S
zu beziehen über: Fa. Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien

„Lohn, Preis und Profit", ein Vortrag von Karl Marx aus dem Jahr 1865, beinhaltet skizzenhaft die Grundzüge der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie. Hauptsächlich geht es Marx in dieser Broschüre darum, die Behauptung zu widerlegen, daß der Kampf der Arbeiter um höheren Lohn letztlich nur den Arbeitern selbst schadet.

Als Schlußfolgerung hält Marx fest: „Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß ihre Kämpfe um den Lohnstandard von dem ganzen Lohnsystem unzertrennliche Begleiterscheinungen sind, daß in 99 Fällen von 100 ihre Anstrengungen, den Arbeitslohn zu heben, bloß Anstrengungen zur Behauptung des gegebnen Werts der Arbeit sind und daß die Notwendigkeit, mit dem Kapitalisten um ihren Preis zu markten, der Bedingung inhärent ist, sich selbst als Ware feilbieten zu müssen. Würden sie in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen.

Gleichzeitig und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den *materiellen Bedingungen* und den *gesellschaftlichen Formen*, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind. Statt des *konservativen* Mottos: *'Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!'*, sollte sie auf ihr Banner die *revolutionäre* Losung schreiben: *'Nieder mit dem Lohnsystem!'*"

Lenins Analyse des „Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus" ist 50 Jahre später erschienen.

Aufbauend auf den ökonomischen Erkenntnissen Karl Marx untersucht Lenin die neue Epoche, in die der Kapitalismus mit Anfang des 20. Jahrhunderts eingetreten ist, die imperialistische Epoche. Lenin weist nach: Der Imperialismus ist ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus. Diese Besonderheit ist eine dreifache: 1. monopolistischer Kapitalismus; 2. parasitärer oder faulender Kapitalismus; 3. sterbender Kapitalismus. Dem Imperialismus folgt zwangsläufig der Sozialismus. Es gibt keine Zwischenetappen, das Proletariat steht vor der unmittelbaren Notwendigkeit, seine Revolution durchzuführen. Dabei verbindet es sich mit den unterdrückten Völkern, die für ihre nationale und soziale Befreiung vom Joch des Imperialismus kämpfen.

„Lohn, Preis und Profit" und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" sind elementare Werke des Marxismus-Leninismus. Ihr Studium ist unerläßlich zur Kenntnis des Wesens und der ökonomischen Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft und der Aufgaben des Proletariats.

Gerade angesichts des umfassenden Feldzuges von Regierung und Kapital zur Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Ausplünderung der Volksmassen, verbunden mit scharfen sozialchauvinistischen und sozialimperialistischen ideologischen Angriffen auf die Arbeiterklasse, die das Ziel haben, die Arbeiterklasse unter den imperialistischen Interessen der österreichischen Bourgeoisie zu vergattern und sie „kriegsreif" zu machen. Gerade angesichts der Verschärfung des internationalen Klassenkampfs zwischen Proletariat und unterdrückten Völkern auf der einen Seite und Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktion auf der anderen Seite. Gerade angesichts der wachsenden Faktoren für die proletarische Weltrevolution einerseits und dem von den Supermächten betriebenen nächsten Weltkrieg andererseits, gerade einer solchen Situation ist das Studium und die Kenntnis dieser beiden Werke besonders von Bedeutung für jeden Komunisten, jeden klassenbewußten Arbeiter, jeden Revolutionär. Wie die nebenstehende Tabelle zeigt, sind beim Vertrieb der zwei Broschüren durch unsere Ortsgruppen bereits gute Erfolge erzielt worden. Diese Erfolge müssen verdoppelt werden durch verdoppelte Anstrengung bei Studium und Verbreitung von „Lohn, Preis und Profit" und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus".

G.Sch.

Bisheriger Verkauf von „Lohn, Preis und Profit" (Karl Marx) und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" (W. I. Lenin)

Verkauf	Lohn, Preis und Profit	Der Imperialismus als höchstes Stadium
OG Linz	71	14
OG Salzburg	44	18
OG Wien	271	77
OG Innsbruck	17	5
OG Graz	21	6
OAG Klagenfurt	14	7
Gesamt	438	127

In dieser Statistik ist der Direktverkauf des Zentralen Vertriebs nicht enthalten

Textilarbeiter-KV läuft aus

Gewerkschaftsführung predigt Unterwerfung unter die Interessen des Kapitals

Ende Oktober läuft der seit 1. Oktober 1976 gültige Kollektivvertrag der Textil-Arbeiter aus. Der Verlauf der neuen Lohnrunde ist für die gesamte Arbeiterklasse von Bedeutung. Einerseits weil mehr als 50.000 Lohnabhängige betroffen sind, vor allem aber, weil Erfahrungen gemacht werden können, die die Arbeiterklasse für künftige Auseinandersetzungen nützen kann.

Seit Beginn des Sommers werden die Maßhalteappelle der führenden Kapitalisten und der bürgerlichen Politiker in Regierung und Gewerkschaft immer lauter. Kreisky faßt die Ziele der Kapitalistenklasse mit den Worten zusammen: „Wenn man jetzt erkennt, daß die Zeit der Mäßigung gekommen ist, wird man in der Lohnpolitik zurückhaltender sein müssen" (Die Presse, 7.9.1977). Alle diese Aufrufe werden von den Handlangern der Bourgeoisie im ÖGB unterstützt: Benya meinte, es müßten nun Opfer gebracht werden. Die Reallohnerhöhungen könnten nur mehr 1 – 2 % betragen.

ÖGB-Vizepräsident Dallinger sprach gar davon, daß die 1 – 2 % nur eine „längerfristige Gewerkschaftszielsetzung" seien. Unterordnung unter die Interessen der Kapitalistenklasse lautet die Devise dieser bürgerlichen „Arbeitervertreter". Unterwirft sich die Arbeiterklasse aber dem Sanierungsprogramm der Kapitalistenklasse, so heißt das für sie: Rapide Verschlechterung der Lebenslage bis hin zur Verelendung breiter Teile ihrer Klasse, Schwächung im Kampf gegen Überstunden- und Akkordschinderei. Vor allem aber heißt das Schwächung ihrer Kraft im Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung.

Jede einzelne Auseinandersetzung ist so für die gesamte Klasse von Bedeutung. In jeder einzelnen Auseinandersetzung steht so die Frage: Gelingt es der Bourgeoisie, die Arbeiter auf die Interessen der Kapitalisten einzuschwören oder setzen sich die Interessen der Arbeiterklasse durch.

Die Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf die österreichische Textilindustrie

„Die österreichische Textilindustrie verzeichnete im Jahre 1975 einen Konjunkturrückgang, dessen lange Dauer und Heftigkeit ohne Beispiel in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg ist.", heißt es im Jahresbericht des Fachverbandes der Textilindustrie über das Jahr 1976. Diese Krise war gekennzeichnet durch den Rückgang der Produktion, durch Schließungen von Betrieben und durch Defizite in der Handelsbilanz. Trotz allen optimistischen Prognosen von bürgerlichen Fachleuten hält diese Krise bis heute an.

Die Kapitalisten versuchen nun auf ihre Weise, mit der Krise fertigzuwerden. Durch Einführung neuer Maschinerie, durch verschärfte Antreiberei der Arbeiter soll die Mehrwertauspressung erhöht und damit die Lage der Textilkapitalisten im internationalen Konkurrenzkampf verbessert werden. In immer stärkerem Ausmaß verlangen die Kapitalisten auch vom Staat gesetzliche Regelungen zum Schutz des österreichischen Marktes vor Importen ausländischer Textilien.

Die Durchsetzung ihres Programms wurde den Kapitalisten durch die besonders schlechte Lage der Textilarbeiter erleichtert. Die Löhne der Textilarbeiter liegen zwischen 30 bis 40 % unter dem österreichischen Durchschnittsniveau. Das zwingt die Kollegen zur Mehrarbeit in Form von Akkord-, Prämien- und Überstundenarbeit, das schwächt ihre Kraft im Kampf gegen Rationalisierungen. Eine weitere günstige Bedingung für die Kapitalisten ist die Spaltung der Arbeiter, die Einstufung der Frauen und der ausländischen Arbeiter in niedrige Lohngruppen, die chauvinistische Hetze gegen die ausländischen Arbeiter im Zuge der Propaganda der „Sicherung der Arbeitsplätze" und die Spaltung der Arbeiter in Arbeitslose und Arbeitende.

Im Vorjahr schlugen die Kapitalisten insbesondere folgende Wege ein, um ihr Ziel zu erreichen:

1. Großangelegte Rationalisierungen mit Hilfe staatlicher Unterstützungen (Textilfusion Ost)
2. Unterwanderung der Arbeiterschutzgesetze.

Textilfusion Ost – Entlassungen und gesteigerte Arbeitshetze

Unter diesem Titel verlief die Verschmelzung der größten Textilbetriebe Ostösterreichs (Vöslauer, Micheldorfer, Pottendorfer und Piering) zu einem einheitlichen Konzern unter der Kontrolle der CA. Das Werk Möllersdorf der Vöslauer Kammgarn und die Pottendorfer Streichgarnspinnerei wurden aufgelassen, die Produktion teilweise nach Felixdorf und Heidenreichstein verlegt. 180 Millionen Rationalisierungsinvestitionen wurden mit Unterstützung des Staates aufgebracht, sie sollten den Kapitalisten für 1977 einen Umsatz von 1 Milliarde garantieren. Für die Arbeiter schaute diese „Strukturbereinigung" folgendermaßen aus: Hatten schon 1973/74 mehr als 600 Arbeiter der Vöslauer Textilfabrik ihre Arbeit verloren, waren im Badener Raum Anfang 76 schon 1.000 Textilarbeiter arbeitslos, so sollte die Bereinigung der Arbeitsplätze (laut Arbeit & Wirtschaft 5/76) bis Ende 77 eine weitere Erhöhung der Arbeitslosenzahlen um 500 – 600 bringen. Zahlreiche Arbeiter hatten die „Wahl" zwischen Pendlerdasein und Entlassung.

Für die im Betrieb bleibenden war verschärfte Antreiberei und Akkordschinderei zu erwarten. Das hatte sich schon Anfang 76 gezeigt, als mit der Drohung der baldigen Schließung aus den Pottendorfer Arbeitern um 28 % mehr herausgepreßt wurde als im selben Zeitraum 1975.

Durchlöcherung des Arbeiterschutzes

Die Gesetze über die Beschränkungen der Arbeitszeit, bestimmte Regelungen für Nacht- und Schichtarbeit, Schutzbestimmungen für Teile der Arbeiterklasse stehen dem Bedürfnis der Kapitalisten im Wege, die Ausbeutung der Arbeiter schrankenlos zu erhöhen. Sie wenden sich daher auch im Zusammenhang mit der Textilkrise gegen diese Bestimmungen, teilweise indem sie deren Abschaffung fordern, teilweise, indem sie sie einfach nicht beachten. In Vorarlberg schlug der Textilkapitalist und Handelskammerpräsident Hämmerle im letzten Jahr bereits vor: „Jugendarbeitsplätze zu schaffen, indem Schicht gefahren wird .... der Textilfabrikant will die Jugendlichen (ab 15 Jahren) entweder in den um 5 Uhr beginnende Frühschicht oder die um 22 Uhr endende Spätschicht einbauen. Begründung: Wenn er ins Kino geht, kommt er auch später heim." Der Vorarlberger SP-Landtagsabgeordnete und Leiter des Vorarlberger Arbeitsamtes, Neuerer, meinte dazu, diese Forderung sei ein geeigneter Weg, eine drohende Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden. (Vorarlberger Nachrichten, 21.5.76).

Hämmerle machte schon Anfang 76 von sich reden, als er die Ausdehnung der Schichtarbeit für die Frauen in seinen Betrieben auch für Samstag und Sonntag einführte, damit seine Maschinen optimal genützt werden zur Auspressung menschlicher Arbeitskraft. Er rechnet damit, daß die Frauen ihre Freizeit brauchen, und schlug vor, die Überstunden im Zeitausgleich zu machen, wobei sie im Verhältnis 1 : 1 abgegolten werden und Zuschläge von 20 bzw. 50 % bezahlt werden. Die freie Zeit sollte dann in Anspruch genommen werden, wenn es für den Produktionsablauf am günstigsten ist.

In der Kärntner Textilindustrie werden Jugendliche und Schwangere zur Mehrarbeit gezwungen, Lohnerhöhungen oft nicht ausbezahlt (nach Meldungen der AZ, 6.7.77). In Tirol wurden ausländische Arbeiter zu 60 Überstunden pro Woche gezwungen, während gleichzeitig Entlassungen stattfanden (Salzburger Nachrichten, 6.4.77).

Widerstand der Arbeiter gegen die Maßnahmen der Kapitalisten

Trotz der schwierigen Bedingungen kam es im Verlauf der Sanierungsmaßnahmen immer wieder zu Kampfschritten der Arbeiter.

Im Zusammenhang mit der Textilfusion Ost organisierten die Pottendorfer eine Unterschriftensammlung im betroffenen Gebiet und konnten ca. 6.000 Unterschriften sammeln. Sie führten Protestversammlungen gegen die Schließung der Streichgarnspinnerei, in denen sie auch von Arbeitern der umliegenden Betriebe unterstützt wurden.

60 Frauen führten in der Textilfabrik Rytex in Gleisdorf/Kärnten einen 24-stündigen Streik durch, als man ihnen mit Entlassungen drohte, und konnten eine bindende Zusage durchsetzen, im Fall einer Neuübernahme des Werkes nicht gekündigt zu werden.

Viele Kollegen haben in den letzten Jahren auch erkannt, wie wichtig der Zusammenschluß der Arbeiter in der Gewerkschaft ist, wenn sie gegen die Kapitalisten ihre Interessen durchsetzen wollen. So wurden etwa 1975 1.899 Mitglieder für die Gewerkschaft geworben (Tagblatt Linz, 6.3.77, Bericht über die 30. Landeskonferenz der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder). Am 10. Gewerkschaftstag, der im Juni 76 in Wien stattfand, wurde festgestellt, daß die Zahl der Beschäftigten zwischen 1973 und 1976 zwar um 18 % zurückging, die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder aber nur um 7 %.

Es ist aber bis jetzt nicht gelungen, den Angriff der Kapitalistenklasse zurückzuschlagen.

Die bürgerlichen Gewerkschaftsführung versucht die Arbeiterklasse den Interessen der Kapitalisten zu unterwerfen

Die Hauptursache dafür ist die Tatsache, daß es der bürgerlichen Gewerkschaftsführung bis jetzt fast immer gelungen ist, die Bestrebungen der Arbeiter in das Fahrwasser der Unterordnung unter die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft zu lenken.

Das zeigte sich an ihrer Haltung bei der Vorbereitung der letzten Kollektivvertragsrunde. Sie mußten am Unmut der Massen über die miserablen Löhne anknüpfen und sprachen daher lautstark von der Unterbezahlung in der Textilindustrie. In Wirklichkeit aber setzten sie sich kaltschnäuzig über die Probleme der Arbeiter hinweg. Am 10. Gewerkschaftstag der Textilarbeiter im Juni 76 war viel vom Konjunkturtief die Rede und davon, daß der Aufschwung nicht mehr fern sei, wo es uns allen wieder besser gehen wird. Die Presse charakterisierte die Haltung dieser Funktionäre treffend mit der Überschrift „Textilarbeitergewerkschaft hofft auf den Aufschwung" (21.6.76). Aufschwung, das heißt für die Kapitalisten Erhöhung ihrer Profite durch gesteigerte Auspressung der Arbeitskraft. Sich am Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft orientieren heißt für die Arbeiter nichts anderes, als sich mit ihrer Verlendung abzufinden. Die Lohnabschlüsse, die auf diese Weise zustandekamen, waren weder geeignet, die Teuerung auszugleichen, noch die Arbeiter gegen verstärkte Antreiberei zu unterstützen.

Auch auf die brennenden Probleme Entlassungen, Arbeitslosigkeit, mußten die Gewerkschaftsfunktionäre eine Antwort geben – auch hier versuchten sie, die Arbeiter an die Interessen der Kapitalisten zu binden. Zunächst stellten sie als Hauptmittel zur Sicherung der Arbeitsplätze die Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft hin. So sagte etwa der Gewerkschaftsvorsitzende Steinle am 10. Gewerkschaftstag: „Der einzige Ausweg, um den größten Teil der Arbeitsplätze zu sichern, war die Textilfusion Ost. Diese Fusion kam durch die Initiative der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer zustande." Sie sagen, „der größte Teil der Arbeitsplätze sind gesichert worden", wären mehr als 600 geflogen, hätten sie wahrscheinlich gesagt: „wenigstens der Rest der Arbeitsplätze konnte gesichert werden". Was wirklich gesichert wurde, waren die Profite der Kapitalisten und was sich für die Arbeiter gezeigt hat, war, daß es im Kapitalismus keine Sicherheit des Arbeitsplatzes für sie geben kann. Was die Arbeiterklasse dagegen setzen muß, das ist ihre Einheit. Die Gewerkschaftsführung, die vom „größeren Teil" redet, rät ihr zur Spaltung.

Solange sich diese Haltung durchsetzt, zittert jeder isoliert um „seinen" Arbeitsplatz und die Kapitalisten können weiterrationalisieren.

Für Teile der Branche (z.B. Chemischputzer) gab es keinen Kündigungsschutz, für sämtliche Textilarbeiter gab es bis zum letzten Kollektivvertrag keine Abfertigung. „Gefordert wurde von der Gewerkschaftsführung 1 Monatsgehalt nach 10 Dienstjahren – ein Hohn, wenn man bedenkt, daß die meisten Arbeiter nie auf so lange Betriebszugehörigkeiten kommen. Was die Arbeiter brauchen, ist eine echte Überbrückungshilfe im Fall von Kündigung, die nicht an die Dauer der Betriebszugehörigkeit gebunden ist.

Auch jetzt, ein Monat vor Ablauf des Kollektivvertrages haben die Gewerkschaftsfunktionäre nichts wichtigeres zu tun als in der Gewerkschaftszeitung der Textilarbeiter für die Unterstützung der Kapitalisten zu werben.

„Wir bemühen uns um die Erhaltung der heimischen Textilindustrie in der derzeitigen Größenordnung, um die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, um die Verhinderung der arbeitsplatzgefährdenden Umgehungsimporte und damit um die Sicherung unserer Arbeitsplätze in der Zukunft." (TBL, 9/77).

Sie beschäftigen sich mit Fragen, die die Kapitalisten untereinander auszumachen haben und die so oder so auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden. Sie wenden sich gegen das „internationale Kapital" und liefern die Arbeiterklasse den österreichischen Kapitalisten aus. Auf diese Funktionäre können sich die österreichischen Textilarbeiter bei der kommenden Lohnrunde nicht verlassen.

E.V.

Betriebsschließung in der Textilindustrie

Nach 32 Betriebsschließungen in der Textilindustrie seit dem Jahr 1973, wobei nahezu 26.000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz verloren, wurde am 9. September neuerlich ein Betrieb geschlossen. Die Textilfärberei Kunz in Wien/Penzing ging in den Ausgleich. Mehr als 100 Arbeiter wurden ohne Lohnauszahlung entlassen.

Papierfabrik Arland: Betriebsrat wirbt für Zusatzversicherung

In unserem letzten Lohnsackerl war ein Zettel vom Betriebsrat dabei, mit dem er für eine private Unfallversicherung wirbt: „...Die große Zahl von Kraftfahrzeugbenützern aber auch die immer größere Zahl von Sportausübenden und das *Überhandnehmen von Dienstunfällen*..“ haben ihn dazu bewogen. Denn: „Solche Unfälle bringen erfahrungsgemäß neben schmerzlichen Folgen auch erhebliche finanzielle Belastungen mit sich...“

So meint der Betriebsrat und da hat er recht. Die „Dienstunfälle“ nehmen überhand. Ein Arbeiter am Holzplatz wurde vom Kran gequetscht - lebensgefährlich verletzt. In der Holzputzerei wurde einem Arbeiter der Unterarm bis zum blanken Knochen aufgefetzt. Bei einer Maschine ist ein Arbeiter mit der Hand zwischen die Walzen gekommen - Finger verloren... Jeder weiß: Wenn man einen Unfall hat, wenn man längere Zeit in den Krankenstand muß, so bedeutet das - neben allem anderen - große zusätzliche finanzielle Schwierigkeiten. Da wäre es sicher gut, wenn man ein paar Hunderter dazu bekäme. Da hat der Betriebsrat auch recht.

Auch wenn er falsch ist, zeigt sein Vorschlag, wie es wirklich in den Betrieben aussieht und was man von den Lügen der SP-Regierung zu halten hat, mit denen sie ihre Angriffe auf die Sozialversicherung rechtfertigt: Es ist nicht wahr, daß sich ein Arbeiter etwas erspart, wenn er im Krankenhaus liegt. Und wenn Androsch so etwas behauptet, um seinen Plan eines Selbstbehaltes zu rechtfertigen, dann lügt er - wie selbst sein Parteigenosse, unser Betriebsrat, beweist. Im Gegenteil: Spitalsaufenthalt, längerer Krankenstand (etwa als Folge eines Unfalles) drängen heute einen Arbeiter und seine Familie an den Rand des Elends!

Private Zusatzversicherung - das ist der Vorschlag unseres Betriebsrates. Das kann aber niemals eine Lösung sein, die die Arbeiterklasse braucht! Die ungeheure Verschärfung der Ausbeutung, die Auslaugung des Körpers und der Verschleiß der Nerven durch Schichtarbeit, Überstundenschinderei, Akkordhetze... - das sind die Ursachen für das „Überhandnehmen von Dienstunfällen“.

Die SP-Regierung ist im Auftrag des Finanzkapitals daran gegangen, die Sozialversicherung auszuhölen (Selbstbehalt, verstärkte Kontrolle des Staates über die Versicherungsgelder...) um sie schließlich überhaupt zu zerschlagen. Der Vorschlag unseres Betriebsrates - die Arbeiter sollen sich aus eigener Tasche zusatzversichern, wenn die Sozialversicherung nicht reicht - dieser Vorschlag ebnet dem Angriff auf die Sozialverisicherung den Weg! Und zugleich beutung entgegenzutreten, vielmehr: Er findet sich damit ab.

Die Arbeiterklasse muß alle diese Angriffe zurückschlagen! Nicht private Zusatzversicherung, sondern der Kampf um eine ausreichende Sozialversicherung, die ausschließlich von den gewählten Vertretern der Arbeiter verwaltet und ausschließlich von den Kapitalisten bezahlt wird; nicht Hinnehmen der Folgen der kapitalistischen Profitproduktion, sondern der Kampf um entsprechende Arbeiterschutzforderungen! Das ist der Weg, den die Arbeiter gehen müssen, um ihre endgültige Befreiung vom kapitalistischen Joch vorzubereiten.

D/Papierfabrik Arland

Puch-Thondorf: Überstunden der Werkzeugschlosser – Kurzarbeit in der Gießerei

Die Angriffe der Steyr-Daimler-Puch-Kapitalisten auf die Arbeiter und Angestellten werden immer schärfer und frecher. Besonders im Werk Thondorf spitzt sich die Lage immer mehr zu - nicht zuletzt durch das „große gemeinsame Projekt“ mit Daimler Benz (Geländewagen).

Wie Generaldirektor Malzacher bei der Veröffentlichung der Bilanz 1976 zur Investitionspolitik des Konzerns erläuterte, war das Jahr 1976 geprägt vom „Atemholen für größere Projekte“. Das größte Projekt ist heute die Einrichtung der Produktionsanlage im Thondorfer Werk für die Geländewagenproduktion, zusammen mit Daimler-Benz.

Die „wahre Größe des Projekts“ spüren die Puch-Arbeiter und Angestellten tagtäglich immer mehr.

Die Werkzeugschlosser z.B. schinden immer mehr Überstunden; die Betriebsleitung treibt die Produktion der Werkzeuge und Vorrichtungen für die Geländewagenproduktion immer schärfer an. Den frechsten Angriff starteten sie letzte Woche, als sie einen Werkzeugschlosser zwangen, seine Hochzeit zu verschieben, damit er mehr Überstunden schinden kann und „damit die Einrichtung für die Geländewagenproduktion nicht ins Stocken gerät“.

Zur selben Zeit arbeiten die Gießereiarbeiter kurz. Die Produktion der Mopedzylinder usw. geht zurück. In der vorigen Woche wurde überhaupt nur mehr an einer Druckgußmaschine gearbeitet. Die anderen Maschinen standen fast gänzlich still. Daraufhin machte der Betriebsrat eine „Aktion“. Er veranstaltete für die Gießereiarbeiter einen Ausflug – weil keine Arbeit da ist. Ansonsten hat der Betriebsrat noch nichts von sich hören lassen. Bei den Angestellten haben die Kapitalisten ein neues Angriffsfeld gefunden. Während die Arbeitsvorbereiter (die die Einrichtung und Werkzeugproduktion für den Geländewagen planen) zum Überstundenschieben gezwungen werden, verhängte die Betriebsleitung über das Werkzeugkonstruktionsbüro ein „Überstundenverbot“; das heißt, dort forcierte sie die Intensivierung der Arbeit. Die Vorrichtungskonstrukteure entwerfen und konstruieren heute praktisch im Akkord und werden dabei aufs genaueste überprüft (siehe Klassenkampf 19/77).

Die einzige Aktivität des Betriebsrates, die den Kollegen bekannt wurde, ist die Organisierung eines Rad-Mannschafts-Zeitfahrens für die Puch-Angestellten.

Aus diesen Tatsachen müssen die Puch-Arbeiter die Lehren ziehen; und wie ein Arbeiter bei der Agitation sagte: „Heute gehts darum, daß wir was unternehmen!“

Dabei müssen wir unbedingt die kommenden Betriebsratswahlen und die bevorstehenden Lohnrunden nutzen.

Wir müssen die Betriebsräte zu jeder einzelnen Maßnahme der Kapitalisten zur Rede stellen; nur so können wir unterscheiden lernen zwischen Leuten, die wirklich die Interessen der Kollegen vertreten und solchen, die das nur vorgeben.

Und gerade in Hinblick auf die Betriebsratswahlen kann es für die Puch-Arbeiter um nichts anderes gehen als um die Erstellung eines konkreten Forderungsprogramms.

Ein solches Forderungsprogramm für die Puch-Arbeiter muß u.a. unbedingt beinhalten:

WEG MIT DER ÜBERSTUNDENSCHINDEREI!
WEG MIT DER KURZARBEIT!
WEG MIT DEM STUNDENSCHREIBEN BEI DEN ANGESTELLTEN!

Zelle Puch/OG Graz

Papierfabrik Arland – Drohungen gegen Arbeiter, weil er Pflegeurlaub beanspruchte

Die Frau eines Kollegen hat ein Kind bekommen. Da sie schon mehrere kleine Kinder haben, wollte der Kollege 8 Tage Pflegeurlaub. Im Personalbüro wurde er angefaucht: „Zum Kinderschaun und für die Hausarbeit suchen sie sich gefälligst jemand anderen!“ Nach längeren Streitereien mit dem Betriebsassistenten bekam er vier Tage, später großzügig zwei Tage Pflegeurlaub (statt der geforderten acht!). Voller Wut erklärte er, er geht zur Gewerkschaft um sich zu beschweren. Das ist den „Herren“ von der Werksleitung zu Ohren gekommen und prompt erschien der Betriebsleiter: „Sie wollen zur Gewerkschaft gehen wegen dem Pflegeurlaub? Ich sag ihnen gleich: Solche Leute können wir nicht brauchen!“

Immer häufiger greifen die Kapitalistenbüttel bei uns zu solchen Drohungen. Jeder Arbeiter weiß, daß es heute sehr schwer ist, einen neuen Arbeitsplatz zu finden - den viel versprochenen Wirtschaftsaufschwung gibt es nicht. Und bei uns sollen angeblich 30 Arbeiter gekündigt werden.

Bis jetzt ist es für die Kapitalisten mit diesen Einschüchterungen noch glatt gegangen. Auch dieser Kollege hat auf die beanspruchten und ihm zustehenden acht Tage Pflegeurlaub verzichtet. Glatt geht das aber nur an der Oberfläche. Immer häufiger hört man: „Wenn wir uns nicht zusammentun, wenn wir uns nicht wehren, dann scheißen die uns noch auf den Kopf!“

D/Papierfabrik Arland

Lapp Finze/Kalsdorf: Vorbereitungen auf den großen Krach

Die Firma Lapp Finze ist ein mittlerer Großbetrieb, der Nägel, Schrauben, Nieten, Türschlösser u.a. produziert.

Immer mehr zeichnet sich der Niedergang und Ruin dieses ziemlich veralteten und deshalb nicht mehr konkurrenzfähigen Betriebes ab. Die Lapp Finze-Kapitalisten meldeten bei der Arbeiterkammer Steiermark schon an, daß die „Lage ernst sei“. Gemeinsam mit der Arbeiterkammer arbeiten sie nun ein „Umschulungsprogramm“ für die Arbeiter und Angestellten aus.

Gerade die steirischen Arbeiter wissen bereits sehr gut, was „Umschulung“ bedeutet. Das Beispiel Fohnsdorf zeigt es ja nur zu deutlich – oder die vielen Beispiele aus der Weststeiermark: Elend, Pendlerwesen, verstärkte Auspressung der Arbeiter auf der einen Seite und Profit auf der anderen Seite sind die Folgen.

Und diese Vorbereitungen sind jetzt bei Lapp Finze in vollem Gang.

R.W./OG Graz

15. ÖGJ-Kongreß

Am 24./25.9. fand in Wien der 15. Jugendkongreß des ÖGB statt, an dem ca. 320 Delegierte aus allen Fachgewerkschaften teilnahmen. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand - wie erwartet - die Berufsausbildung für Lehrlinge bzw. die „Aktion '75“, in der die ÖGJ vor zwei Jahren Forderungen zu einer Verbesserung der Lehrlingsausbildung niedergelegt hatte. Als Ergebnis präsentierten Obmann Kinigadner und Jugendsekretär Verzetnitsch die neue Novelle zum Berufsausbildungsgesetz, die praktisch nichts von den in der „Aktion '75“ erhobenen Forderungen enthält.

Obwohl sich ÖGB-Präsident Benya und die Minister Weißenberg und Staribacher in ihren Referaten bemühten, die Novelle als Erfolg hinzustellen, war die Mehrzahl der Delegierten anderer Meinung. Schon nach den ersten Wortmeldungen wurde klar, daß sich die Mitglieder weder durch die Beschönigungsversuche der Gewerkschaftsführer noch durch die Drohungen Benyas - „*Wir wollen vor allem keine Jugendarbeitslosigkeit wie in der BRD und anderen Ländern. Dazu ist eine gesunde Wirtschaft Voraussetzung. Sie durch maßlose Forderungen zu gefährden, wäre Wahnsinn!*“ - beirren ließen. Benya meinte weiter, er wäre heute sehr gern Lehrling. Zu seiner Zeit wäre man froh gewesen, überhaupt einen Lehrherrn zu finden. Vor allem aber habe er eines gelernt: Durch Demonstrieren und Streiken erreiche man gar nichts. Nur durch „harte Verhandlungen“, wie sie die Gewerkschaftsführer heute führen, könne man Erfolge erzielen, siehe die vorliegende Novelle.

Die Delegierten zeigten sich von Benyas Ausführungen keineswegs beeindruckt. Man sei nicht hier um Scheinerfolge zu beklatschen, sondern um Mißstände aufzuzeigen. Die Mitglieder der ÖGJ wären bereit gewesen, für ihre Forderungen auf die Straße zu gehen. Daß sie es nicht taten, sei ein großer Fehler gewesen. Die Verhandlungen über die „Aktion '75“ seien hinter verschlossenen Türen abgelaufen, die Mitglieder kaum informiert worden, bis sich das Ganze im Sand verlief. Die vorliegende Novelle dürfe der Kongreß auf keinen Fall gutheißen.

Als wesentlichster Hauptpunkt kristallisierte sich abermals die Forderung: „Lehrlingsstellen weg von der Handelskammer!“ heraus. Ein deutliches Zeichen dafür, daß die Gewerkschaftsjugend ihre Berufsausbildung der Kontrolle der Kapitalisten entziehen will. Ebenso wurde die Bezahlung der Ausbildung, insbesondere die Fahrt zum Arbeitsplatz – letzteres nicht nur für Lehrlinge(!) - aus der Tasche der Kapitalisten gefordert. Auch wurde deutlich, daß die derzeitige Gesetzeslage keinerlei Handhabe gegen die schrankenlose Ausbeutung durch die Kapitalisten bietet. Minister Staribacher zeigte sich zwar entsetzt über die Schilderungen von Kollegen und versuchte sie als krasse Einzelfälle hinzustellen, doch vergeblich. Die Beispiele waren zu viele.

In einem Fall wurde auch festgestellt, daß es ein Fehler sei, wenn sich die ÖGJ auf die „Aktion '75“ versteife. Die Forderungen, die dort erhoben worden waren, seien zum Teil unzureichend und böten neue Fußangeln für die Lehrlinge. Man müsse alle Forderungen neu überprüfen und zu ihrer Durchsetzung die breite Masse aller ÖGJ-Mitglieder mobilisieren. Nur so könne ein durchschlagender Erfolg erzielt werden.

Auf die von Minister Weißenberg propagierte „Humanisierung der Arbeitswelt“ kam aus zwei Gewerkschaften die Feststellung, daß es lächerlich sei über eine Humanisierung der Arbeitswelt zu reden, solange der ÖGB nicht eindeutig gegen Fließband und Akkord Stellung nehme. Die Abschaffung der Akkordarbeit sei die grundlegende Voraussetzung für eine Vermenschlichung der Arbeitswelt.

VÖEST-Alpine – Spitzenreiter der imperialistischen Expansion und Ausbeutung

Im Anschluß an die Regierungsklausur auf dem Kahlenberg hat Kreisky für die großteils verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie Kurzarbeit in Aussicht gestellt. Damit bezieht er sich auf den neuerdings verschlechterten Auslastungsgrad und Auftragsstand dieser Betriebe. In erster Linie sollte diese Äußerung aber wohl die kampfstarken Metallarbeiter in ihrem Unmut über die steigende Ausbeutung und die geplanten zusätzlichen Raubzüge der Regierung einschüchtern. Vor allem die Stahlarbeiter sollen sich „überschüssig", das heißt überflüssig, vorkommen. Und der Regierung zu Dank verpflichtet sein, daß sie wenigstens kurzarbeiten dürfen, zu welchen Bedingungen auch immer.

Vöest-Alpine setzt auf imperialistische Expansion in der Dritten Welt

Tatsächlich will aber die Vöest keineswegs die Produktion zurückstecken, sondern halten und ausdehnen, um ihre Marktposition nicht zu verlieren. Eisen, Stahl, Maschinen und Industrieanlagen werden weltweit trotz relativem Nachfrage-Rückgang gebraucht. Die Überproduktionskrise verschärft den Konkurrenzkampf darum, wer diesen Bedarf decken und die Profite dafür einstreichen kann. Der Markt wird nicht freigelegt, indem die Stahlmonopole ihre Produktion wieder zurücknehmen, sondern indem sie ihre Konkurrenten ausstechen bis zu deren Vernichtung.

So hat die Vöest 1976 die Produktion von Roheisen, Rohstahl und Walzstahl gesteigert und den Umsatz um 17 % auf fast 45 Milliarden Schilling ausgeweitet. Auch das Investitionsvolumen ist mit 3,3 Mrd. Schilling gegenüber den Jahren 1975 und 1976 nahezu unverändert.

Während die Vöest auf dem österreichischen Markt immer stärker von der italienischen und japanischen Konkurrenz bedrängt wird, setzt sie zunehmend auf den Export und die „Erschließung neuer Märkte": „Die beachtliche Zunahme des Gesamtumsatzes ist 1976 sehr wesentlich auf eine starke Exportausweitung um 35 % – auf 65 % des Gesamtumsatzes – zurückzuführen" (Vöest-Alpine-Werkzeitung 8-9/77).

Hoffnungsgebiete der Vöest-Expansion, die sich gegen die Konkurrenz behaupten will, sind die Länder der Dritten Welt. Ihr Exportanteil ist in den letzten 4 Jahren von 15,7 auf 33,8 % gestiegen. Gleichzeitig hat die Vöest im EWG- und EFTA-Raum, aber auch gegenüber dem COMECON an Boden verloren (von 55,8 auf 42,3% bzw. von 23,4 auf 21,3%).

Allerdings sind die Länder der Dritten Welt zunehmend bestrebt, eine eigene Stahlindustrie aufzubauen, um sich von den Lieferungen der imperialistischen Stahlmonopole unabhängig zu machen. Das ist der Grund, warum die Imperialisten verstärkt ganze Industrieanlagen exportieren. Der neue Vöest-General Apfalter dazu: „Den Stahl machen die sich mittlerweile selbst." Im monopolisierten Bau von Stahlwerken und Industrieanlagen hoffen sich die Imperialisten ihre Expansionsmöglichkeiten zu erhalten. Entsprechend hat die Vöest in den letzten vier Jahren (seit der Fusion) den Umsatzanteil des Industrieanlagenbaus von 10,4 auf 25,4% gesteigert.

Das Rennen macht der beste Ausbeuter

Der japanische Stahlbourgeois Takano hat den Grund für den Vormarsch der japanischen Stahlmonopole ausgesprochen: „Wir sind die Produzenten mit den geringsten Kosten und der höchsten Produktivität der Welt". Bei Strafe des eigenen Unterganges ist das auch die Leitlinie der europäischen Stahlkapitalisten. Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten, Stillegung veralteter Produktionsanlagen, Entlassungen und Steigerung der Produktivität der Arbeitskraft – das ist der Weg im Wettlauf der Ausbeuter um die Weltspitze. Einige günstige Voraussetzungen in diesem Rennen hat die Vöest in den letzten Jahren eingebüßt. So den technologischen Vorsprung des LD-Verfahrens (in einem birnenförmigen, mit feuerfesten Steinen ausgekleideten Gefäß – dem Konverter – wird mit einer wassergekühlten Lanze chemisch reiner Sauerstoff auf das Roheisenbad aufgeblasen und dadurch das flüssige Roheisen zu Stahl verwandelt), dessen Patente nach 25 Jahren 1974 ausgelaufen sind.

Das LD-Verfahren reduziert die Kosten für ein Stahlwerk auf die Hälfte eines konventionellen Siemens-Martin-Stahlwerkes und halbiert die Umwandlungskosten von Roheisen zu Stahl.

Inzwischen ist die Vöest mit mehr als 100 exportierten LD-Stahlwerkseinrichtungen zum Spitzenreiter der Expansion der österreichischen Monopolbourgeoisie geworden. Aber der technologische Vorsprung ist weitgehend eingeholt.

Zur Kostensenkung und Rohstoffsicherung hat sich die Vöest in den amerikanischen Kokskohlenbergbau eingekauft. Zur Sicherung der Erzzufuhr soll die Plünderung brasilianischer Lagerstätten vertraglich fixiert werden. Ebenfalls aus Gründen der Kostensenkung ist die Vöest einer der Hauptbetreiber des imperialistischen Atomkraftwerksprogramms – natürlich nebst dem unmittelbaren Interesse, ein weiteres Feld für den Bau von Reaktorkomponenten zu erschließen.

Kern der Profitjagd der imperialistischen Konkurrenten ist aber die Steigerung der Ausbeutung der angewandten Arbeit.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität erfolgt einmal über die Entwicklung und Ausdehnung der angewandten Maschinerie. Dem hat der Plan „große Investitionsstoß" im Werk Lux gedient: ein neues Kaltwalzwerk, LD-Stahlwerk III, der neue Hochofen A, Ausweitung im Stahlbau.

1977 wurde die Erhöhung der Stranggußkapazitäten in Linz und Donawitz in Angriff genommen. Gleichzeitig wurden in letzter Zeit Produktionsmittel von beträchtlichem Umfang als „veraltet" stillgelegt, z.B. Versuchstiegel, Siemens-Martin-Ofen, 5tE-Ofen, zuletzt mehrere Hochöfen.

Nach diesen Maßnahmen liegt nun das Hauptaugenmerk laut Apfalter auf der „Strukturbereinigung im steirischen Raum" und auf „Investitionen zur Rationalisierung und Qualitätsverbesserung".

Nicht nur daß mit den neuen Anlagen aus weniger Arbeitern mehr Leistung herausgeholt wird. Sie werden hin- und hergeschoben, als Anhängsel der Maschinerie. Apfalter verlangt „höchste Mobilität", Kreisky nennt es beschönigend „interne Umplazierungen".

Diese Umbesetzungen im großen Stil sind natürlich regelmäßig mit Lohnverlust verbunden, wie überhaupt der Angriff auf den Lohn Begleiterscheinung der umfassenden Verdichtung und Ausdehnung des Arbeitstages ist, zuletzt in Form der faktischen Streichung der Prämie.

Die Erhöhung der Produktion geht einher mit dem Abbau des Personalstands – um knapp 1000 im Jahr 1976. Ihr Abgang ist alles andere als „natürlich". Eine große Zahl scheidet als Invaliden und Krüppel, teilweise schon vor dem Pensionsalter aus, wer sonst „überschüssig" ist und nicht versetzt werden kann, fliegt unter einem Vorwand. Das Apfalter: „Ebensowenig soll das Schlagwort 'Arbeitsplatzsicherung' Minderleister vor Konsequenzen schützen."

Staatsmonopol im Dienst der Bourgeoisie

Die österreichische Eisen- und Stahlindustrie ist zu 95 % im Vöest-Alpine-Konzern zusammengefaßt. Die Verstaatlichung dieser Betriebe erfolgte großteils 1946, als das Privatkapital nicht in der Lage war, die Leitung von Produktionsmitteln dieser Größenordnung zu übernehmen. Jahrelang stellte der Staat diese Betriebe dann dem Privatkapital als „Melkkuh" zur Verfügung, als Lieferant von Grundstoffen (Koks, Stahl, Eisen, Bleche etc.) unter dem Weltmarktpreis. Spätestens mit der Fusion 1973 ist aus der Melkkuh jenes Zugpferd geworden, das der Bourgeoisie dazu dient, Schrittmacher für den Export von Waren und Kapital zu sein. Die Zügel aber hat das Finanzkapital fest in der Hand. Nicht nur über den Filz der höchsten Bank-, Industrie- und Staatsfunktionäre, sondern auch unmittelbar als Geldgeber der Vöest, bei dem sie 1976 mit 12 Mrd. S an „Verbindlichkeiten aus langfristigen Krediten und Darlehen" in der Kreide gestanden ist, für die ein Zinsendienst von 1 Mrd. S zu leisten war.

P.K., OG Linz

VÖEST: Zwangsarbeit und verschärfte Ausbeutung

Nach einer vorübergehenden Belebung im letzten Jahr haben sich die Auftragsstände in der Vöest, vor allem im Hüttenbereich, neuerlich verschlechtert. Waren früher z.B. die Programme, die auf der Stranggußanlage im Stahlwerk gefahren wurden, ungefähr ein halbes Jahr „alt", so kommen jetzt schon Programme dran, die erst vor 2 bis 3 Wochen in Auftrag gegeben worden sind.

Heißt das, daß die Stahlwerker jetzt weniger Arbeit haben und sich Zeit lassen können? Im Gegenteil.

Bei dem schlechten Auftragsstand nimmt die Vöest auch den kleinsten Auftrag an. Das bedeutet, daß die Programme viel öfter wechseln. Ist früher die Anlage mit derselben Kokille oft die ganze Schicht durchgefahren, so muß jetzt in viel kürzeren Abständen umgestellt werden. Jeder Kokillenwechsel ist aber mit großer Arbeits- und Hitzebelastung verbunden. Dabei wird auch immer drückender spürbar, wie die laufende Personaleinsparung zusätzlich die Arbeitshetze der verbliebenen Kollegen verschärft.

Offensichtlich will die Vöest durch die Steigerung der Knochenarbeit der Vöestler wieder ihre Konkurrenzsituation verbessern, um ihre Profite zu halten und zu steigern. Dagegen wächst der Unmut – und beginnt sich in der Ablehnung von weiteren Personalabbau-Maßnahmen bereits zum Widerstand zu verfestigen. P.K., OG Linz

VÖEST-Linz: Weniger Aufträge – mehr Arbeit

In der Vöest-Alpine Linz wurden in den letzten Monaten Teile der Belegschaft in den Zwangsurlaub geschickt. Diese Maßnahme wirkte sich besonders auf die in den Stahlwerken und Walzwerken beschäftigten Arbeiter aus, wo die Auftragslage besonders schlecht ist. So wurde in den Stahlwerken jeweils ein Teil der Belegschaft schichtweise zwangsbeurlaubt, und in den Walzwerken, wo besonders die Autoblecherzeugung das Hauptgewicht der Produktion einnimmt, wurden die Arbeiter der Nachtschichten zwei Wochen lang unfreiwillig in den Urlaub geschickt. Für die betroffenen Schichtarbeiter bedeutete jedoch diese Maßnahme keineswegs eine willkommene Verlängerung ihrer so nötigen Freizeit, sondern war ein weiterer Schritt des Vöest-Kapitals, die Folgen der Krise in der Stahlindustrie der Arbeiterklasse aufzubürden.

Der Zwangsurlaub sah nämlich so aus: Die Arbeiter mußten ihren ohnehin zu knapp bemessenen Urlaub in dieser Zeit nehmen, wodurch bei vielen der Traum von einem Urlaub nach ihrer Wahl zunichte gemacht wurde, da man sie ja vor vollendete Tatsachen stellte. Arbeitern, die keinen Urlaub mehr hatten, wurde diese Zeit als unbezahlte Freizeit angerechnet, was sie bei der darauffolgenden Lohnauszahlung schmerzlich zu spüren bekamen.

Gleichzeitig nützt die Betriebsleitung jede Gelegenheit, die Arbeit zu intensivieren und die Arbeitshetze zu steigern. Diese verschärften Formen der Ausbeutung werden besonders in der Sommerzeit deutlich spürbar, wo die Belegschaft infolge der Urlaube zahlenmäßig geschwächt ist. Die beurlaubten Kollegen werden nämlich in der Regel nicht durch andere ersetzt. Die Studenten, die in den Ferien eingesetzt werden, kommen nur dort in Einsatz, wo die Anlerntätigkeit nur kurze Zeit erfordert. So bekommen bestimmte Abteilungen, in denen sich eine Einschulung als unrentabel erweist, überhaupt keinen Ersatz in der Urlaubszeit. Dadurch müssen die wenigen zurückbleibenden Arbeiter die anfallende Arbeit alleine bewerkstelligen. Eine Mehrentlohnung gibt es natürlich nicht.

Verschärft wird die Lage der Arbeiter noch durch die Tatsache, daß es in vielen Betrieben, wie zum Beispiel in den Stahlwerken, keinen Reservestand mehr gibt. Die meisten Schichten sind sogar unter dem Sollstand. Wo aber eine Reserve unbedingt erforderlich ist, wie bei den Kranführern, gibt es durchschnittlich nur zwei Springer pro Schicht, was entschieden zu wenig ist, da sie oft nicht genügen, die erkrankten Arbeiter zu vertreten. Die Folge ist, daß bestenfalls drei Leute pro Schicht einen Urlaub genehmigt bekommen.

Neben der Steigerung der Arbeitshetze waren auch die Arbeitsbedingungen in den Sommermonaten an Hitzetagen um vieles verschlechtert. Das ist besonders in den neuen Werkshallen der Fall, infolge der unzureichenden Entlüftungsanlagen. In den neuen Hallen, deren Dächer großteils aus Glas bestehen, entsteht nämlich ein Treibhauseffekt, der in den älteren Hallen durch bessere Entlüftungsmöglichkeiten und bessere Bauweise gemildert wird. Man sieht hier deutlich, wie sich der Fortschritt der Technik im Kapitalismus auswirkt. Es ist daher auch nicht verwunderlich, wenn die Krankenstandsquote sehr hoch ist.

Angesichts dieser Situation kann man oft Wochen hindurch keinen Urlaub bekommen. Die Vorgesetzten und Antreiber versuchen dann immer, die kranken Kollegen für diese Misere verantwortlich zu machen. Sie versuchen die Arbeiter gegeneinander auszuspielen, indem sie jeden, der sich im Krankenstand befindet, als Tachinierer, Kameradschaftsfeind usw. bezeichnen.

Oft werden aber auch Arbeiter durch Androhung der Entlassung eingeschüchtert, wobei man auf die industrielle Reservearmee hinweist. Das ist auch der Grund dafür, daß manche Arbeiter oft krank zur Arbeit kommen, was natürlich die Unfallgefahr beträchtlich erhöht.

H.H., OG Linz

10. Oktober – Jahrestag der Volksabstimmung Kampf dem Chauvinismus und Kapitalismus!

Der 10. Oktober ist in Kärnten Landesfeiertag. Es ist dies der Jahrestag der Volksabstimmung 1920. An diesem Tag feiert der Chauvinismus und Nationalismus Hochblüte. In jeder Schule, in jedem Ort, in der Landeshauptstadt schwingen die Politiker und Schuldirektoren auf offiziellen Kundgebungen und Veranstaltungen große Reden.

Überall wird von der Einheit aller Kärntner gesprochen, einer Einheit, die „historisch" gewachsen ist in „Abwehrkampf" und „Volksabstimmung". Der Klassengegensatz verschwindet hinter der Einheit aller Kärntner. Der 10. Oktober ist immer auch Anlaß besonderer Hetzreden gegen die slowenische Minderheit, gegen „Nationalslowenen, von außen gelenkte Kräfte, die notorischen Unruhestifter", gegen die es sich zusammenzuschließen gilt. Der Klassengegensatz, das herrschende Elend, die Ausbeutung, kann aber auch hinter nationalistischen Phrasen nicht zum Verschwinden gebracht werden. In welchem Zeichen der 10. Oktober 1920 wirklich gestanden ist und der 10. Oktober 1977 wirklich steht, stellt der folgende Bericht aus Klagenfurt, dem Zentrum der Feiern, dar.

10. Oktober 1920

Zwei Jahre nach dem ersten imperialistischen Raubkrieg. – In Österreich herrscht die Bourgeoisie, sie will ihre Herrschaft in Gestalt der bürgerlich-demokratischen Republik festigen. Am 10. Oktober findet die „Volksabstimmung" statt. Sie ist der Endpunkt des Streites zwischen den reaktionären Klassen in Jugoslawien und in Österreich um die Herrschaft über Südkärnten.

Die „Rote Fahne", die Zeitung der KPÖ, schrieb 1930 unter dem Titel „Zehn Jahre Volksabstimmung in Kärnten" dazu:

„*Die Nacht liegt sich über die Hütten Südkärntens. Ein kleines Land, bewohnt von Bauern und Arbeitern, Slowenen. Unter ihnen eine dünne Schicht von deutschen Großgrundbesitzern, Kaufleuten und der Beamtenschaft. 100.000 Herzen zittern in die aufgeregte Dämmerung .... Es raucht noch aus den Trümmern in Brand gesteckter Hütten. Straßen und Plätze tapeziert mit Flugschriften und Plakaten. Atmosphäre einer riesigen Propaganda. Versprechungen, Demagogie, Alkohol, Pulver, Benzin, Parfum – bis in die letzten Gebirgsdörfer. ...* "Die Pariser Konferenz, der Repräsentant des Weltimperialismus, hatte nach Kärnten eine Kommission geschickt, um eine „Volksabstimmung" zu veranstalten. Wenn man sich vor Augen hält, daß die deutsch-österreichische Bourgeoisie die österreichischen Arbeiter gegen ihre slowenischen und serbischen Klassenbrüder hetzte. So schrieb das Volksabstimmungsorgan der Sozialdemokratischen Partei Österreichs am 4. Oktober: „*Österreich ist eine freie Republik, wo für arm und reich gleiches Recht besteht und das Volk selbst sein Gastgeber ist. Mit Rücksicht darauf empfiehlt die Sozialdemokratische Partei Österreichs allen sozialdemokratisch gesinnten Stimmberechtigten sowie der gesamten Bevölkerung ohne Unterschied bei der Volksabstimmung ihre Stimme für Österreich abzugeben.*"

Die serbischen und slowenischen Sozialdemokraten hetzten die slowenischen armen Bauern gegen ihre engsten Verbündeten im nationalen Befreiungskampf, die Arbeiter. So schreibt das Volksabstimmungsorgan der jugoslawischen Sozialdemokratie: „*Bevölkerung Kärntens, am 10. Oktober ist die Entscheidung. Entweder weitere Sklaverei unter der Knute des deutschen Kapitalismus oder Freiheit und ruhige Entwicklung des nationalen kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Entweder Anarchie oder Ordnung. Stimmt für das freie Jugoslawien!*"

Beide sozialchauvinistischen Sozialdemokratien wußten, daß nicht der Ausgang der Volksabstimmung oder des „Abwehrkampfes" die Grenzen bestimmen würde, sondern die Entente-Imperialisten der Pariser Konferenz. So kann man erst den ungeheuren Betrug verstehen, den die Volksabstimmung und der „Kärntner Freiheitskampf" im Verein mit dem Einmarsch serbischer Truppen bedeutete!

Nur die noch kleinen kommunistischen Parteien Österreichs und Sloweniens erhoben ihre Stimme gegen den Betrug und zeigten den Weg zur wirklichen Befreiung auf: den revolutionären Kampf aller ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiter, und Bauern, deutschsprachiger und Slowenen, gegen die gemeinsamen Ausbeuter und Unterdrücker in beiden Staaten. Sie zeigten, daß die nationalistische Hetze, die Volksabstimmungspropaganda die Arbeiter und Bauern vom Beschreiten dieses Weges abhalten sollte. Sie sollten gespalten werden, um als Spielball der imperialistischen Ziele der Bourgeoisien in deren Konkurrenzkampf eingesetzt zu werden.

Das ist auch heute der Zweck der nationalistischen Hetze und des Sozialchauvinismus. Sie erreichen im Wirbel um den Jahrestag der Volksabstimmung einen alljährlichen Höhepunkt.

Treten wir auch heute dieser Hetze entgegen! Durchkreuzen wir die Absicht, die die Bourgeoisie mit der „Lebendigerhaltung der Tradition von Volksabstimmung" und „Freiheitskampf" verfolgt.

Dazu muß an der Einschätzung des Abwehrkampfes als einem imperialistischen Krieg – geführt von der österreichischen Bourgeoisie um die Erweiterung ihres Herrschaftsbereiches gegen die serbische Monarchie mit demselben Interesse – festgehalten werden. Dazu muß man an der Einschätzung der Volksabstimmung als einem Volksbetrug festhalten. Dazu muß man aber auch verbreiten, daß die Sozialdemokratie die tragende Rolle bei der Niederringung der revolutionären Bewegung gespielt hat.

Steinacher, ein Offizier der K.u.K. Armee, Vertreter der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, und die Sozialdemokratie teilten sich damals die Arbeit, die revolutionäre Rätebewegung zu zerschlagen: Steinacher, indem er die Arbeiter- und Soldatenräte gewaltsam zerschlug, die Sozialdemokratie, indem sie sie von innen mit sozialchauvinistischem Gift zersetzten.

Die Sozialdemokraten haben heute gleich beide Traditionen aufgenommen. Sie sind selbst die Vertreter der Kapitalisten und Großgrundbesitzer in der Regierung, sie errichten für die Steinacher Denkmäler, schwingen nationalistische Reden und rekrutieren verhetzte Menschen als Störtrupps bei antichauvinistischen Veranstaltungen. Ihre Gewerkschaftsführer aber nehmen die wackere Tradition des Sozialchauvinismus auf und versuchen durch Phrasen von „Einheit aller Werktätigen", von „Sicherung der sozialen Errungenschaften und der Demokratie", die Arbeiter an Kapitalismus und Imperialismus zu ketten.

Die Rolle der Sozialdemokratie damals und heute muß erkannt und verbreitet werden. So werden die Menschen die Politik der SPÖ besser verstehen und sie wird immer verhaßter werden!

Und die heute revisionistische KPÖ?

Die KPÖ weint die SPÖ an, sie möge doch über der offen chauvinistischen Variante des Betruges nicht auf die bewährte sozialchauvinistische vergessen!

Die revolutionäre KPÖ hat es anders gehalten: In einem Flugblatt, das im ganzen Land verbreitet wurde, hieß es: „*Proletariat Kärntens! Krieg dem Nationalismus, dem Kapitalismus! Kein Plebiszit mit den Stimmzetteln! Kampf gegen die nationale Unterdrückung, gegen Interventionen, für die proletarische Diktatur!*

Wir müssen dieser Linie folgen, sie ist die Linie des Klassenkampfes und der Revolution.

10. Oktober 1977

Die Faktoren für die Revolution, aber auch die für den Krieg wachsen an. Die Hauptendenz auf der Welt ist die Revolution. die Widersprüche verschärfen sich – auch in Österreich. Ein Neuaufschwung der Massenbewegung auf der Grundlage der ökonomischen und politischen Krise des Imperialismus kündigt sich an. Auch in Österreich massive Kriegsvorbereitungen durch die Bourgeoisie. In Kärnten, ökonomisch eines der schwächsten Bundesländer, mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigem Lohnniveau, gerät die Bourgeoisie samt ihren Statthaltern von der SPÖ unter Druck: Streik der Bauarbeiter 1974, Streik in Radenthein, Demonstrationen der Bauern, Protest gegen Gemeindezusammenlegungen und Verpestung der Umwelt. Zahlreiche und wachsende Kämpfe gegen die Entrechtung der Kärntner Slowenen, Proteste gegen die Klassenjustiz, Kampf gegen Stillegungen, Proteste der Studenten und Schüler. Unterstützungsaktionen für die kämpfenden Völker der Dritten Welt.

In der Minderheitenfrage zeigt sich deutlich der Marsch der Bourgeoisie mit der SP-Regierung an der Spitze nach rechts. Der Sozialchauvinismus lebt mit auf. Die Sozialdemokraten entfalten ihn planmäßig. Mit ihm marschiert der Ausbau des Gewaltapparates, Wagner droht mit Demonstrationsverbot, verdächtigt die Kommunisten der Sprengstoffanschläge, will den öffentlichen Dienst säubern, schickt die Stapo, die fortschrittlichen Menschen tagtäglich zu bespitzeln.

Wagner und die SP entfalten eine wilde Hetze gegen die für ihre Rechte kämpfenden Menschen.

Der 10. Oktober ist bisher deren Tag. Es ist ein Tag der chauvinistischen Hetze und der Spaltung des Volkes, es ist ein Tag, an dem die Bourgeoisie einen Sieg über die Arbeiterbewegung feiern kann. Sie will diesen Sieg verewigen, indem sie die Spaltung verewigt.

Aber der 10. Oktober wird heuer nicht unwidersprochen verstreichen. Alle fortschrittlichen Menschen, besonders aber die Bewegung gegen die Diskriminierung der Minderheit und den Chauvinismus, wird an diesem Tag ihre Stimme erheben. Sie müssen im Geiste der revolutionären KPÖ die Geschichtslügen entlarven, gegen die nationalistische Hetze, gegen das Gerede von der Bedrohung durch von außen gesteuerte Kräfte und Terroristen, gegen die Unterdrückung der Minderheiten ihre Stimme erheben. Wir müssen wie die revolutionäre KPÖ den gemeinsamen revolutionären Kampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten auf unsere Fahnen schreiben. Am 9. Oktober wird in Klagenfurt/Celovec, dem Sitz der obersten Chauvinisten und Entrechter, dem Sitz der Volksabstimmungspropagandisten von einst, dem der Hetzer von heute, eine antichauvinistische Großveranstaltung stattfinden. Dies ist die erste derartige Veranstaltung seit Jahren!

H.St., Klagenfurt/Celovec

Slowenen in Kärnten

Eine genaue Darstellung der Ereignisse um Abwehrkampf und Volksabstimmung findet sich im 1. Teil der Artikelserie „Slowenen in Kärnten". Die Artikelserie legt die sozialen, politischen und historischen Triebfedern des Kampfes gegen Chauvinismus und Diskriminierung dar.

Slowenen in Kärnten
1. Teil Kommunist 3/77, Preis: 25.-
2. Teil, Kommunist 6/77, Preis: 25.-

Zu beziehen über:
Fa. Alois Wieser Ges.m.b.H.
„Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten" Postfach 13, 1042 Wien.

„Das Volksgruppengesetz - Eine Lösung?

Herausgeber dieser Broschüre ist das „Slowenische Informationszentrum" in Klagenfurt. Es legt die Gründe der slowenischen Organisationen für ihre kompromißlose Ablehnung des Volksgruppengesetzes und der Verordnungen dar.

Preis S 20.-, zu beziehen über die Ortsgruppen des KB Österreichs und über: Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien, sowie über das „Slowenische Informationszentrum" (SIC) Viktringer Ring 26, 9020 Klagenfurt/Celovec.

Prozeß gegen slowenische Aktivisten in Salzburg

Demonstration gegen Warasch-Prozeß am 17. 10. !

Einstimmig wurde auf einer vom Salzburger Solidaritätskomitee für die Rechte der Minderheiten einberufenen Aktionseinheitssitzung am 22.9. beschlossen:

- Am 4. Oktober eine Kundgebung für die Einstellung des Verfahrens gegen Stefan Petjak durchzuführen. An diesem Tag soll diesem slowenischen Aktivisten der Prozeß gemacht werden unter der Anschuldigung, Beihilfe geleistet zu haben zum Beschriften von Mauern mit Forderungen nach Minderheitenrechten
- Am 17. Oktober eine Demonstration durchzuführen, gegen die Kriminalisierung von F. Warasch, Sekretär des „Rats der Kärntner Slowenen". Gegen ihn soll vom 18.-20. Oktober ein Prozeß durchgeführt werden unter der Anschuldigung, Warasch habe einen Pensionisten zu einem Bombenattentat angestiftet.

Das ganze Verfahren gegen Warasch, das unter haltlosen Anschuldigungen betrieben wird, dient dazu, einen Funktionär der Slowenenorganisationen, die Slowenenorganisationen und die Kämpfe für die Rechte der Minderheiten insgesamt zu kriminalisieren.

Weiters beschloß die Versammlung, die Losung „Für die Rechte der Minderheiten" auf der Kundgebung und auf der Demonstration zu erheben und bei der Mobilisierung dazu die Notwendigkeit demokratischer Rechte für die Minderheiten zu erläutern und die Kämpfe, die für diese Rechte geführt werden, aufzuzeigen.

An der Aktionseinheitssitzung nahmen insgesamt 18 Personen teil, darunter Vertreter von folgenden Organisationen: KB, MSB, JG, GRM, VSM, KHJ, BSS und VSStÖ.

Daß sich die Revisionisten von der KPÖ bisher noch nicht einmal für die Aktionseinheit interessiert haben, ist kein Wunder, bedenkt man ihre Meinung, daß F. Warasch es sich selber zu verdanken habe, wenn er jetzt auf der Anklagebank sitzt - unabhängig davon, ob er schuldig ist oder nicht.

Daß eine so breite Aktionseinheit gegen diesen Prozeß zustandegekommen ist, zeigt wie groß die Empörung unter den fortschrittlichen Menschen über dieses Verfahren ist.

Wenn es uns gelingt, diese Empörung in einer starken Demonstration zusammenzufassen, so kommt die Regierung an einer Front ihrer Minderheitenpolitik ins Gedränge und es würde sich praktisch zeigen daß auch außerhalb Kärntens die Bewegung gegen die Diskriminierung der Minderheiten vorwärtsschreitet.

Heraus zur Kundgebung am 4.10.!
Heraus zur Demonstration am 17.10.!

B.O., Salzbu

Fortschrittlicher Lehrer soll gefeuert werden

Der AHS-Lehrer Willi Sieber zeichnete für ein Flugblatt der Arbeitsgruppe „Friedenspolitik" im Bregenzer Jugendhaus verantwortlich, ebenso für eine Demonstration im Rahmen des Bundesheer-Manövers „Sturmtief" im Bregenzer Wald. Der Inhalt des Flugblattes wie auch die Rede, die auf der Demonstration vom 28.8. gehalten wurde, wird am besten durch die zentralen Losungen charakterisiert:

„Gegen die Militarisierung aller Lebensbereiche"

„Gegen den Ausbau des militaristischen Kasernensystems"

„Weg mit der Wehrgesetznovelle - weg mit der Zwangsverpflichtung"

„Gegen Entmündigung durch Disziplinierung und Drill"

„Für das Recht auf freie Meinungsäußerung".

Das war Anlaß genug für den Militärkommandanten von Vorarlberg, Oberst Simma, beim Landesschulrat anzufragen, ob es wohl angehe, daß ein Lehrer mit einer solchen Gesinnung unterrichte. Nicht genug damit. Die FPÖ-Abgeordneten Melter (Vorarlberg) und Josseck (Wehrsprecher) richteten eine parlamentarische Anfrage an Minister Sinowatz, in der Sieber übelste Verleumdungen und Tatsachenverdrehungen vorgeworfen werden (weil im Flugblatt steht, daß das Bundesheer de facto in die NATO eingegliedert ist und daß die Objektschutztruppen dazu da seien, um z.B. gegen streikende Arbeiter und AKW-Demonstranten eingesetzt zu werden). Auch sie fordern seinen Rausschmiß, weil „eine solche Haltung... mit den Aufgaben eines im Lehrberuf stehenden österreichischen Beamten gewiß nicht vereinbart werden kann."

Und da wird halt schon einiges klar. Mit Sieber soll ein Exempel statuiert werden, ein „Angriff auf die Grundrechte sämtlicher Bundesbediensteter" geführt werden, wie Sieber in einem Zeitungsinterview klarlegte. „Für mich ist das eine grundsätzliche Frage, es geht nicht allein um mich. Auch für Bundesbedienstete gelten Grundrechte wie Presse-, Rede-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, und zwar uneingeschränkt" (Sieber in der Neuen Vorarlberger Tageszeitung vom 23.9.77).

Denn Melter, Josseck und Simma wollen auf eines hinaus: Ein Staatsbediensteter darf keine Kritik am Staat und seinen Institutionen üben, er darf sie nicht in Frage stellen. Ein Maulkorb für Staatsbedienstete, das ist der Wunschtraum dieser Herren. Es ist sehr gut, daß diese Herren den „Fall Sieber" in die öffentliche Diskussion gebracht haben - allerdings nicht für sie. Heute wird überall in Vorarlberg darüber gesprochen, ob Staatsbedienstete ihre Meinung frei äußern dürfen. Das ist ausgezeichnet, wirft doch die Kampagne gegen Sieber ein bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis unserer Volksvertreter und hohen Repräsentanten des Staatsapparates.

Im übrigen: Die Solidarität mit Sieber ist groß und wird sicher noch wachsen, sollten ihm tatsächlich Repressalien drohen. Denen aber, die diese Kampagne angezettelt haben, geht es wie dem Zauberlehrling. Die Geister, die sie riefen, werden sie nicht mehr los - im Gegenteil, sie wenden sich gegen sie!

Polizeimanöver bei DDR-Spiel

Zur Übung der Bekämpfung von Massenansammlungen und Demonstrationen nützte die Wiener Polizei das Fußball-WM-Qualifikationsmatch Österreich – DDR. An die 1.000 Polizisten waren am 24. 9. im Einsatz.

Vor dem Wiener Praterstadion waren Postenketten aufgezogen, sämtliche Stadionbesucher wurden perlustriert. Auf der Stadionlaufbahn waren Polizei-Hundestaffeln im Einsatz und die Stadionränge mit „Zivilen" durchsetzt.

Nachdem die bürgerlichen Tageszeitungen, als Bestandteil ihrer chauvinistischen Hetze, schon lange genug mit geschickt lancierten „Befürchtungen" zu Ausschreitungen geradezu aufgerufen hatten, kam es dann schließlich gegen Ende des Spieles, als der Schiedsrichter ein Tor der österreichischen Mannschaft nicht anerkannt hatte, zu Tumulten.

Um das Spielfeld von hereingeeilten Fotografen zu „säubern", stürmte eine Horde von Zivilposten den Rasen und gab damit den Zuschauern das Zeichen zum allgemeinen Sturm. Sodann wurden die heruntergesprungenen Zuschauer unter Verwendung der Polizeihunde und Gummiknüppel wieder zurückgetrieben und es gab die ersten Verhaftungen.

Das eigentliche Großmanöver begann jedoch erst, nachdem der Schiedsrichter das Spiel abgepfiffen hatte. Ein Teil der Zuschauer verharrte unter „Schiebung! Schiebung"-Rufen auf seinen Plätzen, während sich vor den Stadiontoren der andere Teil ansammelte um den Schiedsrichter und die DDR-Mannschaft abzupassen.

Unter Polizeischutz wurden diese dann aus dem drohenden Zugriff der Massen befreit, es kam zu Prügeleien, Anhaltungen und Festnahmen.

Im Hinblick auf die nächste Zeit, etwa auf den Aufmarsch vor dem Parlament am 26. Oktober hatte der Großkampftag für die Polizei tatsächlich Bedeutung.

72.000 wirkliche, lebendig vorhandene versammelte Menschen sind eben ein anderer Manövergegner als ein paar Polizeilehrbuben im Hinterhof der Marokkanerkaserne.

G.F.

Westdeutsche Bourgeoisie plant Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse

Weg mit der Verbotsdrohung gegen den Kommunistischen Bund Westdeutschland, die Kommunistische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands (M.L.)!

Am Montag, den 26.9., hat der Bundesvorstand der CDU beschlossen, daß die CDU-regierten Länder einen Verbotsantrag beim Verfassungsgericht gegen den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und gegen die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) im Bundesrat einbringen sollen.

Dieser Vorstoß ist ein schwerer Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und auf den Marxismus - Leninismus, ihre wissenschaftliche Theorie. Die Kommunisten sollen illegalisiert werden, weil sie das grundlegende Interesse der Arbeiterklasse, die sozialistische Revolution, die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die klassenlose Gesellschaft verfechten. Der Vorstoß der CDU ist Bestandteil der Flut reaktionärer Maßnahmen, wie die Berufsverbote, der Gewaltparagraph 88a, die Einschränkung der Verteidigungsrechte und die Pläne für ein einheitliches Polizeigesetz, mit der die Bourgeoisie die demokratischen Rechte des Volkes beseitigt. Zusammen mit den Kommunisten sind alle fortschrittlichen, demokratischen und antifaschistischen Kräfte von diesem Vorstoß getroffen, alle, die die gerechten Forderungen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes unterstützen und dafür im Kampf stehen.

Gegen die DKP, Agentur der westdeutschen Bourgeiosie und des sowjetischen Sozialimperialismus, stellt der CDU-Vorstand keinen Verbotsantrag, damit die Bourgoisie sie jetzt noch wirkungsvoller als Spalter in der Arbeiterklasse einsetzen kann.

KBW, KPD und KPD/ML haben sich zu einer Initiative zusammengeschlossen, die zu einer breiten Aktionseinheit gegen die Verbotsdrohungen aufruft. Im festen Vertrauen auf die Kraft der Arbeiterklasse und der Volksmassen werden Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und Antifaschisten gemeinsam diesem Angriff der Bourgeoisie entschlossen entgegentreten und die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse verteidigen.

Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten!

Für den 8. Oktober rufen wir gemeinsam zu einer Kundgebung auf dem Rathausplatz in Bonn auf.

Weg mit den Verbotsanträgen!

Alle zur Kundgebung gegen den geplanten Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse!

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD/ML)

Köln, den 27. September 1977.

Wahlversprechen in Uruguay: „Das vergossene Blut wollen sie mit Blumen verdecken"

Anfang August kündigte die faschistische Junta Uruguays Wahlen an. Mit Demokratisierung hat das allerdings nichts zu tun. Es ist ein leeres Versprechen für 1981. Revolutionäre Parteien dürfen nicht teilnehmen, die Macht bleibt weiter in den Händen der Militärs. Zu diesem Manöver, mit dem sie versuchen, den Faschismus unter neuer Form zu festigen, war die Militärjunta gezwungen, einerseits weil sie Zeit gewinnen wollen gegenüber dem Haß des geknechteten uruguayanischen Volkes, andererseits durch den Druck ihrer imperialistischen Oberherren aus den USA.

„Die neue Politik des Yankee-Imperialismus, die Politik der Regierung Carter, verlangt eine Anpassung bei den Marionettenregierungen wie der von Uruguay, im Dienst der Globalstrategie des Imperiums. Die Fahne der 'Menschenrechte', eine im scharfen Ringen um die Aufteilung der Welt mit dem Sozialimperialismus benutzte Waffe, muß von den Flecken der faschistischen Bestialität gewisser lateinamerikanischer Regierungen gereinigt werden, um wenigstens minimal glaubwürdig zu sein. Gestern benützten die Yankee-Herren den Faschismus in seiner abscheulichsten Form, um ihre Interessen zu verteidigen, heute dient ihnen das nicht mehr. Wenn sie schon das vergossene Blut nicht abwaschen können, müssen sie wenigstens die Wände mit Blumen schmücken." (Aus der Erklärung des Ständigen Ausschuß des ZK der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays (PCRU).

Genauso wie hinter dem Putsch in Chile, standen die US-Imperialisten hinter dem Putsch 1973 in Uruguay, um ihren Würgegriff um das Land zu verstärken und die volksdemokratische Revolution zu verhindern. Der Faschismus konnte sich erst nach 15 Tagen eines totalen Generalstreiks der Arbeiter und aller Werktätigen durchsetzen und kann sich auch heute nur durch grausamste Unterdrückung halten. Folterungen und Mord in den Gefängnissen gehören zum Alltag, genauso wie das „Verschwinden" von Revolutionären und Patrioten. Nur ein Beispiel von vielen sind Nebio Melo und Winston Mazzucci, Mitglieder des ZK der PCRU und Redakteure der „prensa libre", einer illegalen Massenzeitung. Sie wurden vor mehr als einem Jahr in Argentinien in Zusammenarbeit mit dem uruguayanische Geheimdienst verhaftet und seitdem hat niemand etwas von ihnen gehört.

Die faschistische Junta ermöglicht den Imperialisten grenzenlose Ausbeutung der Arbeiterklasse und Ausplünderung des Landes. Hungerlöhne, Arbeitslosigkeit, horrende Inflation (1977: 60 %) und völlige Rechtlosigkeit kennzeichnen heute die Lage der Arbeiterklasse und des Volkes Uruguays. Von der grausamen Ausbeutung zeugt auch die hohe Rate von Arbeitsunfällen, die den 3. Platz in der Liste der Todesursachen einnehmen.

Die Verschuldung Uruguays an den westlichen Imperialismus ist so hoch, daß es z.B. im September einen Kredit von 60 Mio. S bei einem Konsortium amerikanischer, britischer und kanadischer Banken aufnehmen mußte, um einen anderen Kredit von 70 Mio. S zurückzuzahlen.

Auch der Boden Uruguays steht heute dem imperialistischen Zugriff offen. Allein von Mai 76 bis Mai 77 wurden 102.000 Hektar Land verkauft, davon ging die Hälfte offiziell in ausländische Hände. Neben Investitionen vor allem des Kapitals der BRD und Brasiliens, wird das genützt vom Gesindel, das aus anderen Teilen der Welt von den Völkern vertrieben wird: Kapitalisten aus Südafrika, Rhodesien, Südkorea und Taiwan-Reaktionäre sorgen für ihre Zukunft (nach „prensa libre").

Doch der Faschismus steht in Uruguay auf sehr unsicherem Boden, denn das uruguayische Volk hat eine lange Tradition im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus und für die Volksdemokratie. So wurde ein Jahr nach dem Putsch, 1974, ein von „prensa libre" und der PCRU ausgerufener eintägiger Generalstreik erfolgreich in der Illegalität organisiert – trotz der Sabotage durch die revisionistische KP. Heute werden in einzelnen Fabriken immer wieder Streiks und andere Aktionen organisiert. Vor allem die Arbeiter der Transport und Lebensmittelindustrie hatten dabei auch Erfolge. Heute geht das Volk von Uruguay daran, seine vom Faschismus zerschlagenen Organisationen wieder aufzubauen.

C.R

Schriften zur großen Oktoberrevolution

W. I. LENIN: Ausgewählte Werke in 6 Bänden, auch einzeln lieferbar
Preis: S 66,60, (pro Band)

GESCHICHTE DER KPdSU (B), Kurzer Lehrgang,
Preis 61,60 472 Seiten

J.W.STALIN: Über die Grundlagen des Leninismus
Preis: 4,50 144 Seiten

J.W. STALIN: Über den Großen Oktober
Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus (längere Lieferzeit)
Preis: ca. 35,- S 179 Seiten

JOHN REED: 10 Tage, die die Welt erschütterten
Preis 61,- S 516 Seiten

zu beziehen über:
Alois Wieser Ges.m.b.H.,
Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien

Keine Beteiligung Österreichs an der KSZE! Weg mit den Wiener Truppenabbaugesprächen!

Fortsetzung von Seite 1

mit dem Beelzebub austreiben. Daß diese ideologische Feilscherei um die gegenseitige „Bereitschaft" zur Abrüstung und zur Zusammenarbeit immer schärfere Formen annimmt, ist lediglich Ausdruck dafür, daß der Spielraum für die „Entspannungspolitik" immer enger wird, je intensiver die Supermächte selbst den Krieg vorbereiten.

Unter dem Mantel der „Entspannung" - verschärfte Rivalität und Rüstung

Über „Zusammenarbeit" in Europa werden die Imperialisten unter der Leitung der beiden Supermächte in Belgrad reden. Unter der Decke des Entspannungsschwindels der beiden Supermächte wird es dabei auch darum gehen, Positionen abzustecken für das Eindringen in den Einflußbereich des Gegners. Die westlichen Imperialisten stecken in einer Überproduktionskrise und sind umso schärfer darauf, sich den Ostmarkt zu erschließen. Recht auf freien Waren- und Kapitalverkehr ist es, was sie von der neuen Bourgeoisie im Osten fordern, Höchstprofite wollen sie aus Osteuropa herausschlagen, das an Rohstoffen und an einer qualifizierten Arbeiterklasse reich ist, dessen imperialistische Plünderung aber gegenwärtig die neuen Zaren in Moskau monopolisiert haben. Die Rechnung der Sozialimperialisten ist es, mit dem Westen auf Pump Geschäfte zu machen, um die durch die Restauration des Kapitalismus zugrundegerichtete Wirtschaft hochzupäppeln. Um die Schulden machen sie sich weniger Sorgen. Ohnehin ist es die Politik dieser imperialistischen Supermacht, die eigene Produktion auf die Rüstungzu konzentrieren, sich die Waffen zu schmieden für den nächsten Weltkrieg, wodurch auch gleich die Schuldenfrage erledigt würde. Beim Versuch des Sozialimperialismus, überall seinen Machtbereich auszudehnen, stößt er ständig auf Stellungen, die der US-Imperialismus für sich beansprucht.

Natürlich kann die Rivalität der beiden Supermächte auf die Dauer nicht friedlich bleiben. Offensichtlich ist der Betrug, den sie mit den Abrüstungsverhandlungen betreiben. 4 Jahre dauern bereits die MBFR-Gespräche. In 145 Plenarsitzungen haben sie sich noch nicht einmal über den Zählungsmodus der Truppen und Panzer, die sie und ihre Militärbündnisse in Europa stationiert haben, geeinigt.

In diesen 4 Jahren haben die beiden Supermächte ihre Kriegsausrüstung ausgebaut und verbessert. Mit immer zahlreicheren und aufwendigeren Manövern spielen sie inzwischen den Kriegsfall in Europa bis in alle Einzelheiten durch. Europa ist nicht sicherer, sondern unsicherer geworden.

Die österreichische Regierung reitet ganz vehement auf der Welle der Entspannungspolitik. Wo sie nur kann, schiebt sie sich dabei in den Vordergrund und stellt sie das „neutrale" Österreich als besonders geeigneten „Gastgeber" oder „Vermittler" für die Machenschaften der beiden Supermächte hin. Gegenüber dem Sozialimperialismus, dem noch aggressiveren Räuber, betreibt sie üble Beschwichtigungspolitik. Die Räumlichkeiten Österreichs in Belgrad waren der regelmäßige Treffpunkt der sogenannten „Gruppe der Neutralen", die mit immer neuen Kompromißvorschlägen das „Entspannungs"klima und den Fortgang der Konferenz aufrechtzuerhalten versuchte. Die Interessen der österreichischen Imperialisten an „Zusammenarbeit" in Europa sieht man an den neuesten Erfolgen, die sie bei der Ausplünderung der polnischen Kohlenreichtümer verbuchen konnten. Ganz begeistert äußerte sich Kreisky beim Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Jaroszewicz über die „Fortschritte", die die österreichische Bourgeoisie in der Zusammenarbeit mit den Ostblockstaaten bei der Ausdehnung ihrer imperialistischen Geschäftemacherei entdeckt: „Wir haben gemeinsam in zahlreichen Ländern, in Afrika und in Asien, große Projekte in Angriff genommen, die wirtschaftlich sehr bedeutsam sind."

Gleichzeitig orientiert sich die österreichische Bourgeoisie militärisch an den Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus und der NATO. In der Armee dieses Räubers, verhaßt und bekämpft besonders von den revolutionären Völkern der 3. Welt, plant sie sich zu flüchten, wenn es um die „Verteidigung" ihrer Ausbeuterherrschaft über die österreichische Arbeiterklasse gegen einen Angriff aus dem Osten geht. Auf diesen Räuber stützt sie sich bei der „Verteidigung" ihrer imperialistischen Interessen gegenüber der internationalen Arbeiterklasse und den Völkern der Welt. Selbst eine imperialistische Ausbeuterklasse, versucht sie im Ringen der beiden Supermächte um die Oberherrschaft in der Ausbeutung der Völker und der Aneignung der von diesen produzierten Werte ihre Chancen, selbst Höchstprofite zu ergattern, zu wahren und womöglich noch zu steigern. Im Friedens- und Abrüstungsbetrug der beiden Supermächte spielt sie eine besonders reaktionäre Rolle und unterstützt geradezu deren Kriegsvorbereitungen.

Die Arbeiterklasse und die Völker haben kein Interesse an imperialistischer Expansion und an Höchstprofiten. Sie haben kein Interesse am imperialistischen Krieg und deshalb auch nicht an Verhandlungen, mit denen die beiden Supermächte diesen vorbereiten.

Die österreichische Arbeiterklasse ist an einem solchen Klima von „Entspannung" und „Abrüstung" in Österreich nicht interessiert. Die falschen Friedensbemühungen der österreichischen Bourgeoisie muß sie bekämpfen, und selbst aktiv werden im Kampf für den Frieden und gegen den imperialistischen Krieg.

Die Bemühungen, Wien zu einem Tummelplatz der Abrüstungsbetrügereien herabzumachen, darf man nicht dulden. Eine Politik, die wirkliche Gefahr eines neuen Weltkrieges zu verwischen und in Belgrad Entspannungsillusionen zu verbreiten, darf man nicht unwidersprochen lassen. Die Arbeiterklasse muß den Völkern der Welt demonstrieren, daß es in Österreich Kräfte gibt, die gegen den imperialistischen Krieg und für den Frieden kämpfen.

Die Revolutionäre werden diesen Kampf dafür nützen, die Arbeiterklasse und die Volksmassen auf den Sturz der imperialistischen Ausbeuterordnung in Österreich, die tagtäglich schwerere und unerträgliche Lasten mit sich bringt, vorzubereiten.

KEINE TEILNAHME ÖSTERREICHS AN DER KSZE!
WEG MIT DEN WIENER „TRUPPENABBAU"-GESPRÄCHEN!

M.Z.

Israel: Expansion in alle Richtungen

Täglich wird die Lage des israelischen Siedlerstaates schlechter. Der Ausweg wird in der Expansion und Aggression gesucht. Die Truppen an der Libanon-Grenze sind in erhöhter Alarmbereitschaft. Es geht um großangelegte Einmischung im Südlibanon, einschließlich Luftangriffen. Nach der Unterzeichnung des Abkommens von Shtoura im Juli sind die Falangisten immer stärker unter Druck gekommen. Anfang September hatten sich Teile der rechten Milizen mit einem Rückzug in den Norden einverstanden erklärt. Deshalb, weil sie politisch und militärisch in der Enge waren. Die Zionisten aber wollen sich den Südlibanon erstens als „Konfliktherd" erhalten in Hinblick auf einen Aggressionskrieg und als Vorwand dafür. Zum zweiten ist von einer Zerschlagung des palästinensischen Widerstands keine Rede.

Die israelischen Angriffe zielen darauf ab, den Südlibanon weitgehend menschenleer zu machen und den Zerfall der Isolations-Milizen aufzuhalten. Von den US-Imperialisten haben sie die nötige Rückendeckung schon erhalten. Von den palästinensischen Streitkräften haben sie Antwort erhalten: Es konnten bislang alle Stellungen gehalten werden.

Der Zionistenstaat, Vorposten des Imperialismus im Nahen Osten, nimmt seine Aufgabe heute wahr durch Schaffung neuer Tatsachen, die den Imperialisten stärkeren Druck auf die arabischen Staaten ermöglichen. Die Fortsetzung der Siedlungspolitik wurde deutlich demonstriert. Der neue Landwirtschafts- und Siedlungsminister Sharon hat der Regierung einen Siedlungsplan vorgelegt. Das israelische Blatt Maariv am 19.6.: „Was nicht gering unser Schicksal bestimmen wird, sagte Sharon, wird die Tatsache sein, in welchem Maße wir ein Programm für eine Kolonisierung besonders großen Ausmaßes zu planen und durchzuführen wissen werden. Eine Kolonisierung, die nicht nur landwirtschaftliche Siedlungen, sondern auch Städte umfassen soll. Eine Stadt mit 50.000 Einwohnern rückt man nicht weg. .... Weiter ist er der Ansicht, daß in einer stabilen Regierung gerade die Ansiedlungen ein beruhigendes und stabilisierendes Element darstellen müssen. Zusätzlich sagte er, daß 25 Prozent der Wasserquellen Israels ihren Ursprung im Golan haben und daher sei ein Rückzug von dort nicht möglich."

In den letzten beiden Monaten hat die Zionistenregierung mit dem Ausbau bereits bestehender (sogenannter „wilder") Siedlungen begonnen. Beschlossen wurde die Errichtung dreier neuer Siedlungen auf dem Westufer. Die Bourgeoispresse hat geschrieben, das liefe den US-Imperialisten gegen den Strich. „Bei seinen Gesprächen mit Carter wurde Begin darauf hingewiesen, daß Israel doch vorerst lieber unauffällig die Bevölkerung in seinen 96 bereits bestehenden Niederlassungen jenseits der 'Grünen Linie' (Grenze vor 1967) erhöhen sollte, statt Neugründungen zu veranlassen." (Süddeutsche Zeitung, 20.8.) So oder so, die zionistische Besiedlung der arabischen Gebiete soll betrieben werden.

Mitte August haben die Zionisten angekündigt, die „Dienstleistungen im Gesundheits- und Wohlfahrtssektor" im Westufer und Gazastreifen den Verhältnissen im übrigen besetzten Palästina anzugleichen. Diese Maßnahme sei „humanitäre Geste, habe keinen politischen Charakter", hat Siedlerführer Begin erklärt. Tatsächlich aber soll durch diesen Schritt die palästinensische Bevölkerung stärker an die Kolonialmacht gebunden werden. In Aussicht gestellte „Dienstleistungen", wie Krankenversicherung, Spitalsbau, sollen durch Einhebung von Steuern finanziert werden. Natürlich wird Geld aus diesen Fonds direkt in die israelische Kriegskasse fließen. Gleich nach der Ankündigung ist der arabische Gemeinderat von Gaza zusammengetreten und hat den Plan vollständig zurückgewiesen. Man muß sich hier vergegenwärtigen, daß die zehnjährige zionistische Besatzung die Lage der palästinensischen Massen tatsächlich enorm verschlechtert hat. Aber „anstatt (bei Israel) haben die Bürgermeister des Westufers sich um Geld bei den arabischen Ölstaaten und den palästinensischen Arbeitern in diesen Ländern umgesehen. Sie haben so 4,5 Millionen Dollar für Entwicklungsprojekte in ihren Städten aufgebracht .... Der Bürgermeister von Nablus, Bassam Shaqa, hofft, die Elektrizitätsversorgung der Stadt durch den Ankauf neuer Generatoren ausbauen zu können mit Geld, das die Golfstaaten zur Verfügung stellen. Erfolglos haben die Militärbehörden ihn zu überzeugen versucht, daß ein Anschluß Nablus ans israelische Netz billiger und leichter wäre. Genauso ist es bei der Wasserversorgung von Ramallah." (Economist, 20.8.).

Der fortgesetzte Landraub ist ein vergeblicher Versuch der Zionisten, die Risse in den eigenen Reihen zu kitten. In der Armee läßt die Disziplin nach, Diebstahl und Drogengenuß breiten sich aus. „Drogenhandel und -mißbrauch, Erpressungen, Raubüberfälle und ein gefährliches Ansteigen von allgemeiner Gewalttätigkeit" registriert die Neue Zürcher Zeitung am 7.9. Siedlernachschub ist knapp und kommt in nennenswertem Ausmaß nur noch aus Argentinien, der Sowjetunion und Südafrika.

Jedes vierte Kind unter 14 ist unterernährt, 25.000 besuchen keine Schule. 40.000 sind arbeitslos und jeder Zweite erhält einen Lohn unter oder am Existenzminimum.

Zu alledem ist eine Zerschlagung der palästinensischen Revolution nicht in Sicht. „Eine mit Autorität ausgestattete Alternative zur PLO ist trotz einiger Ansätze in Westjordanien nicht in Sicht", gesteht „Die Welt" am 1.9. Ganz im Gegenteil. „Die jüngsten Bombenanschläge in Israel entsprechen einem veränderten Konzept, das palästinensische Terroristen seit gut einem Jahr anwenden. Militärkreise in Jerusalem weisen darauf hin, daß die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) sich bei ihren Anschlägen jetzt auf kleine Zellen von nur zwei bis drei Personen stützt. Dadurch sind ihre Aktionen schwerer zu durchschauen. Nach Aufnahme in die Hochschule (einer arabischen Stadt) müssen die Studenten aus den besetzten Gebieten an sogenannten „Pflichtkursen" teilnehmen. Dieses Unterrichtsprogramm ist nichts anderes als ein mehrwöchiges Guerilla-Training, vorwiegend in Syrien und Irak. Diese Übungen werden in der Regel in den Sommerferien durchgeführt." (Die Welt).

In der ersten Jahreshälfte sind 80 bewaffnete Aktionen innerhalb des besetzten Landes durchgeführt worden. Das Exekutivkomitee der PLO hat gerade vor kurzem neue Schritte zur Intensivierung des Kampfes eingeleitet. In diesem Lic erscheint auch die Gesetzesänderung, w nach es den reichen Siedlern nunmeh möglich ist, eine hübsche Summe im Au land anzulegen: das Absetzen wird i Erwägung gezogen.

H.

Tito in Peking

Die Außenpolitik der VR China dient der Weltrevolution

Der Chinabesuch des jugoslawischen Präsidenten Tito hat in der Weltöffentlichkeit in verschiedener Hinsicht großes Aufsehen erregt und auch zu allerlei Spekulationen über eine Änderung der Haltung der Kommunistischen Partei Chinas zum bürgerlichen „Selbstverwaltungssozialismus" Jugoslawiens Anlaß gegeben.

Der Besuch hatte nichts mit einer Aussöhnung der chinesischen kommunistischen Partei mit dem jugoslawischen Revisionismus und sogenannten „Selbstverwaltungssozialismus", der nichts anderes als bürokratischer Kapitalismus ist, zu tun, - auch wenn es die jugoslawische Führung so hinstellen will, um das eigene Volk zu betrügen. Einmal handelte es sich um einen Besuch auf staatlicher Ebene, der nichts mit Parteibeziehungen zu tun hat, und zweitens haben die chinesischen Genossen mit keinem Wörtchen Jugoslawiens Weg als Sozialismus bezeichnet oder von Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten gesprochen, wie sie es bei Besuchen aus wirklich sozialistischen Ländern immer tun. Hua Guo-feng stellt auf dem XI. Parteitag nochmals ein Prinzip chinesischer Auslandsbeziehung klar: „Unsere Partei unterhält mit vielen kommunistischen Parteien Verbindungen. Aber Beziehungen zwischen Parteien und Beziehungen zwischen Staaten sind unterschiedliche Sachen". Mit dem sogenannten „Bund der Kommunisten Jugoslawiens", einer bürgerlichen revisionistischen Partei, gibt es keinerlei Einheit in Ideologie und Politik und keine Parteibeziehungen. Aber das hindert die Volksrepublik China nicht daran, mit dem Staat Jugoslawien Beziehungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und im Interesse einer positiven internationalen Entwicklung zu pflegen, wie sie dies mit den verschiedensten Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anstrebt. An der Beurteilung des Klassencharakters des „Bunds der Kommunisten Jugoslawiens" und der jugoslawischen Gesellschaftsordnung hat sich seit der Zeit, als die KP Chinas eine grundsätzliche Kritik am jugoslawischen Revisionismus aufnahm, nichts geändert. Während Chruschtschow einen Kniefall vor Tito machte, seinen Revisionismus als Marxismus und die jugoslawische kapitalistische Gesellschaftsordnung als Sozialismus bezeichnete, haben die chinesischen Genossen am Marxismus festgehalten und den Kampf gegen den Revisionismus geführt.

Geändert haben sich allerdings seit damals, vor allem durch die Entartung der Sowjetunion zu einer imperialistischen Macht, die internationale Lage und die internationale Stellung Jugoslawiens. Dem trägt die chinesische Außenpolitik Rechnung. Geändert hat sich auch die Haltung Titos zu China: Während er noch vor nicht allzulanger Zeit die chinesische Politik der Entlarvung der Kriegsgefahr und des Entspannungsbetruges als Kriegstreiberei verleumdete, muß er heute den ungeheuer positiven Beitrag der Volksrepublik China zur Isolierung und Bekämpfung imperialistischer Kriegs- und Großmachtpolitik und zur Schaffung einer breitestmöglichen Front dagegen lobend anerkennen.

Die internationale Stellung Jugoslawiens:

Jugoslawien ist ein Land der Zweiten Welt, das mitten im Konfrontationsfeld der beiden Supermächte in Europa liegt. Es spielt auch eine wichtige Rolle in der Bewegung der Blockfreien, die von China in ihren Bestrebungen gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und imperialistische Großmachtpolitik unterstützt wird.

Jugoslawien ist in besonderem Maße den Kontroll- und Unterwerfungsbestrebungen, der Infiltration und Subversion der beiden Supermächte ausgesetzt. Insbesondere die Sowjetunion versucht mit allen Mitteln, sich Jugoslawien völlig zu unterwerfen und hält beständig die Drohung mit einer offenen militärischen Invasion aufrecht. Denn für die Sozialimperialisten hat Jugoslawien vor allem entscheidende strategische Bedeutung als militärisches Aufmarschgebiet gegen Westeuropa und den Stoß gegen das Mittelmeer.

Für die US-Imperialisten ist Jugoslawien ein bedeutender Punkt, von dem aus sie ihre Infiltrationspolitik auf dem Balkan betreiben.

Demgegenüber hat Jugoslawien unter Tito in gewissem Ausmaß versucht, eine Politik der Verteidigung der Blockfreiheit einzuschlagen und breite Vorbereitungen zur Abwehr einer ausländischen Aggression zu treffen. Diese Politik ist - entsprechend dem bürgerlich-revisionistischen Charakter der jugoslawischen Führung - freilich meilenweit entfernt vom Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und daher auch keineswegs eine konsequente Politik der Verteidigung der Unabhängigkeit.

Jugoslawiens Wirtschaft ist heute - nach mehr als 25 Jahren der Restauration des Kapitalismus und der Politik des Ausverkaufs des Landes an die Imperialisten - weitgehend vom ausländischen Kapital abhängig, sei es von Direktinvestitionen und Krediten „im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung des RGW," an den Jugoslawien assoziiert ist, sei es von Direktinvestitionen aus den USA und westeuropäischen imperialistischen Staaten, von Krediten der Weltbank oder privater Banken. Diese Entwicklung hat zur Folge, daß einerseits die Verelendung der arbeitenden Klassen Jugoslawiens voranschreitet, gleichzeitig die Imperialisten, besonders die beiden Supermächte, immer unverfrorenere Forderungen stellen, die die nationale Integrität Jugoslawiens verletzen.

Nach offiziellen Angaben ist die SU auch der größte Handelspartner Jugoslawiens. Diese Abhängigkeit ist die Ursache dafür, daß die Forderungen der Sozialimperialisten gegenüber Jugoslawien immer unverschämter werden. Die SU versucht, für ihre Mittelmeerflotte Häfen an der jugoslawischen Adria-Küste zu bekommen. Bisher haben sie schon durchgesetzt, daß ab 1974 Kriegsschiffe in jugoslawischen Häfen überholt werden können. Allerdings mit verschiedenen Auflagen von Seiten Jugoslawiens, so z.B. der Ablieferung der Munition und der Begrenzung auf insgesamt höchstens sechs Schiffe, dabei höchstens zwei von einer Nationalität. Immer wieder haben die Sozialimperialisten die Aufhebung dieser Beschränkungen gefordert, zuletzt beim Besuch Breschnews in Belgrad im Dezember 1976. Diese Forderung ist aber von Jugoslawien entschieden zurückgewiesen worden.

Einerseits betreibt also die jugoslawische Führung eine Politik des Ausverkaufs des Landes, andererseits widersetzt sich Jugoslawien der Aufteilung der Einflußsphären durch die Supermächte, widersetzt es sich dem sowjetischen Anspruch der „begrenzten Souveränität der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft" und der sowjetischen Aggressionsdrohung. In diesem Widerstand liegt die wichtige Bedeutung, die China der Entwicklung und Stärkung der Beziehungen zu Jugoslawien auf Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz beimißt, die gerade die Bekämpfung von imperialistischer Aggression, Druckausübung und Einmischung in den internationalen Beziehungen der Länder beinhalten. Hua Guo-feng sagte in seiner Rede beim Empfangsbankett für Tito: „Das chinesische Volk unterstützt entschlossen Jugoslawiens blockfreie Politik und den gerechten Kampf seines Volkes für die Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität und gegen fremde Aggression und Subversion". Bedenkt man die strategische Lage Jugoslawiens und ihre Bedeutung als Aufmarschgebiet insbesondere für die Sowjetunion, so erkennt man unschwer, welch ungeheuer wichtige und positive Bedeutung die Außenpolitik der VR China gegenüber Jugoslawien für die Isolierung der beiden Supermächte und die reale Stärkung von Faktoren, die dem Ausbruch eines Krieges entgegenwirken, hat und wie sie damit auch auf der Ebene ihrer Beziehungen zu anderen Staaten zur Verbesserung der Bedingungen für den weltweiten Kampf der Völker um nationale und soziale Befreiung beiträgt. Zugleich unterstützt China Jugoslawien darin, die Einheit der Blockfreienbewegung gegen die Spaltungsversuche der beiden Supermächte zu verteidigen, die den Zweck verfolgen, sie von der Haltung des vereinten Kampfes gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus abzubringen.

All das ist nichts Neues in der Außenpolitik der VR China, die auf dem proletarischen Internationalismus und der von Mao Tsetung für die gegenwärtige Weltsituation formulierten revolutionären außenpolitischen Linie beruht: „Wir müssen unsere Einheit mit den sozialistischen Staaten, unsere Einheit mit dem Weltproletariat, den unterdrückten Völkern und Nationen, unsere Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt verstärken, uns mit allen Ländern, die der Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Schikane durch Imperialismus und Sozialimperialismus ausgesetzt sind, zusammenschließen und eine breitestmögliche Einheitsfront gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, der Sowjetunion und der USA, bilden". (Hua Guo-feng auf dem XI. Parteitag)

Seit sich die Sowjetunion in eine imperialistische Supermacht verwandelt hat, die mit den USA um die Weltherrschaft ringt, unterstützt China auch die kleineren kapitalistischen und imperialistischen Länder der Zweiten Welt in ihrem Widerstand gegen Aggression, Intervention und Tyrannei durch die Supermächte, um die breitestmögliche Front gegen diese größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker, von denen die Gefahr eines neuen Weltkrieges ausgeht, aufzubauen. Gerade am Beispiel Jugoslawiens sieht man die positive Bedeutung einer solchen Politik für den weltweiten Kampf der Völker gegen Imperialismus, Reaktion und Krieg. Der Besuch Titos in Peking kommt keineswegs aus heiterem Himmel und ist auch keine plötzliche Änderung in der chinesischen Außenpolitik, sondern hat seine Vorgeschichte in einer längeren positiven Entwicklung der chinesisch-jugoslawischen Beziehungen. Bereits im Jahr 1975 besuchte der Vorsitzende des jugoslawischen Bundesrates, Dzemal Bijedic, die VR China und wurde von Mao persönlich empfangen. Diese positive Entwicklung ist auf die geänderte Einstellung Jugoslawiens zur VR China zurückzuführen.

Die chinesische Staatsführung hat die Gespräche mit Tito und der jugoslawischen Delegation auf der oben genannten Linie geführt. Dabei konnten in verschiedenen Fragen der internationalen Politik Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden und weitere positive Schritte zur Entwicklung der Zusammenarbeit auf den Gebieten von Wirtschaft, Technik, Wissenschaft und Kultur vereinbart werden. Zugleich haben sich grundsätzliche Differenzen in der Frage der Kriegsgefahr und der Haltung zur „Entspannungs"- und „Abrüstungspolitik" gezeigt.

Während Tito der Meinung ist, daß es grundsätzliche Entspannung zwischen den Imperialisten und den Supermächten geben kann, haben die chinesischen Genossen als Marxisten immer wieder erklärt: „Solange das Gesellschaftssystem in den imperialistischen und sozialimperialistischen Ländern nicht verändert wird, ist Krieg unvermeidbar. Entweder kommt es zwischen ihnen zum Krieg, oder die Völker erheben sich zur Revolution. Keinesfalls wird es so etwas wie einen dauerhaften Frieden geben." (Hua auf dem XI. Parteitag) Dementsprechend hat Hua Guo-feng in seiner Rede zum Empfang Titos as realistischen Kurs gegen die imperialistische Kriegsgefahr gewiesen: „Wenn die Völker aller Länder ihre Wachsamkeit erhöhen, ihre Einheit stärken, gute Vorbereitungen treffen und einen beharrlichen Kampf führen, so ist es möglich, den Ausbruch eines Krieges hinauszuzögern. Auch im Fall eines Krieges werden sie sich dann in einer günstigen Position befinden."

Offenbar aufgrund dieser wesentlichen Differenzen ist es zu keinem gemeinsamen Kommuniqué des Besuchs gekommen.

Die revolutionäre Außenpolitik der VR China nützt die Widersprüche unter den imperialistischen und kapitalistischen Ländern und stärkt alle Faktoren, die auf dieser Ebene objektiv dazu beitragen, den Ausbruch eines Krieges hinauszuzögern. Dies dient der Weltrevolution. Das Proletariat der Ländern, in denen es noch nicht die proletarische Diktatur errichtet oder die demokratische Revolution zum Sieg geführt hat, muß hart arbeiten im revolutionären Geist von „Nutzt jeden Tage, jede Stunde", wie es die chinesischen Genossen ausdrücken, um dem Krieg durch die Revolution zuvorzukommen.

Gedenkveranstaltung türkischer Revolutionäre zum Todestag Mao Tsetungs

Zum 1. Todestag Mao Tsetungs organisierte eine Gruppe proletarischer Revolutionäre aus der Türkei eine Gedenkveranstaltung im Lokal der Ortsgruppe Wien des KB. 25 türkische Arbeiter - Revolutionäre und Patrioten - kamen zu der im Namen von „Yildis", der Zeitung der proletarischen Revolutionäre der Türkei im Ausland, organisierten Veranstaltung. Nach einer Schweigeminute zum Gedenken an den großen Führer und Lehrer des chinesischen Volkes und des Weltproletariats erzählte ein Genosse vom Leben und Kampf Mao Tsetungs. Zwei Gedichte des Vorsitzenden Mao aus dem Jahr 1965 wurden vorgetragen und der Kampf im Djinggangschan-Gebirge, dem 1. Revolutionären Stützpunktgebiet, sowie der Kampf der Kommunistischen Partei Chinas gegen den Revisionismus erläutert. An die Darlegung der Analyse Mao Tsetungs der gegenwärtigen Weltlage und seiner These der drei Welten schloß sich eine lange und fruchtbare Diskussion. Bücher und Broschüren mit Werken Mao Tsetungs wurden verkauft und revolutionäre Schriften der türkischen Genossen verteilt. Die Veranstaltung wurde auch genutzt, um Unterschriften gegen das Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und den Neuen Zaren in der Sowjetunion zu sammeln.

Die Gewerkschaftsresolution für den Kampf gegen die Machenschaften der österreichischen Imperialisten im südlichen Afrika nutzen!

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), dem auch der ÖGB angehört, hat am 21.9.1976 eine Resolution für den Kampf gegen den Kolonialismus im südlichen Afrika und der Unterstützung der Befreiungsorganisationen beschlossen. Sie bietet der österreichischen Arbeiterbewegung und dem Volk eine geeignete Grundlage zur Unterstützung des Befreiungskampfes und für einheitliche, wirksame Kampfschritte gegen die Beteiligung des österreichischen Imperialismus an der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker im südlichen Afrika und gegen die daraus folgende Unterstützung der illegalen Kolonialregimes Vorsters und Smith's, durch die Bundesregierung. Die folgende Gegenüberstellung der einzelnen Punkte der IBFG-Resolution mit den tatsächlichen Aktivitäten des österreichischen Imperialismus – soweit sie bekanntgeworden sind – zeigt die Aufgaben, die dabei noch vor uns liegen. Die Resolution wird sinngemäß, jedoch verkürzt, zitiert.

Die IBFG-Konferenz über das südliche Afrika, die am 21.9.1976 zusammenkam:
verurteilt nachdrücklich das Apartheidregime von Südafrika mit seinen Ausstrahlungen nach Namibia und das illegale Minderheitenregime von Rhodesien.
Sie stellt sich voll und ganz hinter den Kampf der afrikanischen Menschen im südlichen Afrika für politische Rechte wie für Menschen- und Gewerkschaftsrechte.
Sie beschließt, daß sofortige konzentrierte Aktionen von der Weltgemeinschaft und insbesondere den Industrieländern eingeleitet werden müssen, um den Wandel herbeizuführen, der im südlichen Afrika schon längst überfällig ist.
Der IBFG ruft die Regierungen auf.

I. zu Aktionen über die Vereinten Nationen:

1. Internationales Waffenembargo

Pro-Stimme des Vertreters der Österreichischen Bundesregierung bei den UN, wird jedoch ständig gebrochen.

2. Bindende Wirtschaftssanktionen
3. Unterstützung der UN-Apartheidausschußvorlage:
a. Amnestie für alle politischen Gefangenen und Flüchtlinge
b. Beseitigung aller Rassengesetze
c. Beseitigung aller Verbote gegen Befreiungsorganisationen
d. Beseitigung aller Apartheidgesetze
e. Auflassung der Bantustans'
f. Recht der Selbstbestimmung für afrikanische Bevölkerung

Bei allen Punkten Stimmenthaltung Österreichs (1972 und 1976).

II. Zu eigenen Aktionen der Regierungen in den Ländern der Mitgliedsorganisationen

1. Staatliche Überwachung der Durchführung von Sanktionen gegen Südafrika und Rhodesien

Wird von der Regierung völlig ignoriert. UNO-Sicherheitsrat forderte Österreich 1974 auf, zum Bau von 2 Stahlwerken der Vöest in Rhodesien Stellung zu nehmen. UN-Botschafter Dr. Seiffertitz: „Es gibt zwar Termine, die soll man nicht zu ernst nehmen!" (30.6.74). Bis heute hat Österreich keine offizielle Stellungnahme abgegeben.

2. Verhinderung von Darlehen und Krediten an Kolonialregimes

Creditanstalt-Bankverein, Girozentrale und Länderbank erteilten 1975 einen Kredit an ISCOR (staatliche südafrikanische Stahlgesellschaft) im Rahmen einer Teilschuldverschreibung von 30.000.000 Europ. Währungseinheiten.

3. Verbot von Investitionen

Über 20 Firmen haben in Südafrika eigene Betriebe (Kohmair, Hämmerle, Vereinigte Edelstahlwerke, Plasser&-Teuer, ...) Vöest baute 2 LD-Stahlwerke in Rhodesien, Beteiligung von 400 Mio. S. Laufend starten österreichische Wirtschaftsdelegationen, immer neue Expeditionen nach Südafrika, um Anlagemöglichkeiten auszukundschaften.

4. Parlamentarische Untersuchung von Operationen der Unternehmen, die im südlichen Afrika investieren

Die Parlamentsparteien streiten sich am 19.5.1975, wie ein Stahlwerk der Vöest in Südafrika am besten gebaut wird.

5. Einstellung militärischer Zusammenarbeit

Steyr-Mannlicher „Sportgewehre" (automatische Scharfschützengewehre) werden nach Rhodesien geliefert (Profil, 25.11.1977).

10 Mill. Patronen werden von Hirtenberger Munitionsfabrik nach Südafrika geliefert (Kurier, 29.1.1977).

Südafrikanische Armee und Polizei besitzt Steyr-Pinzgauer Geländewagen.

6. Durchführung der UN-Beschlüsse über Handelsboykott

Über 400 österreichische Firmen unterhalten mit Südafrika Handelsbeziehungen (Salzburger Nachrichten, 11.3.1975)
1974: Warenumsatz von 1 Mrd. S.
1975: Warenumsatz von 950,3 Mill. S.

7. Sofortiger Abbruch aller kulturellen und sportlichen Beziehungen.

Im Juni 1977 wurde Südafrika aus dem Schwimmerverband ausgeschlossen. Südafrikanische Tennisspieler werden weiterhin eingeladen.

Österreich unterhält mit Südafrika ein Kulturabkommen. Südafrikanische Propagandaausstellungen, Bücher, Filme stehen in österreichischen Schulen im Einsatz. Jährlich reisen österreichische Kulturgruppen nach Südafrika.

8. Keine Anerkennung der Bantustans

Bei der „Unabhängigkeitsfeier" des Bantustans Transkei waren am 26. 10. 1976 die österreichischen Parlamentarier Hubinek (ÖVP), Broesigke (FPÖ) und Zeilinger (FPÖ) anwesend.

9. Materielle Unterstützung der Befreiungsorganisationen

Der österreichische Staat ließ bisher keinen Schilling zur Unterstützung des Befreiungskampfes locker. Vielmehr attakkiert er alle Befreiungsorganisationen durch Einreiseverbote oder bürokratische Schikanen in Österreich.

10. Erschwerung des Tourismus ins südliche Afrika

In Zeitungen und Reisebüros wird rege Touristenwerbung für Südafrika betrieben. Die AUA veranstaltet Werbeveranstaltungen für „Urlaub in Südafrika". Sie bucht Flüge nach Südafrika und Rhodesien.

III. Die Konferenz ruft die Gewerkschaften in den Industriestaaten auf,

1. Zur Informierung und Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder für Kampfmaßnahmen gegen die Siedlerstaaten

Die ÖGB-Führung erwähnte die internationale Solidaritätswoche der Gewerkschaften im Frühjahr 1977 zur Unterstützung des Kampfes im Südlichen Afrika mit keinem Wort.

2. (....)
3. Ständigen Druck auf die Regierungen über Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen auszuüben.
4. Internationaler Boykott der Warenlieferung
5. Kampfmaßnahmen in Betrieben, deren Tochtergesellschaften in Südafrika die afrikanischen Gewerkschaften nicht anerkennen
6. Tätigkeiten von Unternehmen in Südafrika untersuchen

Vom ÖGB wird nicht einmal die Zusammenarbeit der Betriebe mit Südafrika untersucht, geschweige denn Kampfmaßnahmen durchgeführt. ÖGB-Vertreter und Vöest-Zentralbetriebsrat Brauneis (SPÖ) erklärte zur Verhinderung des Vöest-Stahlwerkes, daß dadurch dem Unternehmen „ein nicht abschätzbarer Schaden an seinem Ansehen zugefügt wurde" (Presse, 28.3.1975).

8. Afrikanische Gewerkschaften finanziell und moralisch zu unterstützen,

Lehnt der ÖGB ab, „da er ohnehin für internationale Organisationen schon viel bezahle" (Gespräch mit Verantwortlichen für internationale Beziehungen des ÖGB).

9. Kampagnen zur Verhinderung von Auswanderung nach Südafrika

Mehr als 1000 Fachkräfte wandern jährlich nach Südafrika aus. Die Südafrikanische Botschaft betreibt dazu in österreichischen Betrieben intensive Propaganda. Der ÖGB hat hier nicht das geringste entgegengestellt.

Als ein unmittelbares Zeichen der Solidarität ruft die Konferenz die Vorstände der Internationalen auf, folgendes zu beschließen:

1. einen fest umrissenen Zeitplan für spezifische Solidaritätsaktionen
2. Vermehrung der Mittel für Südafrika durch freiwillige Spenden von allen Mitgliedsorganisationen in den Industriestaaten.

Es ist klar: Diese Resolution des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften ist für die Führungsspitze des ÖGB eine Last. Leute wie Benya, Sallinger oder Sekanina haben keinerlei Interesse an der Befreiung der Völker des südlichen Afrika vom kolonialen und imperialistischen Joch, sind sie doch eng verschmolzen mit dem Monopolkapital und haben selbst Kommandohöhen in Staat und Wirtschaft inne. Ihre Stützung des Ausbeutersystems in Österreich erfordert die Stützung der Kolonialregimes, die dem österreichischen Kapital die Bedingungen sichern für die Ausbeutung des Reichtums und der Arbeitskraft der Völker des südlichen Afrika.

Die Arbeiterklasse und alle Werktätigen Österreichs jedoch können diese Resolution nutzen, um auch die Gewerkschaft als Organisation der Arbeiter und Werktätigen einzusetzen im Kampf um die vordringlichsten Forderungen bei der Unterstützung des Befreiungskampfes:

Sofortiger Abbruch aller wirtschaftlichen, diplomatischen und kulturellen Beziehungen Österreichs mit den illegalen Kolonialregimes in Rhodesien und Südafrika!

Sofortige Anerkennung der Patriotischen Front als einzig legitimer Vertreterin des Volkes von Zimbabwe!

He.Ho./Red.

Die Antwort der Patriotischen Front auf den britisch-amerikanischen Plan

Der britisch-amerikanische Plan zur „Befreiung" Zimbabwes ist schon seit längerem bekannt. Es ist ein Plan zur Niederringung des Befreiungskampfes, unter dessen Schlägen sich das Siedlerregime Smiths kaum mehr halten kann, und zur Sicherung der Interessen der westlichen Imperialisten und ihrer Investitionen; 80 % des Kapitals in Rhodesien sind heute in ihren Händen. Der Plan sieht im wesentlichen vor:

Smith tritt zurück, ein anderer britischer Administrator ersetzt ihn als Gegenleistung legt die Patriotische Front, die von der OAU anerkannte Befreiungsbewegung Zimbabwes, den Imperialisten die Waffen im wahrsten Sinne des Wortes zu Füßen, indem sie den Administrator als Befehlshaber der Volksarmee anerkennt, der gleichzeitig Befehlshaber der Smith-Truppen und einer neu mitgelieferten Armee ist. Aus diesen drei Armeen soll unter dem Oberkommando des imperialistischen Administrators eine neue Armee als Grundpfeiler des neuen Staates gebildet werden.

Dieser Plan wird von der Patriotischen Front (Bündnis von ZANU und ZAPU) entschieden zurückgewiesen. Am 14.9. wiederholte sie klar, daß sie den vorgeschlagenen Rhodesien-Administrator, der absolute Macht hätte, ablehnt und keine Übergangsregierung akzeptieren wird, an der sie nicht direkt beteiligt ist. Die Patriotische Front verlangt die vollständige Entwaffnung der Siedlerstreitkräfte und ihrer Polizeiverbände.

Die Frage, wer entwaffnet wird - das Volk Zimbabwes oder die Imperialistenknechte - steht heute in Zimbabwe im Vordergrund, denn „die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen" (Mao Tsetung) und das Volk Zimbabwes hat sich dafür entschieden, mit der Waffe in der Hand seine nationale Befreiung zu erkämpfen. Es hat dabei das Siedlerregime schon ernsthaft erschüttert. Seine Antwort auf die Versuche der Imperialisten, es neuerlich in die Knie zu zwingen, ist die Intensivierung des Kampfes und noch engerer Zusammenschluß. So gab die Patriotische Front am 14.9. auch bekannt, daß die bisher unter einheitlichem Kommando stehenden, aber getrennt operierenden Befreiungsstreitkräfte von ZANU und ZAPU in einer einzigen Befreiungsarmee zusammengeschlossen wurden. Das ist ein großer Beitrag zur Erhöhung der Schlagkraft des Volkes und wird den unvermeidlichen Untergang des Smith-Regimes beschleunigen.

UN-Menschenrechtsausschuß verurteilt Creditanstalt

Vor ca. 3 Wochen veröffentlichte ein von den Vereinten Nationen eingesetzter Untersuchungsausschuß den bis jetzt umfassendsten Bericht über die Unterstützung der südafrikanischen Rassisten durch die westlichen Imperialisten. Dabei wurden unter anderem auch die Kapitalexporte der Creditanstalt-Bankverein angeprangert. Neben der Länderbank ist die CA eine der Hauptfinanziers der verstaatlichten Konzerne in Südafrika (Mittagsjournal am 17.8.). · GE

Hände weg vom Demokratischen Kampuchea !



Das demokratische Kampuchea ist nicht nur ein Land der Dritten Welt, sondern auch ein großes Vorbild für die Dritte Welt. Daher steht die Dritte Welt auch fest an der Seite Kampucheas. Der Botschafter Tansanias berichtete über eine Reise durch Kampuchea:

„Für uns als Entwicklungsländer (....) ist die Landwirtschaft immer die Grundlage unserer Entwicklung – und ich ergreife die Gelegenheit, das Volk von Kampuchea dazu zu beglückwünschen, daß es daran festhält. Noch nie in meinem Leben habe ich so ausgedehnte Reisfelder gesehen, es ist hier das erste Mal. Wir sind Hunderte von Kilometern durch Reisanbaugebiete gefahren. (....) Es ist der Beweis für die richtige politische Linie der Regierung des Demokratischen Kampuchea, der Revolutionären Organisation und ihrer Führer, dem Volk zu dienen." „Sie haben mit leeren Händen angefangen, ohne alles, ohne Geld. (....) Für ihren Wiederaufbau hatten sie keinerlei hochentwickelte Maschinen. Sie mußten das nehmen, was da war. Sie haben Hacken."

„Weiterhin sind da die verheerenden Krankheiten. Ihr Kampfprogramm gegen die Malaria in Kampuchea hat bei uns einen tiefen Eindruck hinterlassen. Es ist besonders eindrucksvoll, weil es wirklich ein Programm für das Volk ist, um die Gesundheit des Volkes wiederherzustellen."

„Die schreckliche Lage, die in Kambodscha herrscht, muß verurteilt werden." Ähnliches lesen wir öfters in den bürgerlichen Zeitungen, von der „Presse" bis zur „Kronen-Zeitung", hören wir ständig im ORF.

So wenig die unzähligen Horrormeldungen und Schauergeschichten über die blutrünstige, an Peking orientierte Rote Khmer-Killerclique" stimmen, so gewiß ist ihre Herkunft: US-Regierung und CIA. Der Auftrag, die „schreckliche Lage in Kambodscha zu verurteilen", stammt denn auch vom Oberhaupt des US-Imperialismus, Präsident Jimmy Carter.

Tatsache ist, daß der US-Imperialismus jahrelang einen barbarischen Vernichtungskrieg gegen das kambodschanische Volk führte und rund eine Million Kambodschaner niedermetzelte.

Tatsache ist, daß der US-Imperialismus nach seiner Niederlage und der völligen Befreiung Kambodschas vor etwa zweieinhalb Jahren seine Aggressionen und Verbrechen gegen das Volk von Kampuchea fortgesetzt hat und weiterhin fortsetzt: Er unterhält an den Grenzen Kambodschas bewaffnete Söldnerhaufen, die in Kambodscha einfallen und Massaker an der Bevölkerung sowie Sabotageakte anrichten.

Der US-Imperialismus folgt der Logik einer Supermacht: Er will seine Niederlage nicht akzeptieren, er schlägt wild um sich und kein Verbrechen ist ihm zu groß, um das kambodschanische Volk aufs neue zu versklaven. Es ist ihm nicht möglich, das freie Demokratische Kampuchea einfach zu überfallen – zu groß ist der Haß der Völker auf ihn, zu stark auch der Widerstand in seinem eigenen Land, zu massiv die Gegnerschaft der Weltöffentlichkeit.

Dennoch gebietet ihm die Ausbeuterlogik, ein neues militärisches Abenteuer gegen Kambodscha zu starten und vorzubereiten. Sein strategisches Ziel ist die Unterwerfung Kampucheas, und darauf arbeitet er planmäßig hin.

Die Völker und die öffentliche Meinung sind gegen ihn. Daher arbeitet er daran, Kampuchea zu isolieren und mittels einer vom CIA gesteuerten, internationalen Hetzkampagne in den Massenmedien eine öffentliche Meinung oder zumindest Passivität für eine zukünftige Aggression zu schaffen.

Ein Vorschlag für eine solche „Befreiungsaktion" wurde bereits ganz offen und schamlos in der großbürgerlichen Zeitung „International Herald Tribune" am 14.9. gemacht: „Es ist mein völliger Ernst: Warum bewilligt der Kongreß kein Geld, um über Kambodscha herzufallen?... Gibt es in dieser Welt keinen 'praktischen' Idealismus mehr?" (eigene Übersetzung)

Seit Monaten werden in der bürgerlichen Presse laufend ungeheure Lügen über das Demokratische Kampuchea verbreitet, Lügen, die im CIA ausgekocht und über die sogenannten „Kambodscha-Flüchtlinge" - die Reste der vom US-Imperialismus hochgezüchteten Henkerbanden des ehemaligen Marionettenregimes Lon Nols - in Umlauf gebracht werden. Die „Killerbanden der Roten Khmer" hätten bereits über eine Million Kambodschaner ermordet (Tatsache ist, daß eine Million Kambodschaner durch den Aggressionskrieg des US-Imperialismus gemordet wurden) usw. - die Liste der Lügen könnte seitenlang fortgesetzt und widerlegt werden.

Besonders eingeschossen haben sich die gekauften CIA-Schreiberlinge auf das Verhältnis Kampucheas zu seinen Nachbarn: die „Roten Khmer" überfielen ständig Thailand (Tatsache ist: Seit 1972 hält Thailand einige Gebiete Kambodschas besetzt, die den Resten der verjagten Lon Nol-Söldner als Operationsbasis für konterrevolutionäre Überfälle und Sabotageakte gegen den Aufbau Kampucheas dienen).

1976 hat der CIA eine dem US-Imperialismus hörige Militärjunta durch einen Putsch in Thailand an die Macht gebracht. Das Demokratische Kampuchea hat wiederholt seine Bereitschaft gezeigt, die Gebietsfrage friedlich zu regeln, doch die Marionettenregierung Thailands setzt auf Befehl und im Interesse des US-Imperialismus seine feindlichen Aktivitäten fort. Aber heute bereits sieht sich die Junta einem breiten und immer stärker werdenden Volkswiderstand gegenüber, einem machtvoll anwachsenden bewaffneten Volkskrieg in mehreren Provinzen, der im Demokratischen Kampuchea eine feste Stütze und ein Hinterland hat, und ihre letzte Stunde naht merklich. Nicht zuletzt ist das Demokratische Kampuchea ein leuchtendes Vorbild für den Kampf des thailändischen Volkes.

Hände weg vom Demokratischen Kampuchea - denn Kampuchea gehört auch uns allen, den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern und dem internationalen Proletariat. Und deshalb ist auch der Plan des US-Imperialismus letztlich zum Scheitern verurteilt. Die sozialistischen Länder stehen fest an der Seite Kampucheas, der bewaffnete Kampf der Patrioten und Revolutionäre in Thailand, Malaysia, Burma, in ganz Südostasien ist auch ein Kampf zur Verteidigung Kampucheas, die Dritte Welt steht an der Seite Kampucheas. Auch wir, österreichische Werktätige und Demokraten, haben unseren Platz an der Seite Kampucheas im Kampf gegen die gemeinsamen Feinde, den Imperialismus, vor allem gegen die beiden Supermächte und alle Reaktionäre, die auch in Österreich die Drecksarbeit für den Imperialismus machen. D.W./Red.

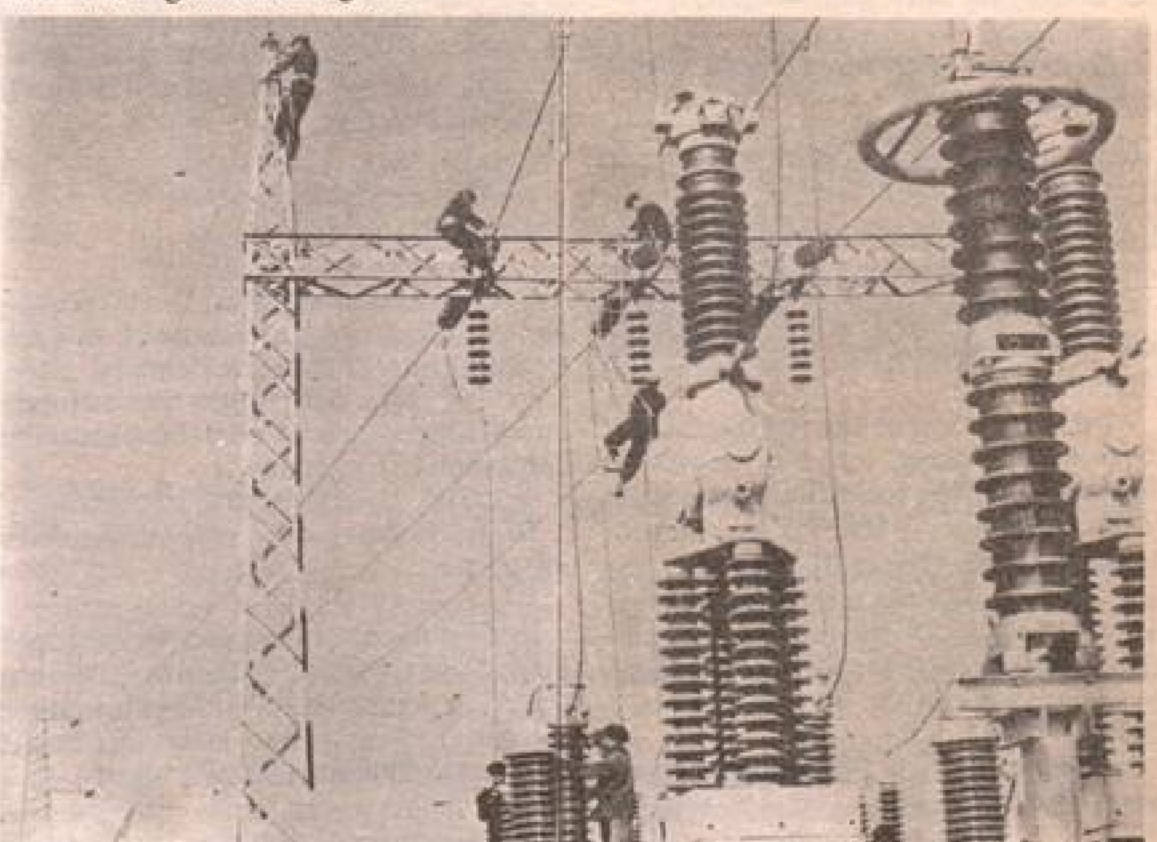


Auf welcher Grundlage Kampuchea seine Beziehungen mit anderen Ländern, vor allem auch den Nachbarländern regelt, ist in der Verfassung des Demokratischen Kampuchea festgehalten, die Khieu Samphan, Vorsitzender des Staatspräsidiums, in seiner Rede auf der Konferenz der Blockfreien in Colombo zitierte:

„Das Demokratische Kampuchea wird vom guten Willen und der festen Entschlossenheit geleitet, mit allen Ländern, mit denen es gemeinsame Grenzen hat, und mit allen Ländern der Welt, mögen sie fern oder nah sein, enge freundschaftliche Beziehungen auf der strikten Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität zu unterhalten.

Das Demokratische Kampuchea hält sich an die Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und der Blockfreiheit. In keinem Fall gestattet es einem fremden Land, Militärbasen auf seinem Territorium zu errichten. Es widersetzt sich entschieden jeder ausländischen Einmischung in seine inneren Angelegenheiten, es kämpft entschieden gegen alle subversiven und aggressiven Akte von außen, ...

Das Demokratische Kampuchea mischt sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein. Es respektiert uneingeschränkt das Prinzip, demzufolge jedes Land Souveränität und das Recht hat, seine eigenen Angelegenheiten ohne ausländische Einmischung selbst zu regeln."



Seit es Herr des Landes ist, baut das Volk von Kambodscha eine neue Gesellschaft auf – unabhängig, frei und auf seine eigenen Kräfte gestützt, eine neue Gesellschaft, in der die Weichen für den Sozialismus gestellt sind. Es weist auch alle Versuche der anderen Supermacht, der sozialimperialistischen Sowjetunion, nun an Stelle der USA in Kampuchea zu diktieren und das Volk auszubeuten, zurück. Weil es Herr seines Landes und seines Schicksals ist, kommen ihm die Früchte seiner Arbeit zugute und die Lebensbedingungen können ständig verbessert werden. Auf dem Foto ist eine Szene aus der Elektrifizierung des Landes festgehalten.